



# Plenarprotokoll

## 70. Sitzung

Mittwoch, 8. Oktober 2014

<b>Nachruf auf den Ehrenbürger des Landes Schleswig-Holstein, Siegfried Lenz</b> .....	5696	Beschluss: Absetzung des Tagesordnungspunktes.....	5700
<b>Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Punktes „Zustimmung zur Ernennung von weiteren Mitgliedern des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein“</b> .....	5697	<b>Aktuelle Stunde</b> .....	5700
Birgit Herdejürgen [SPD], zur Geschäftsordnung.....	5697	<b>Auswirkungen der Regierungskrise auf die Interessenvertretung und das Ansehen Schleswig-Holsteins ...</b>	5700
Hans-Jörn Arp [CDU], zur Geschäftsordnung.....	5698	Antrag der Fraktion der CDU	
Wolfgang Kubicki [FDP], zur Geschäftsordnung.....	5698	Daniel Günther [CDU].....	5700, 5716
Torge Schmidt [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	5699	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5702, 5712
		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5703
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	5704, 5717
		Torge Schmidt [PIRATEN].....	5706, 5712
		Lars Harms [SSW].....	5707, 5710, 5718
		Rainer Wiegard [CDU].....	5709

Dr. Heiner Garg [FDP].....	5711		
Torsten Albig, Ministerpräsident...	5714		
<b>Missbilligung des Verhaltens des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Bildungsministerin Wende .....</b>	<b>5719</b>		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2339			
Daniel Günther [CDU].....	5719, 5732		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5721, 5730		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5723		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	5723, 5729		
Torge Schmidt [PIRATEN].....	5725		
Lars Harms [SSW].....	5726		
Tobias Koch [CDU].....	5728		
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5729		
Beschluss: Ablehnung.....	5732		
<b>Gemeinsame Beratung</b>			
<b>a) Bereiche Bildung und Wissenschaft nicht trennen! .....</b>	<b>5732</b>		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2294 (neu)			
<b>b) Wissenschaft ist keine Nebensache, und duale Ausbildung ist keine Verhandlungsmasse .....</b>	<b>5732</b>		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2302			
Christopher Vogt [FDP].....	5733		
Daniel Günther [CDU].....	5735		
Martin Habersaat [SPD].....	5736		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5738		
Torge Schmidt [PIRATEN].....	5740		
Lars Harms [SSW].....	5742		
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	5743		
Heike Franzen [CDU].....	5744		
Jürgen Weber [SPD].....	5745		
Torsten Albig, Ministerpräsident...	5746		
Beschluss: Ablehnung der Anträge Drucksachen 18/2294 (neu) und 18/2302.....	5748		
		<b>a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein .....</b>	<b>5749</b>
		Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2115	
		<b>b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein .....</b>	<b>5749</b>
		Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/2116	
		Änderungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Dudda, Daniel Günther, Bernd Heinemann, Dr. Andreas Tietze und Jette Waldinger-Thiering Drucksache 18/2268 (neu)	
		<b>c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags und des Volkes .....</b>	<b>5749</b>
		Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/196	
		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/2327	
		<b>d) Erste und Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein .....</b>	<b>5749</b>
		Gesetzentwurf der Abgeordneten Daniel Günther, Dr. Andreas Tietze, Bernd Heinemann, Jette Waldinger-Thiering und Wolfgang Dudda Drucksache 18/2361	
		Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2365	
		Dr. Kai Dolgner [SPD], zur Geschäftsordnung.....	5749

Simone Lange [SPD], Bericht- statterin.....	5750
Volker Dornquast [CDU], zur Ge- schäftsordnung.....	5750
Klaus Schlie, Landtagspräsident....	5751
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5753, 5768
Daniel Günther [CDU].....	5753
Martin Habersaat [SPD].....	5755
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5757
Dr. Heiner Garg [FDP].....	5759
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	5761, 5777
Lars Harms [SSW].....	5763, 5771
Uli König [PIRATEN].....	5766
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	5766
Bernd Heinemann [SPD].....	5767
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	5768
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	5769
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	5769
Angelika Beer [PIRATEN].....	5770
Oliver Kumbartzky [FDP].....	5770
Wolfgang Kubicki [FDP].....	5772
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5774
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	5775
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	5776
Torsten Albig [SPD], Persönliche Erklärung.....	5779
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	5780

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-  
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
und Erster Stellvertreter des MinisterpräsidentenBritta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-  
bildungAnke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-  
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des  
MinisterpräsidentenStefan Studt, Minister für Inneres und Bundes-  
angelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-  
beit, Verkehr und TechnologieKristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-  
heit, Wissenschaft und Gleichstellung

\* \* \* \*

Beschluss: 1. Änderungsantrag Drucksache 29/2268 (neu) von den Antragstellern für erledigt er- klärt	
2. Ablehnung des Ände- rungsantrags Drucksache 18/2365	
3. Ablehnung der Ge- setzentwürfe Drucksachen 18/196, 18/2116 und 18/2361	
4. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/ 2115 einschließlich der Änderung in der Drucksache 18/2327.....	5782

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 26. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind von der CDU-Fraktion die Abgeordnete Barbara Ostmeier und der Abgeordnete Hauke Göttsch. - Wir wünschen den beiden gute Genesung!

(Beifall)

Beurlaubt ab heute Mittag ist der Abgeordnete Jens-Christian Magnussen. Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene ist ab heute Nachmittag Ministerin Alheit beurlaubt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich.)

Zu Beginn dieser Tagung wollen wir gemeinsam des gestern verstorbenen Ehrenbürgers unseres Landes gedenken: Siegfried Lenz. Er war einer der bedeutendsten und meistgelesenen Schriftsteller der deutschsprachigen Nachkriegsliteratur, der Schleswig-Holstein, seine zweite Heimat, in vielen Werken einfühlsam beschrieben hat. Siegfried Lenz wurde so zu einem großen Botschafter unseres Landes, der das Bild Schleswig-Holsteins in der Welt mit geprägt hat.

Doch seine Rolle war nie bloß die des Beschreibenden, des Zuschauers, sondern er verstand es meisterhaft, in seinen Werken menschliche Schicksale mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen zu verknüpfen.

Das war bei der 1968 erschienenen „Deutschstunde“ so, mit der Siegfried Lenz Weltruhm erlangte und die den Umgang der Deutschen mit Ihrer Schuld am Terror der NS-Zeit, aber auch die Versäumnisse der Nachkriegsgeschichte zum Gegenstand hatte.

Das war auch bei seinem 2003 erschienenen Roman „Fundbüro“ noch so, der Geschichte des Karriereverweigerers Henry Neff, der den Anforderungen des Lebens entfliehen möchte.

Doch Siegfried Lenz Engagement reichte weit über das Schreiben hinaus. Er engagierte sich politisch, setzte sich für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ein und betrachtete die Aussöhnung insbesondere mit Polen und Israel als seine Lebensaufgabe.

Er war ein beharrlicher Arbeiter, dem nichts an der Inszenierung seiner selbst lag, sondern der mit großer Nachdenklichkeit ans Werk ging.

Siegfried Lenz war einer der ganz Großen, ein Mahnender, der jedoch stets der Versuchung widerstand, belehrend zu sein, einer der bedeutendsten und produktivsten deutschen Schriftsteller, der vielfach geehrt und zu einem Brückenbauer wurde, der einen großen Beitrag dazu leistete, dass Deutschland nach dem Krieg sein Ansehen wiedergewonnen hat.

Wir, die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, waren und sind stolz darauf, dass Siegfried Lenz 2004 mit der Ehrenbürgerwürde unseres Landes ausgezeichnet wurde.

Meine Damen und Herren, wir denken heute voller Trauer und in großer Dankbarkeit an Siegfried Lenz. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen. Ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an den verstorbenen Ehrenbürger unseres Landes innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren Siegfried Lenz von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, Ministerpräsident Albig hat mir mit Schreiben vom 16. September 2014 mitgeteilt, dass Frau Britta Ernst mit Wirkung vom gleichen Tage als Nachfolgerin für die zurückgetretene Frau Professor Dr. Waltraud Wende zur Ministerin für Schule und Berufsbildung ernannt wurde.

Weiter hat der Ministerpräsident mit Schreiben vom 2. Oktober 2014 mitgeteilt, dass Herr Stefan Studt mit Wirkung vom 26. September 2014 als Nachfolger für den zurückgetretenen Herrn Andreas Breitner als Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten ernannt wurde.

Nach Artikel 28 Absatz 2 der Landesverfassung haben die Landesministerin und der Landesminister im Anschluss an ihre Berufungen vor dem Landtag den gleichen Eid zu leisten.

Ich bitte daher zunächst Frau Ministerin Ernst und anschließend Herrn Minister Studt, zur Vereidigung nach vorn zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich. - Ministerin Ernst wird nach folgender Eidesformel vereidigt:

Ich schwöre: Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, meine Pflichten

**(Präsident Klaus Schlie)**

gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben.)

- Sehr geehrte Frau Ministerin, ich beglückwünsche Sie im Namen des Hauses und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit im Interesse unseres Landes und der Menschen.

(Beifall - Minister Studt wird nach folgender Eidesformel vereidigt:

Ich schwöre: Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben, so wahr mir Gott helfe.)

- Sehr geehrter Herr Minister, ich beglückwünsche auch Sie im Namen des Hauses, freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall)

In seiner neuen Funktion als Chef der Staatskanzlei begrüße ich Herrn Staatssekretär Thomas Losse-Müller.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsausschuss hat dem Landtag drei Beschlussvorlagen vorgelegt, die in dieser Tagung behandelt werden sollen. Nach der Übereinkunft im Ältestenrat ist zu diesen Vorlagen eine Aussprache nicht vorgesehen. Sie werden der Sammeldrucksache hinzugefügt. Es handelt sich um folgende Punkte:

Beschlussempfehlung Drucksache 18/2347, Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs, eingereiht in die Tagesordnung als Punkt 4 a, Beschlussempfehlung Drucksache 18/2348, Leistungsstarke B 5, als Punkt 34 a eingereiht, und schließlich Drucksache 18/2349, Anträge zum europäischen Mittelstand, eingereiht als Punkt 34 b. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren! Zu Tagesordnungspunkt 2 haben die Abgeordneten Herr Daniel Günther, Herr Dr. Andreas Tietze, Herr Bernd Heinemann, Frau Jette Waldinger-Thiering und Herr Wolfgang Dudda mit der Drucksache 18/2361 einen Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein vorgelegt. Es ist vorgesehen, diesen Gesetzentwurf in dieser Tagung abschlie-

ßend zu beraten und die erste und zweite Lesung zusammenzufassen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 4 a, 6 bis 10, 12, 14, 28, 30, 34, 34 a, 34 b sowie 40 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 23, 26, 27 und 36.

Der Berichtsantrag Drucksache 18/2340 zu Tagesordnungspunkt 32, Flüchtlingsunterbringung in Boostedt, wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 15 und 17, Wissenschafts- und Hochschulpolitik der Organisationsgewalt des Wirtschaftsministeriums zuordnen, und 20 und 22, Fehmarnsund-Querung und Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor. Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 26. Tagung. Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

### **Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Punktes „Zustimmung zur Ernennung von weiteren Mitgliedern des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein“**

Zur Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Herdejürgen das Wort.

### **Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Wir beantragen, Tagesordnungspunkt 14 von der Tagesordnung abzusetzen, da in unseren Fraktionen noch Gesprächsbedarf besteht.

### **Präsident Klaus Schlie:**

Zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp das Wort.



**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es handelt sich hier um einen Vorschlag des Ministerpräsidenten, der diesen Vorschlag am 2. September 2014 hat durch das Kabinett gehen lassen. Es geht um die Besetzung von **Stellen** des **Landesrechnungshofs** durch zwei hochqualifizierte Beamte des Landes. Diese Stellen sind - wie es nach dem Beamtenrecht üblich ist - in einem offenen Verfahren ausgeschrieben worden. Die Präsidentin des Landesrechnungshofs hat im Sommer alle Fraktionsvorsitzenden angesprochen und darüber informiert, wie das Verfahren gelaufen ist. Es ist einstimmig entschieden worden, diese beiden Herren zu nehmen. Mit Ausnahme der Piratenfraktion hat keine Fraktion im Sommer von einem Widerspruch Gebrauch gemacht. Es gibt überhaupt keinen Grund für eine Verschiebung.

Wie ich eben sagte, hatte der Ministerpräsident diesen Beschluss am 2. September 2014 das Kabinett passieren lassen; in dem Bewusstsein, dass er für seinen Vorschlag eine Mehrheit hat. Sonst hätte er das gar nicht dürfen. Herr Ministerpräsident, ich glaube, jetzt geht es gar nicht mehr um den Vorschlag des Landesrechnungshofs, sondern es geht darum, dass die regierungstragenden Fraktionen Ihnen sagen wollen, wer hier Herr im Haus ist. Das dürfen Sie sich nicht gefallen lassen, wenn Sie hier gesichtswahrend herausgehen wollen.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN  
- Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Habeck hat dies im Rahmen einer Bundesratssitzung neulich ähnlich dokumentiert.

(Lachen SPD)

- Sie können ruhig lachen. Lachen Sie über sich selbst und über Ihr Benehmen, das Sie hier gegenüber Ihrem Ministerpräsidenten haben. Dass wir Ihren Ministerpräsidenten verteidigen müssen, das hat es hier wohl noch nie gegeben.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie. Wir werden schon klären, wer hier Herr im Haus ist. - Zurzeit hat Herr Abgeordneter Arp das Wort.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Wir bestehen darauf, dass dieser Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung bleibt. Herr Ministerpräsident, ich bin gespannt, wie Sie darüber abstimmen werden.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich weiß, in welcher Abfolge ich den Rednern das Wort zu gewähren habe. Schauen Sie in die Geschäftsordnung. Dann werden Sie lesen, dass sich die Geschäftsordnungsdebatte auch auf inhaltliche Fragen erstrecken darf. Das haben Sie selbst so beschlossen. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Arp. Nun merken Sie, wer hier Herr im Haus ist.

(Beifall CDU und FDP)

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Vielen Dank, Herr Hausherr. Herr Präsident, ich danke Ihnen.

Im Interesse des Ansehens des Landesrechnungshofs und der betroffenen Beamten, die einstimmig gewählt worden sind, die alle Voraussetzungen erfüllen und durch eine Bestenauslese ausgewählt wurden, und auch im Interesse des Ansehens dieses Hauses und Ihres Ministerpräsidentens können Sie den Tagesordnungspunkt gar nicht von der Tagesordnung nehmen. Wir bestehen darauf, dass er auf der Tagesordnung bleibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Kubicki erhält das Wort zur Geschäftsordnung.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Tribüne, an den Fernsehschirmen, im Radio und im Internet - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Und in der ganzen Welt!)

- Herr Dr. Stegner, das, was wir heute erleben, ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus.

(Beifall FDP und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Mein Parlamentarischer Geschäftsführer Dr. Heiner Garg hat den Ministerpräsidenten gestern einen Clown genannt. Ich fand das etwas hart ausgedrückt und im Übrigen auch inhaltlich unangemessen gegenüber Regierungschefs, und zwar nicht nur im Land, sondern überhaupt. Das will ich ausdrücklich sagen. Ein Clown zu sein, ist ein ehrenwerter Beruf. Er trägt in aller Regel zur Erheiterung der Menschen bei. Spannend aber ist: Das, was hier heute abläuft, unterstreicht, dass inhaltlich möglicherweise etwas daran ist und dass die Durchsetzungsfähigkeit dieses Ministerpräsidenten geradezu gegen null geht. Der Tagesordnungspunkt, der abgesetzt werden soll, und zwar nicht von der Landesregierung, sondern von den regierungstragenden Fraktionen, lautet: Zustimmung zur Ernennung weiterer Mitglieder des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein. Antragsteller: Landesregierung, Ministerpräsident. Wer diesen Tagesordnungspunkt absetzen will, der drückt damit sein Misstrauen gegenüber dem Ministerpräsidenten aus. Was denn sonst?

(Beifall FDP und CDU - Widerspruch Dr. Ralf Stegner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Darüber können Sie sich echauffieren, wie Sie wollen. Von den Grünen erwarte ich ohnehin schon keine demokratische Kultur mehr. Beim SSW bin ich mir da nicht so ganz sicher.

Der Vorgang ist jedenfalls einmalig. Das hat es noch nie gegeben, dass der Vorschlag des Ministerpräsidenten von den regierungstragenden Fraktionen gleich welcher Couleur abgelehnt oder dass die Beratung darüber abgesetzt worden ist. Das ist ein einmaliger Vorgang. Ich finde das sehr bemerkenswert. Herr Dr. Stegner, ich weiß, dass Sie dokumentieren wollen, dass Sie das Heft des Handelns in der Hand haben. Damit beschädigen Sie aber gleichzeitig Ihren Ministerpräsidenten auf eine Art und Weise, die wirklich unglaublich ist. Er kann dazu ja lachen. Das will die deutsche Öffentlichkeit begreifen.

Wir sind gespannt, wie Sie jetzt abstimmen werden, Herr Ministerpräsident, ob Sie jetzt der regierungstragenden Fraktion zustimmen und damit sozusagen Ihrem eigenen Antrag entgegenreten, oder ob Sie für die Beibehaltung Ihres eigenen Antrags stimmen werden, was ja sinnvoll wäre, und ob Sie uns vielleicht erklären können, warum die Regierung, wenn es denn Zweifel gäbe, nicht dafür Sorge getragen hat, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt werden soll. Warum haben Sie darauf bestanden, dass er auf der Tagesordnung steht? Wollen Sie ei-

ne Abstimmungsniederlage erleiden, oder wollen dies die regierungstragenden Fraktionen?

Noch einmal: Wir bestehen darauf, dass dieser Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung bleibt, und wir wollen darüber eine Abstimmung. Wir wollen dokumentieren, wie stark Sie in Schleswig-Holstein wirklich noch sind. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Nun gibt es noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung des Herrn Fraktionsvorsitzenden der Fraktion der PIRATEN, des Herrn Abgeordneten Torge Schmidt.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle fest: Hier soll ein Tagesordnungspunkt abgesetzt werden, ohne dass es dafür einen vernünftigen sachlichen Grund gibt.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Wir reden über die Nachbesetzung einiger Posten im Senat des Landesrechnungshofs bereits seit mehreren Monaten. Es ist zwingend notwendig und auch wichtig, dass der Landesrechnungshof diese Posten nachbesetzt. Schließlich wollen wir ja auch einen handlungsfähigen Landesrechnungshof haben.

(Zuruf SPD: Er ist doch handlungsfähig!)

Die Debatte, die wir hier und heute führen, kann für mich zwei Gründe haben: Entweder Sie vertrauen Ihrem eigenen Ministerpräsidenten nicht, wie es CDU und FDP sagen, oder Sie vertrauen der Präsidentin des Landesrechnungshofs nicht, dass diese ein ordnungsgemäßes Besetzungsverfahren für die nachzubesetzenden Stellen durchgeführt hat.

(Zuruf: Dies ist einstimmig bewilligt worden! - Weitere Zurufe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Torge Schmidt.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Wir reden ja nicht erst seit gestern über diese Personalien. Ich sehe an der Stelle, dass der Landesrechnungshof die offenen Senatsposten nachbesetzen muss; denn schließlich wird die Arbeit dort auf nur wenige Köpfe verteilt. Es hat ja einen Sinn, warum

**(Torge Schmidt)**

es eine bestimmte Anzahl von Leuten dort gibt, und deshalb hat es auch einen Sinn, freigewordene Stellen nachzubeseetzen. Dies sollten wir lieber schnell machen anstatt es auf die lange Bank zu schieben.

Ich kann nicht nachvollziehen, dass heute eine solche Debatte geführt werden muss. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung sehe ich nicht.

(Unruhe SPD - Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Meine sehr geehrten Damen und Herren und Herr Abgeordneter Dornquast! Ich gehe davon aus, dass es nunmehr keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung gibt.

Ich lasse abstimmen über den Antrag, den Tagesordnungspunkt 14 von der Tagesordnung abzusetzen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Lachen CDU, FDP und PIRATEN)

Wer ist dagegen? - Dann ist der Tagesordnungspunkt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN von der Tagesordnung abgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe davon aus - das gilt auch für Sie, Herr Abgeordneter Dornquast -, dass es während dieser dreitägigen Tagung noch genügend Möglichkeiten geben wird, sich zu Wort zu melden. Das gilt für alle Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt allerdings sollten wir gemeinsam die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Altenholz begrüßen, die einmal sehen wollen, wie ein demokratisches Parlament debattiert.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde**

**Auswirkungen der Regierungskrise auf die Interessenvertretung und das Ansehen Schleswig-Holsteins**

Antrag der Fraktion der CDU

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Herr Abgeordnete Daniel Günther.

(Beifall CDU und FDP)

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedurft hat, dass diese Landesregierung handlungsunfähig ist, dann haben Sie diesen Beweis heute eben hier erbracht. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Diese Landesregierung liegt am Boden. Wie nervös Sie sind, das merkt man an der Fußballsprache, der sich Herr Stegner in den letzten Tagen bedient hat, indem er der Opposition Amateurniveau vorgeworfen hat. Aber Ihr Problem ist, dass Sie einen Ministerpräsidenten haben, der in der Landesliga spielt, das Gehabe einer Diva aus der Bundesliga hat, jedoch in Wahrheit spielt wie ein Kreisligaabsteiger. Das ist Herr Albig.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Gern würde ich ja mit der Landesregierung in einen Wettstreit um die besseren Ideen treten. Das gilt natürlich für unsere gesamte Fraktion. Aber das Problem ist: Dazu gehören zwei Seiten. Es ist doch eine Tatsache, dass von Herrn Albig, dass von dieser Landesregierung, überhaupt keine Impulse mehr ausgehen. Der Regierungschef hat in den letzten Wochen zwei Minister verloren und vier Staatssekretäre ausgetauscht, und trotz dieser Regierungskrise verspürt er noch nicht einmal Lust, hier im Landtag eine Regierungserklärung abzugeben. Das ist doch ein Armutszeugnis!

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Wir wollen gern wissen, welche Begründungen es hier für das gesamte Chaos gibt, das die Regierung Albig angerichtet hat, wenn ich mir den Wechsel von Herrn Staatssekretär Müller-Beck angucke, für den er nicht einmal ein lobendes Wort gefunden hat, und wenn ich mir vor Augen führe, dass Herr Meyer dann beleidigt gesagt hat, er sei an dieser Entscheidung überhaupt nicht beteiligt worden. Dann höre ich, dass der Ministerpräsident fluchend durch die Staatskanzlei gelaufen ist und gesagt hat: „Im Koalitionsausschuss wurde doch nur gesagt, dass ich die Grünen besser beteiligen soll. Dass ich nun auch noch den SPD-Minister Meyer informieren soll, wenn ich ihm einen Staatssekretär wegneh-



**(Daniel Günther)**

me, davon ist doch überhaupt nicht die Rede gewesen.“

(Beifall CDU, PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

An dieser Stelle möchte ich über die Qualität der Arbeit von Frau Alheit gar nichts sagen. Aber der Ministerpräsident war derjenige, der hier moralisierend tätig war und immer Erfahrungen aus seiner Zeit, wie er mit Vorgesetzten gelebt hat, genau dies zum Maßstab seines eigenen Handelns gemacht hat. Aber wie gehen Sie, Herr Albig, eigentlich mit Frau Alheit um? Hätte es nicht gereicht, wenn Sie ihr angesichts eines so schwierigen Amtsantritts wenigstens ein kleines Lob mit auf den Weg gegeben hätten?

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Nein, es musste wieder das ganz große Rad sein: „Frau Alheit wird die beste Wissenschaftsministerin sein, die dieses Land je gesehen hat. Ich verspreche es,“ sagt der Ministerpräsident. Wie gehen Sie eigentlich mit Ihrer Ministerin um? Was erwecken Sie denn für eine Erwartungshaltung? Wie soll die arme Frau diese denn erfüllen?

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wenn es um den persönlichen Machterhalt des Ministerpräsidenten geht, dann sind ihm Menschen völlig egal. Auch beim Wechsel Ihres Staatssekretärs Losse-Müller, den ich übrigens sehr schätze, weiß ich nicht, was Sie geritten hat, mitten in den Haushaltsberatungen, mitten in den - -

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - anhaltende Unruhe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich bitte Sie um Ruhe. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Günther.

**Daniel Günther [CDU]:**

Mitten in einem wichtigen Stresstest der HSH Nordbank nehmen Sie Frau Heinold einen verdienten Staatssekretär weg und geben ihm eine Aufgabe, die er überhaupt nicht erfüllen kann. Es gab doch nicht ein Kommunikationsproblem der Staatskanzlei mit den regierungstragenden Fraktionen, sondern das Problem ist das Schweigegelübde des Herrn Ministerpräsidenten gegenüber seinem persönlichen Umfeld. Der redet doch mit keinem Menschen; das war doch nicht sein vorheriger Staatssekretär.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Das, was der Ministerpräsident zu all diesen Wechselseln sagt, ist doch auch immer das Gleiche: „Alles ist toll!“ Alle, die von ihm hoch gelobt werden, werden von ihm als „toll“ bezeichnet. Aber wie es weitergeht, darüber verliert der Ministerpräsident überhaupt kein Wort.

Angesichts der Herausforderungen, die jetzt vor uns liegen, bei der Flüchtlingsfrage, wie wir die Unterbringung leisten wollen, schläft die Landesregierung über Monate. Nichts wird gemacht.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn du das meinst, dann schläfst eher du!)

Ja, wir erwarten auch Konzepte in den Bereichen. Bei all dem Chaos, das Herr Albig angerichtet hat, hätten wir heute zu all diesen Punkten eigentlich eine Erklärung erwartet.

Das Bild, das die Landesregierung in **Berlin** abgibt, ist, dass es zukünftig geprägt wird von Herrn Müller-Beck. Das wird dramatisch werden. Eigentlich wird es nur geprägt durch völlig unausgelegene Vorschläge des Ministerpräsidenten, der in die Öffentlichkeit geht, hin und wieder heiße Luft ausbläst, aber nichts bleibt von dem hängen, was er in Berlin verkündet.

Herr Ministerpräsident, vor zweieinhalb Jahren haben Sie dem Land und den Menschen versprochen und zugesagt, es werde gut und anständig regiert. Und nichts Geringeres haben die Menschen erwartet.

Aber wo sind die Ideen der Landesregierung für die nächsten zweieinhalb Jahre? Wir müssen doch erwarten, dass es in den nächsten zweieinhalb Jahren Stillstand geben wird. Herr Losse-Müller wurde gestern in der Landespressekonferenz zu Recht mit der Ente prämiert. Ich habe ja schon vorhin gesagt, dass ich ihn persönlich schätze; wir sind ja auch auf Facebook befreundet.

(Zurufe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, denken Sie an die Redezeit!

**Daniel Günther [CDU]:**

Das mache ich. - Er hat Herrn Albig als einen Politmanager neuen Stils bezeichnet, den das 21. Jahrhundert brauche. Dafür hat er sich die Ente zu Recht verdient.

(Daniel Günther)

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Sie haben heute die Gelegenheit, gerade die Grünen haben die Gelegenheit, Stillstand in den nächsten zweieinhalb Jahren zu verhindern. Wenn Sie mir vorwerfen, ich solle nicht nur die Backen aufblasen - das sollten Sie besser nicht tun, sondern endlich handeln und dieser Regierung heute die Rote Karte zeigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

(Zurufe)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fehler passieren, und - das können Sie mir glauben, das habe ich hier schon mehrmals gesagt - wenn die in den eigenen Reihen passieren, ärgert mich das mehr als jeden anderen. Der schlimmste aller Fehler ist allerdings, sich keines solchen bewusst zu sein.

Wichtig darüber hinaus ist, dass diese Fehler nicht unser Fundament betreffen, unsere gemeinsame Politik für gute Bildung, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Die werden wir entschlossen fortsetzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Und Mindestlohn! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Die Opposition - Herr Kollege Günther, schlechter kann sie nicht werden, also werden Sie am Anfang ein bisschen Glück haben, dass es eigentlich besser werden muss - behauptet, die Landesregierung veretrete die Politik des Landes nicht gut. Nach vielen Jahren passiert endlich etwas beim Nord-Ostsee-Kanal.

(Lachen CDU und FDP)

Der Ministerpräsident setzt sich für das EEG ein. Ich kann überhaupt nicht erkennen, dass es Schaden bei der Interessenvertretung des Landes gibt. Die Vorgängerregierung hat immerhin so viel Einfluss genommen, dass sie die „dolle Mövenpick-Steuer“ durchgesetzt hat. Das war der Einfluss, den Sie in Berlin genommen haben. Wir machen da andere Sachen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Waffenlieferungen nach Katar!)

Aber das Interessante ist doch: Die Union hat vor wenigen Tagen eine Hochglanzzeitung veröffentlicht - die müssen richtig Geld haben -, in der steht, warum der **Ministerpräsident** sein Lieblingsland so schlecht behandeln würde. Sie behaupten, der Wirtschaft gehe es schlecht. Ich sage: Die **Wirtschaft** wächst, übrigens stärker als jede andere in Deutschland.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie haben vier Wirtschaftsminister verschlissen in wenigen Jahren, und dann regen Sie sich auf, wenn es auch bei uns einmal einen Wechsel an der Spitze von Ministerien gibt. Um Ihr Konto auszugleichen, müssten wir noch eine ganze Menge wechseln; das haben wir übrigens gar nicht vor. Also machen Sie einmal ein bisschen kleiner.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie behaupten, die **Bildungspolitik** sei ein Chaos, und die Gymnasien würden drangsaliert. In Wirklichkeit haben wir aufgehört mit der Schikane bei den Gemeinschaftsschulen und haben endlich zwei starke Säulen. Dafür sorgt unsere neue Schulministerin Britta Ernst genauso wie ihre Vorgängerin. Diese Politik passt Ihnen nicht, wir setzen sie fort. Wir haben die Mehrheit dafür, sie fortzusetzen. Das werden Sie erleben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man könnte die Liste beliebig fortsetzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und eine freie Rede halten!)

- Ach, Kollege Kubicki, mit Ihnen kann ich es immer noch gut aufnehmen. - Herr Kollege Günther, dass ausgerechnet Sie sich trauen, hier über **Wirtschaftspolitik** zu reden, bei der rabenschwarzen Bilanz, die Sie hinterlassen haben! Ihre Seriosität bei Lübeck war in etwa so wie die Doktorarbeit von Frau Schavan. Dass Sie sich überhaupt trauen! Sie müssten ein fünfjähriges Bußschweigen beim Thema Hochschulpolitik anwenden und nicht attackieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ob Energiepolitik, ob Flüchtlingspolitik, ob Umweltschutz, ob Sozialpolitik, ob Minderheitenpoli-

**(Dr. Ralf Stegner)**

tik - Ihnen fällt doch nichts dazu ein. Unsere Regierungskoalition ist wirklich toll.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

Ich habe die Pressekonferenz von Herrn Böge und Herrn Callsen, der beiden scheidenden Vordenen der CDU, mit Begeisterung gesehen. Dabei bestätigte sich, dass die CDU zwar nach wie vor die größte Oppositionspartei ist, aber immer noch die schwächste und dass Sie keinerlei Vorstellungen haben, wie man das Land regiert. Wenn es für Sie schon ein Skandal ist, dass wir einmal einen Punkt vertagen - mein Gott, haben Sie es nicht ein bisschen kleiner! Wenn wir einmal einen Tagesordnungspunkt vertagen, ist das „doll“. Liebe Zuhörer auf der Tribüne, es kommt häufig vor, dass wir Punkte vertagen; lassen Sie sich nicht beirren, das ist kein Skandal.

Herr Böge und Herr Callsen haben gesagt, wie es jetzt mit der Regierung weitergehe, müsse die Regierung selbst entscheiden. Das stimmt. Das tun wir auch. Dafür brauchen wir Sie gar nicht. Mit Britta Ernst, mit Stefan Studt, mit Manuela Söller-Winkler und mit Thomas Losse-Müller ist die Regierung gut aufgestellt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit nicht nur mit den neuen Kollegen, sondern auch in der Koalition insgesamt.

Eine Regierungskrise gibt es eher in Ihrer Erfindung. Die Aktuelle Stunde ist doch eher Ausdruck Ihrer Krise. Wenn ich mir die Pressekonferenz noch einmal angucke: Ich habe jetzt den fünften Kollegen als Landesvorsitzenden und den vierten als Fraktionsvorsitzenden. Ich bin gespannt, wann es zweistellig wird. Nehmen Sie sich alle Zeit, die Sie brauchen, damit Sie Regierungsfähigkeit entwickeln. Dieses Land wird von der Küstenkoalition sehr gut regiert. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne die ehemalige Kollegin Herlich Marie Todsens-Reese und den ehemaligen Kollegen Heiko Hoffmann sowie den Vorsitzenden des DGB Nord, Herrn Uwe Polkaehn. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Opposition, Sie wollen mit uns über eine vermeintliche Regierungskrise sprechen, die wir nicht haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, es gibt keine Krise! Sie sind auch nicht die Regierung! - Weitere Zurufe)

Wir könnten mit Ihnen über eine Oppositionskrise reden, die Sie vermutlich verneinen würden.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wo ist die denn? - Weitere Zurufe)

Diese Oppositionskrise verneinen Sie genauso, wie wir unsere Regierungskrise verneinen. Wir haben keine. Im Ernst, wir sind bei der Lösung der Probleme in diesem Land in den letzten 35 Minuten nicht einen Schritt weitergekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ja, Sie haben recht, es gab Probleme. Wir haben vier Rücktritte in drei Wochen gehabt. Liebe Opposition, auch Sie haben Ihren Anteil daran gehabt.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ja, wir haben Probleme in der Kommunikation gehabt. Ja, die Kommunikation hätte an manchen Stellen besser sein können, mit Ihnen, vielleicht auch mit den Menschen draußen und auch untereinander. Diese Fehler haben wir erkannt, wir haben sie behoben, und das schadet nicht dem Ansehen dieses Landes.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Was dem Ansehen dieses Landes wirklich schadet, ist, dass der Ruf der Politik schlecht ist, und, liebe Opposition, dazu tragen Sie Ihren Anteil ausgesprochen bei.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dieser Vormittag mit dem ganzen Klimbim, der hier veranstaltet wird, führt uns bei den Lösungen nicht weiter und ist kein Zurück zur Sachpolitik, wie Herr Günther es angekündigt hat, sondern ist weiter ein Schauen auf Personalfragen und rückwirkende Fragen und nicht ein Blick nach vorn. Wir fordern Sie auf, den Blick nach vorn zu richten.

Wir haben ein starkes Team. Auch ich freue mich im Namen meiner Fraktion auf die Zusammenarbeit mit dem neu aufgestellten Team und den neuen Ka-

**(Eka von Kalben)**

binettmitgliedern. Ich sage Ihnen zu: Sie haben inklusive des Ministerpräsidenten auch weiter unsere volle Unterstützung bei der Arbeit für dieses Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich möchte mich gleichzeitig - auch wenn die Kollegen nicht da sind - bei den ausgeschiedenen Kollegen des Kabinetts im Namen meiner Fraktion für die geleistete Arbeit für dieses Land bedanken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine erfolgreiche Zwischenbilanz,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wo war die denn?)

und wir haben noch viel vor für die Zukunft. Es gibt Dinge, die dieses Land noch mehr interessieren als die Nabelschau hier im Landeshaus. Wir haben die Herausforderungen des demografischen Wandels und des Klimawandels. Wir wissen alle, welche Herausforderungen wir bei den Flüchtlingen haben. Das sind die Themen, an denen wir arbeiten wollen. Das sind die Themen, bei denen wir Sie von der Opposition einladen, mitzuarbeiten. Das, was Sie hier machen, hilft keinem einzigen Menschen im Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe CDU)

Das hilft keinem Flüchtling. Das hilft keinem Arbeitslosen. Das hilft auch niemandem, der im Stau steht. Das hilft keinem kranken oder pflegebedürftigen Menschen. Das hilft auch keinem Politiker und keiner Politikerin in diesem Haus. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Vorsitzende der FDP-Fraktion, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die vereinigte Regierungsmannschaft der regierungstragenden Fraktionen ein solches Spiel nach der Devise aufführt, es gehe ums Land und nicht ums Personal in Schleswig-Holstein, wundert mich eigentlich nicht. Da heißt es: Wir haben keine **Regierungskrise**. Kümmern wir uns um die Probleme der Menschen. Wir haben in den letzten 14 Tagen nichts anderes aus den Reihen der Sozial-

demokraten gehört. Wir hörten, wie schlimm das alles sei, aber deswegen hätten wir keine Regierungskrise.

Herr Dr. Stegner, Sie erklären, wir hätten keine Regierungskrise? Wir haben eine ehemalige **Bildungsministerin**, der vorgeworfen wird, der Bestechlichkeit zugeneigt zu sein und einen Betrug begangen zu haben. Sie ist von heute auf morgen im Nichts verschwunden. Nachdem der Herr Ministerpräsident hier noch alle Beteiligten aus den Oppositionsfraktionen beschimpft hat, wir würden die Unschuldsvermutung nicht gelten lassen und er würde an ihr festhalten, erwarten wir zumindest eine Erklärung, was dazu geführt hat, dass dies von einer Sekunde auf die andere für ihn nicht mehr gilt.

(Beifall FDP und CDU)

Oder waren die hehren Worte von der Unschuldsvermutung und vom Rechtsstaat einfach nur dahingesagt, um Zeit zu gewinnen, während er in Wirklichkeit etwas ganz anderes vorgehabt hat?

Dann haben wir einen Minister des Inneren, der von heute auf morgen - ich kann das nachvollziehen - diesem Kabinett nicht mehr angehören will, weil ihm das zu traurig erscheint,

(Heiterkeit Christopher Vogt [FDP])

der in die Wohnungswirtschaft geht und drei Tage zuvor noch als Minister dort eine Rede gehalten hat. Ich zitiere den Kollegen Dr. Stegner, der gesagt hat, das finde er verwerflich.

Und wir haben keine Regierungskrise? Herr Kollege Dr. Stegner, Sie finden das Verhalten eines Ihrer Parteifreunde, der Minister und Ihr Stellvertreter war, verwerflich, und wir sollen darüber nicht debattieren dürfen?

(Beifall FDP und CDU - Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dann haben Sie jetzt einen neuen **Innenminister**, Herrn Studt, den ich wirklich beglückwünsche. Ich habe gelesen, dass es einen Sonderkoalitionsausschuss geben musste. - Keine Regierungskrise? Koalitionskrise vielleicht? Denn die Grünen haben sich bei der Zusammen- beziehungsweise Auseinanderlegung der Ministerien für Bildung und Wissenschaft mit Blick auf den Koalitionsvertrag verraten gefühlt.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])



(Wolfgang Kubicki)

Wir haben einen jetzigen Innenminister, der damals Chef der Staatskanzlei war. Die Begründung war: Die Kommunikation zwischen der Staatskanzlei und den regierungstragenden Fraktionen habe nicht gestimmt. Und dieser Nicht-Kommunikator ist jetzt der tollste Innenminister, den wir uns jemals vorstellen konnten? Wie komisch ist das denn?

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann hatten wir in der Person Wende die tollste Wissenschaftsministerin, die Schleswig-Holstein jemals zu Gesicht bekommen hat.

Nach Spaß kommt Ernst. Frau Ernst ist jetzt da. Sie ist als Bildungsministerin für Schule und Bildung zuständig. Das Ministerium - das habe ich gerade gesehen - trägt die Abkürzung MSB. Ich kannte diese Abkürzung bislang nur vom Marxistischen Studentenbund.

(Heiterkeit Oliver Kumbartzky [FDP])

Vielleicht ist das die neue Bildungspolitik.

(Heiterkeit FDP)

Aber die spannende Frage, die dahintersteht, ist: Welche sinnvolle Begründung gibt es denn - darüber muss man debattieren -, dass die UKSH-Aufsicht anders verlagert werden muss, außer reinen Verfahrensgesichtspunkten? Man hätte überlegen können, warum man so etwas auseinanderpackt. Das muss doch wenigstens einmal erklärt werden.

(Beifall FDP, CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Nun ist nach Frau Wende Frau Alheit die tollste, beste Wissenschaftsministerin, die sich Schleswig-Holstein jemals vorstellen konnte. Es gibt einen verräterischen Satz von Herrn Ministerpräsidenten Albig. Er hat gesagt: Ich hatte keine bessere Wahl. - Er meinte es wahrscheinlich anders.

(Heiterkeit Ministerin Kristin Alheit)

Aber ich wiederhole es gern: Ich hatte keine bessere Wahl. - Ob das das Kriterium ist, Personen mit bestimmten Aufgaben zu betrauen, wage ich zu bezweifeln.

Nun kommen wir zur Frage: Wie sieht Schleswig-Holstein im Bundesvergleich eigentlich aus, Herr **Ministerpräsident**? Sie fallen regelmäßig durch spektakuläre öffentliche Äußerungen zur Frage auf, wie man den - teilweise auch von Ihnen, nicht von Ihnen persönlich, sondern von Ihrer Partei und den Grünen mit verursacht - Stau in Schleswig-Hol-

stein und den maroden Zustand der Straßen beheben könne.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da soll es einen Soli für die **Infrastruktur** geben. Da soll die Mineralölsteuer erhöht werden. - Bundesweit werden Sie mittlerweile nicht mehr ernst genommen und der Lächerlichkeit preisgegeben. Sie haben keine Chance mehr, in Berlin ernst genommen zu werden.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das Größte ist - ich frage mich, warum die Grünen dazu schlicht und ergreifend schweigen -: Herr Ministerpräsident, Sie haben eine glorreiche Rede im Bundesrat gehalten. Aber sie wäre glaubwürdiger gewesen, wenn Sie erklärt hätten, dass Sie an der Formulierung des Koalitionsvertrags beteiligt gewesen sind.

(Rainer Wiegard [CDU]: Und wenn er hier was gemacht hätte!)

- Unabhängig davon: Er war daran beteiligt, er hat es mitformuliert und den Koalitionsvertrag unterschrieben. Anschließend hat er sich davon distanziert - so wie eben bei seinem Antrag auf Besetzung des Rechnungshofs.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er hat sich von seinem eigenen Antrag distanziert. Wer sich öffentlich so positioniert, Herr Ministerpräsident, kann nicht mehr ernst genommen werden. Das werden Sie in den nächsten Tagen und Wochen noch erleben - nicht nur von der Wirtschaft, sondern auch von den Menschen.

(Beifall FDP und CDU)

Je länger Sie zulassen - das sage ich Ihnen jetzt auch persönlich; ich bin seit 24 Jahren im Parlament -, dass der Kollege Dr. Stegner Ihnen auf der Nase herumtanzt,

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

desto weniger wirksam werden Sie beide. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der PIRATEN, der Abgeordnete Torge Schmidt.



**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hätte es in diesem Haus um Sachpolitik gehen sollen, wie es von der Koalition gewünscht ist, hätte der Ministerpräsident eine Regierungserklärung abgeben und der Landtag keine Aktuelle Stunde durchführen sollen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Als die Koalition mit dem Anliegen scheiterte, mit ihrer Einstimmen-Mehrheit Thilo Weichert zum Datenschutzbeauftragten zu machen, war von einer ärgerlichen Panne die Rede. Nach dem Rücktritt von Andreas Breitner vom Amt des Innenministers und nach dem Abgang von Frau Ministerin Professor Wende sprach der Ministerpräsident davon, dass die Koalition in die Knie gegangen sei, um sofort wieder aufzustehen. Prominente ver.di-Vertreter betitelten den SPD-Vorsitzenden als „linken Clown“. Die nationale Presse schüttelte den Kopf über das Theater. „Noch eine Böe bis zum Schiffbruch“ titelte die „Welt“. Der Regierungschef selbst wird als „farblos“ und „lustlos“ beschrieben. Was die Opposition hier und heute in der Aktuellen Stunde diskutieren wird, ist zum einen das Bild, das diese Regierung in den letzten Wochen in diesem Land abgegeben hat. Es geht zum anderen aber auch darum, wie diese Regierung das Land bundesweit repräsentieren soll.

Erinnern wir uns daran, was geschehen ist. Da gerät eine **Bildungsministerin** persönlich unter Druck, weil sie sich allem Anschein nach persönliche Vorteile organisiert hat. Der **Ministerpräsident** steht zu ihr, komme, was wolle. Damit gibt er nicht nur seine Person, sondern das ganze Kabinett, die ganze Koalition und - wenn man so will - das ganze Land der Lächerlichkeit preis.

Was kann dann noch passieren? Mir fällt nicht viel dazu ein. Aber einer der Besten im Kabinett, der **Innenminister**, zeigt es uns an dieser Stelle. Er tritt zurück. Er wechselt ohne Kommunikation in die Wirtschaft - in einen Bereich, für den er als Minister selbst zuständig war. Der Ministerpräsident steht nicht nur als begossener Pudel, sondern auch ohne Hosen da.

(Lachen SPD)

Dann tut der Politikmanager etwas, das tatsächlich in guter Tradition der gesamten Kommunikationspanne dieser Regierung steht: Er setzt eine neue Bildungsministerin ein, die ich - das sage ich ganz ausdrücklich - für sehr gut für diesen Job geeignet halte. Er sieht sich aufgrund familiärer Bindungen

gezwungen, mal eben mit Handschlag den gesamten Ministerialapparat des Landes Schleswig-Holstein umzugestalten - einfach mal so, weil dies ja so einfach ist.

Er tut aber noch mehr. Weil einer seiner ältesten Freunde und Berater so toll ist, wird er Innenminister. Wenn die Minister so toll wie in der letzten Zeit angepriesen sind, warum waren sie nicht von vornherein die Minister?

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP  
- Lachen SPD)

Sie stellen das letzte Aufgebot des Ministerpräsidenten dar, der politisch so angeschlagen wie kaum ein Politiker in der gesamten Republik ist.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mein Gott Walter! -  
Weitere Zurufe SPD)

Da fragt man sich tatsächlich: Womit hat dieses Land das verdient?

Eine Landesregierung, bei der Personalpolitik vor Sachpolitik geht! Das haben wir heute Morgen schon wieder gesehen. Eine Landesregierung, die wie beim neuen Landesbeauftragten jede Entscheidung unter der Überschrift „Parteibuch vor Profession“ trifft.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und  
FDP)

Ich finde: Sie versprechen den Leuten ziemlich viel und halten davon ganz schön wenig. Das ist Ihre allergrößte Schwäche.

Da Sie sich nicht in der Lage sahen oder sehen, in dieser Sitzung nach den vielen Querelen der letzten Zeit eine aktualisierte **Regierungserklärung** abzugeben, habe ich mir einmal Ihre Regierungserklärung vom 13. Juni 2012 angeschaut und sie genauer betrachtet. Offensichtlich haben Sie viel von der damaligen Erklärung vergessen. Daher möchte ich Sie noch einmal daran erinnern. Ich zitiere:

„Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl, die für uns alle eine schmerzhaft niedrige war, die auf ein historisches Tief von nur noch 60 % gesunken ist, macht deutlich, dass es höchste Zeit ist, über politische Kultur in unserem Land nachzudenken.“

Wie erklären Sie den Menschen draußen, die viele Kommentare geschrieben haben, die Sie persönlich verantwortlich gemacht haben für die Schmierentheater in diesem Land, die so früh den Rücktritt von Frau Wende gefordert haben, die sich beim beruflichen Werdegang des Genossen Breitner wun-

(Torge Schmidt)

dern, sich darüber ärgern, dass sie jetzt noch hochbezahlte Staatssekretäre spazieren gehen lassen, weil ausgerechnet der nicht in ihr Personalkonzept passt, die die Stellenpolitik nach Gutsherrenart nicht dulden, die nicht akzeptieren, dass man den engsten Freund zum Minister macht, den Stil Ihrer neuen politischen Kultur?

(Angelika Beer [PIRATEN]: Gar nicht!)

„Meine Regierung wird Entscheidungen treffen, Entscheidungen, die gut, fair und transparent vorbereitet werden, Entscheidungen, die wir erklären und die wir verantworten ...“

Wie erklären Sie das den aufrechten Genossen in diesem Land, wie erklären Sie ihre eigenmächtigen, nicht abgestimmten, nicht kommunizierten Entscheidungen zur Kabinettsbesetzung und zur Struktur Ihrer Regierungskollegen am Kabinetttisch? Verantworten muss das die Mehrheit, alle zusammen.

Zum Schluss noch einmal der Anfang Ihrer Regierungserklärung von damals:

„Hohes Haus! Europa schaut heute auf uns und auf das, was wir miteinander auf den Weg bringen.“

Ich kann nur sagen: Europa schaut auf ein Chaos, das nur einer in diesem Haus zu verantworten hat, und das ist der Regierungschef, der sich selbst unnötig in die schwierige Situation gebracht hat. Er hat zu verantworten, dass niemand in dieser Republik ihm noch Politik zutraut.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, denken sie an die Redezeit.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Herr Albig, man misst Sie an Ihren eigenen Worten. Da reicht es auch nicht, irgendwen und irgendwas toll zu finden. Da müssen sachliche Argumente her.

(Beifall PIRATEN und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für den SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat, eine Regierungskrise gibt es nicht. Kollege Kubicki hat eben den besten Beweis dafür geliefert. Leider kann er es nicht hören.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Doch, er kann es hören!)

- Ist er noch da? Wunderbar! Lieber Wolfgang, lieber Kollege Kubicki, es gab keinen Sonderkoalitionsausschuss. Der ist notwendig, wenn man in einer Krise ist. Aber da wir definitiv keinen Sonderkoalitionsausschuss hatten, ist dieser Hinweis vom Kollegen Kubicki eigentlich der beste Beweis dafür, dass wir keine Krise haben.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wenn wir über Krisen sprechen, dann in der Tat über die **Oppositionskrise** - vielleicht nicht so stark bei der FDP, die hat vielleicht eine andere Krise.

(Heiterkeit Dr. Ralf Stegner [SPD])

Mancher Christdemokrat hat sich letzte Woche - ich zitiere aus dem „sh:z“ vom 30.09. - fassungslos über die Situation der Partei geäußert. Bei der Bilanzpressekonferenz von dem Kollegen Callsen und Herrn Böge letzte Woche sagte man, man sei auf alle Eventualitäten vorbereitet. Ganz super! Da fragten natürlich die Journalisten, welche Eventualitäten denn gemeint wären, aber das durfte dann niemand erfahren. Die Regierungsübernahme war damit nämlich nicht gemeint. Das hätte eigentlich eine Rücktrittsaufforderung an die Adresse des Ministerpräsidenten erfordert. Doch Herr Böge sagte damals, dazu wolle er sich nicht äußern. Herr Callsen bekam dann das Mikrofon vorgeschoben und sagte: Der Ball liegt im Feld der Koalition. Das heißt also, wir sollen jetzt die Rücktrittsforderung gegenüber unserem Ministerpräsidenten stellen, die Sie nicht hinbekommen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren, ist schon echt mutig. Wir bekommen sicherlich viel hin, aber es ist eigentlich euer Job, solche Dinge zu machen. Wir werden das jedenfalls nicht tun.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja gut, überredet!)

Aber Herr Böge hat dann auch gesagt, dass die **CDU** nur dann die Regierung übernehmen wolle - es gibt immer noch Bedingungen für die Regierungsübernahme -, wenn die Koalitionspartner signalisierten, dass sie die Nase voll haben.

(Lars Harms)

(Heiterkeit der SPD)

Großartig! Dazu kann ich Ihnen zweierlei sagen: Erstens. Wir haben die Nase nicht voll. Zweitens. Das Einzige, wovon die Leute die Nase voll haben, ist die flau Oppositionsarbeit, die Sie hier leisten. Das ist für die Leute wirklich nicht zu ertragen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ist der Landesvorsitzende der CDU ja zurückgetreten, und man hat die Gelegenheit beim Schopfe gepackt und Herrn Callsen gleich mit auf die Hinterbank geschickt. Es soll dann die personelle Neuaufstellung geschehen. Allerdings haben wir das beim letzten Mal auch schon gehört, und da hat es auch nicht geklappt. Wer erwartet hätte, dass nun bei der CDU Unternehmertum, Landwirtschaft, Arbeitnehmerschaft in irgendeiner Art und Weise eine Rolle gespielt hätten, der sieht sich getäuscht. Jetzt kommt die Stunde der Apparatschiks. Nun ist es so, dass es zwei CDU-Funktionärskader richten sollen. Nichts mehr mit Partei des Unternehmertums, nichts mehr mit Partei der ländlichen Räume, nichts mehr mit christlichdemokratischer Arbeitnehmerschaft, sondern jetzt sollen es die Leute aus dem Apparat richten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit haben wir es wirklich mit einer handfesten Oppositionskrise zu tun.

Während es 2013 das letzte Aufgebot richten sollte, sind wir nun beim allerletzten Aufgebot, und das ist die wirkliche Krise, meine Damen und Herren.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Nun redet der Kollege Günther auch von der Lust aufs Regieren. Wir anderen warten aber schon seit zwei Jahren darauf, dass die CDU zumindest einmal Lust aufs Opponieren bekommt.

(Heiterkeit SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Callsen wurde doch nicht auf die Hinterbank geschickt, weil er schlecht regieren kann. Er ist das Bauernopfer einer von allen Seiten kritisierten Oppositionsarbeit der CDU.

(Dr. Gitta Trauernicht [SPD]: Genau!)

Kritik übrigens, die, wie Herr Daniel Günther selbst in einem Interview feststellte, der gesamten Fraktion gilt, also auch ihm selbst.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das, liebe Leute, ist wirklich eine Krise. Und wer meint, dass sie allein dadurch gelöst werden kann, dass man das Personalkarussell eine Runde weiterdreht - gestern noch das Pferdchen, heute der Feuerwehrgewagen -, macht sich doch nur selbst etwas vor. Das Karussell ist immer noch dasselbe und das Personaltableau der CDU eben auch. Das ist das eigentliche Problem, das die CDU hat.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber schauen wir uns doch einmal an, was die CDU für eine Politik im Gegensatz zu uns gemacht hätte. Was wäre gewesen, wenn die CDU hier Verantwortung getragen hätte?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie hätten die Straßen und die Rader Hochbrücke weiter verrotten lassen, wie Sie es unter schwarzen Wirtschaftsministern jahrelang gemacht haben.

(Beifall SSW und SPD)

Es hätte kein Schulgesetz gegeben, das allen Kindern die gleichen Chancen bietet. Wir würden weiterhin Bildungsverlierer schaffen mit all den unmenschlichen und kostspieligen sozialen Konsequenzen, die daraus resultieren.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir würden immer noch Lehrer für andere Schulformen ausbilden, die es hier schon lange nicht mehr gibt. Inklusion müsste immer noch kostenlos zu haben sein, obwohl wir alle wissen, dass es das überhaupt nicht gibt. Und wir hätten keinen Sonderfonds, mit dem sich Polizeisporthallen, Unis, Schulen oder Kitas finanzieren lassen könnten. Sie hätten die Blinden, die Minderheiten und die Frauenhäuser, denen Sie das Geld gestrichen haben, auch weiterhin im Stich gelassen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Hauptsache, lieber Kollege Garg, die Grunderwerbsteuer bleibt billig für jene, die sich Häuser leisten können. Das wäre Ihre Politik gewesen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten darüber hinaus den wahren Finanzhaien Tür und Tor geöffnet, damit Sie unsere öffentlich-rechtlichen Sparkassen verzocken können. Öffentliche Auftragnehmer wären weiterhin nicht an den Mindestlohn gebunden gewesen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, schauen Sie einmal auf die Uhr.

**Lars Harms [SSW]:**

Mache ich gern. - Man hätte weiterhin Aufträge für Tarifpreller und Ausbeuter vergeben. Ich lasse mich gern von unserem Landtagspräsidenten bremsen.

(Heiterkeit Christopher Vogt [FDP])

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Liste von Versäumnissen in der Politik der CDU in Schleswig-Holstein ist unendlich lang. Deswegen ist es gut, dass wir hier regieren, und das bleibt auch so.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat der Abgeordnete Rainer Wiegard.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar, lieber Lars Harms, dass du am Schluss dieser Aktuellen Stunde noch einmal auf die Politik zurückgekommen bist und gefragt hast, was eigentlich wäre, wenn die CDU regieren würde, möglicherweise gemeinsam mit der FDP, das heißt wenn wir nicht das Zählverfahren geändert hätten, Herr Kollege Stegner, weil Sie immer wieder öffentlich behaupten, dass die alte Regierung abgewählt worden sei.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind abgewählt worden!)

Deswegen stelle ich noch einmal richtig - ich weiß, dass Sie sich an der Stelle immer selbst beklatschen -: Sie sind an der Regierung, weil wir das Zählverfahren geändert haben, das hier seit Jahrzehnten gegolten hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Unsinn!)

Sonst würde es diese Regierungsmehrheit hier nicht geben.

(Weitere Zurufe SPD)

- An Ihrer Aufregung merkt man das.

Ich will die Gelegenheit nutzen - -

(Unruhe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich Sie bitten dürfte! Zwischenrufe sind sicherlich in Ordnung, aber ich bitte doch, den Lärmpegel etwas zu senken.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Immer wenn der Kollege Stegner laut wird, merkt man, dass er aufgeregt ist. Ich will keine Zwischenbemerkung zulassen, sondern auf die Rede eingehen, die Sie, Herr Harms, hier eben gehalten haben, und kurz sagen, was wäre wenn.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Was wäre, wenn nicht diese Regierung, sondern eine andere regiert hätte? Dann gäbe es keinen **Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich** in dem Maße, wie Sie das hier vorhaben,

(Vereinzelter Beifall CDU)

dass Sie den Landkreisen 40 Millionen € nehmen, um diese zu den kreisfreien Städten zu schieben.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Unverschämtheit! - Zuruf Lars Harms [SSW])

Es würde nicht der **Todesstoß** für die **Gymnasien** eingeleitet werden, indem Sie die Lehrerausbildung verändern,

(Beifall CDU - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

indem Sie Kleinstoberstufen einrichten und damit einleiten, was Sie 2005 in Ihrem Koalitionsvertrag schon vereinbart haben.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

- Wer das nicht glaubt, kann das gern noch einmal nachlesen. Dort stand das alles.

(Zuruf Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit uns gäbe es keine dauernden **Misstrauensbekundungen** gegenüber der schleswig-holsteinischen **Wirtschaft** durch die Gesetze, die Sie hier gemacht haben.

Mit uns gäbe es keinen **Stillstand beim Ausbau der Infrastruktur**, sondern hier gäbe es insbesondere bei den finanziellen Mitteln, die im Gegensatz zu dem Zustand heute vor zwei bis drei Jahren noch vorhanden waren, bei reichlicher Finanzausstattung

**(Rainer Wiegard)**

die Möglichkeit, die Infrastruktur auszubauen und damit die Zukunft unseres Landes zu sichern.

Mit uns gäbe es keinen Regierungschef, keinen **Ministerpräsidenten**, der hier dieses Parlament belügt,

(Lachen Olaf Schulze [SPD])

der nicht die Wahrheit über Rücktrittsgründe verkündet,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was ist das denn für ein Unsinn? - Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

der das Parlament in solcher Weise beschimpft. - Herr Ministerpräsident, darf ich Sie noch an Ihre Äußerung erinnern, die Sie hier gemacht haben?

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Wiegard, darf ich Sie bitten: Wir haben in der letzten Sitzung einen Antrag beraten, der sich auch mit dieser Begrifflichkeit auseingesetzt hat. Da war dieser Begriff auch in der Debatte nicht zu vermeiden. Ich halte den Begriff, den Sie eben benutzt haben, in dieser Debatte für nicht parlamentarisch.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Mit uns gäbe also keinen Regierungschef, der dem Parlament nicht die Wahrheit sagt über die tatsächlichen Rücktrittsgründe.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich habe schon die Erwartungshaltung, Herr Abgeordneter, dass Sie das dann zurücknehmen, damit ich nicht anders tätig werden muss.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Wenn die Bemerkung über den Ministerpräsidenten als unparlamentarisch gilt, ziehe ich sie zurück und werde das mit dem Ministerpräsidenten persönlich noch einmal austragen.

Ich will hier deutlich machen, dass die Angriffe des **Regierungschefs** gegenüber dem Parlament - Herr Albig - viele Kolleginnen und Kollegen betroffen gemacht haben, und dass ich eigentlich erwartet hätte, dass Sie heute vor dieses Parlament treten und eine **Erklärung über die Sachverhalte** abgeben, aber darüber hinaus sich auch gegenüber dem Parlament für die Vorhaltungen entschuldigen, die

Sie gemacht haben, und die sich inzwischen im Wesentlichen als nicht stichhaltig herausgestellt haben, weil das, was die Opposition hier durch ihre Akteneinsicht zutage gefördert hat, die Grundlage dafür ist, dass die Staatsanwaltschaft überhaupt erst tätig sein kann. Ich denke, hier wäre es notwendig, dass Sie dem Parlament gegenüber vieles von dem zurücknehmen, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist doch tragisch, solche Reden hier! - Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Niemand muss Angst haben, dass ich jetzt mit meiner langen Liste fortfahre.

(Heiterkeit)

Aber es ist mir doch ein wirklich wichtiges Anliegen, etwas klarzustellen, weil der Kollege Wiegard gerade von dem Zählverfahren sprach und davon, dass dies das Böse sei, dass wir deshalb wir nun eine Mehrheit bilden könnten. Wir können aber auch eins feststellen, lieber Kollege Wiegard: Auf diesem Planeten gibt es nicht ein einziges **Zählverfahren**, das bei der letzten Landtagswahl CDU und FDP im Regierungssattel gehalten hätte.

(Lebhafter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Es gibt nicht ein einziges Zählverfahren! Lieber Kollege Wiegard, das ist das eigentliche Zeichen, dass Sie noch immer nicht begriffen haben. Sie sind immer noch nicht bereit zu erkennen, dass die CDU derzeit nicht regierungsfähig ist, dass Sie es einfach nicht hinbekommen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Prinzip, wenn man einmal ganz, ganz ehrlich ist, sind Sie noch nicht einmal eine **Oppositionspartei**, weil Sie als Alternative zu uns nichts anbieten können. Das tut uns auch weh, dass wir immer alles allein machen müssen. Das tut uns auch weh.

(Heiterkeit SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



(Lars Harms)

Sie sind nur noch irgendwie da. Das ist für dieses Land zu wenig.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Lars Harms, erst einmal herzlichen Glückwunsch zur Ente. Ich finde, keiner hat sie sich so redlich verdient wie Sie. An die Kolleginnen und Kollegen, die die Laudatio auf die Ente von Lars Harms gestern möglicherweise nicht mitbekommen haben: Sie lautete sinngemäß: Das schafft wirklich keiner, das Trauerspiel, das diese Landesregierung seit Wochen und Monaten abgibt, so schönzureden oder noch so vehement zu verteidigen wie der Vorsitzende der SSW-Gruppe im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Ich glaube, wir haben hier wieder zwei Kostproben bekommen. Lars, die Welt wird dadurch zwar nicht besser, aber die Beiträge waren definitiv unterhaltsamer Natur.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, man kann zu lange an einem Kabinettsmitglied festhalten. Man kann sich im Übrigen auch in einem Menschen täuschen. Es kann auch passieren, dass einem eine Stütze des Kabinetts - möglicherweise sogar überraschend - abhandenkommt - keine Frage! Aber ich finde, was nicht passieren darf, vor allem, wenn man Ministerpräsident dieses Landes ist, ist, zu glauben und so weiter zu agieren, als hätte das mit einem selbst alles nichts zu tun.

Ich habe Innenminister Breitner vor vielen Jahren als ausgesprochen sachkundigen und verantwortungsbewussten Menschen kennengelernt. Wenn so ein Mensch von heute auf morgen Ihr Kabinett verlässt, lässt das möglicherweise auch Rückschlüsse darauf zu, wie die **Stimmung** in diesem **Kabinett** in den vergangenen Monaten gewesen sein mag

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Möglicherweise auch nicht!)

- ja, aber möglicherweise auch doch, liebe Kollegin Herdejürgen -

(Sandra Redmann [SPD]: Aber wir sind hier nicht vor Gericht! - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

und welches Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und tragenden Regierungsmitgliedern bestanden hat. Dieser etwas inszenierte - vermutlich jedenfalls inszenierte, das hoffe ich jedenfalls für die Regierungskoalition - Auftritt in Dänemark, bei dem Sie „toll“ zum neuen „stark“ erklärt haben - ich kann mich an Regierungserklärungen von Ihnen erinnern, da haben Sie das Attribut „stark“ in jedem zweiten Satz bemüht, jetzt bemühen Sie das Attribut „toll“ in jedem zweiten Satz - -

(Christopher Vogt [FDP]: Zwischenzeitlich war es töricht! - Weitere Zurufe)

- Nein, ich habe das Wort Missbilligung bisher jedenfalls in dieser Rede und auch in den Reden davor noch kein einziges Mal bemüht.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer mich kennt, weiß, dass ich sowohl mit Rücktrittsforderungen als auch mit Missbilligungen in den vergangenen 15 Jahren ausgesprochen sparsam war - ausgesprochen sparsam! Ich finde, das sollte man auch sein.

Aber Sie haben heute Morgen wirklich den letzten Beweis dafür geliefert, dass Sie sich hier absolut zu einer Witzfigur machen lassen. Ich sage nicht, dass Sie das sind, sondern dass Sie sich dazu machen lassen, dass Sie sich das gefallen lassen: Im Kabinett beschließen Sie, die **Stellen des Landesrechnungshofs** nachzubesetzen, übrigens auch mit den Persönlichkeiten, die Ihnen ja vermutlich bekannt waren, als Sie den Beschluss gefasst haben. Dann lassen Sie sich von Herrn Stegner, der seine eigene Vorstellung darüber haben darf, wie ein Personalpaket zu schnüren ist - die darf er gern haben - vorschreiben, dass das so nicht funktioniert.

Herr Albig, das sage ich Ihnen ganz offen: Der Verlust der Regierungsverantwortung schmerzt. Aber als Sie angetreten sind, habe ich gedacht: Da ist jemand, der wirklich etwas für dieses Land tun will.

Die Aufzählungen von Lars Harms, was unter der CDU angeblich alles schiefgelaufen sei, mögen ja erheiternd sein, aber ich will daran erinnern, dass das Thema der Aktuellen Stunde nicht „Krise in der CDU“ lautet, sondern „Krise in der Landesregierung Schleswig-Holsteins“.

(Beifall FDP und CDU)

Sie haben bislang noch mit keiner einzigen Handlung unter Beweis gestellt, dass das, womit Sie angetreten sind, dieses Land tatsächlich in irgendeiner Art und Weise vorangebracht hätte.

(Dr. Heiner Garg)

Herr Ministerpräsident, nachdem Ihnen die FDP-Opposition vor zwei Wochen diese Steilvorlage geliefert hat, habe ich von Ihnen wirklich erwartet, dass Sie die Chance nutzen, sich hier vorn hinzustellen und eine kraftvolle **Regierungserklärung** abzugeben, wie Sie sich in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit, Inneres und Finanzen die nächsten zweieinhalb Jahre unter Ihrer Führung vorstellen. Sie haben sich ganz offensichtlich auch hier möglicherweise von Herrn Stegner einreden lassen, lieber nichts dazu zu sagen. Möglicherweise hat er Angst, dass Sie etwas Falsches dazu sagen. Ich kann nur sagen: Einen solchen Regierungschef, Herr Ministerpräsident, braucht das Land Schleswig-Holstein nicht.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Piratenfraktion, der Abgeordnete Torge Schmidt.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin gerade durch die Debatte heute und auch gestern Abend in der FördeRunde ein wenig überrascht, mit welcher Vehemenz **Probleme** und die **Koalitionskrise** seitens der Koalition geleugnet werden. Zwar gibt es Stimmen, die Kritik an sich selber äußern, aber im Großen und Ganzen heißt es, es bestünden keine Probleme und alles sei toll in diesem Land. Ich verstehe es nicht. Mir fällt an dieser Stelle - man verzeihe mir das - kein anderes Wort ein als „parlamentarisches Stockholmsyndrom“.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt!)

Sich hier hinzustellen und über die CDU zu reden, anstatt das zu tun, was an dieser Stelle angebracht wäre, nämlich **Selbstreflexion** zu üben, ist hier auch fehl am Platze. Ich wünsche mir von dieser Regierung, dass sie tatsächlich einmal mit Inhalten vorangeht und erklärt, wie es nach den großen Veränderungen im Kabinett weitergehen soll. Sie sind ja nicht wegzuleugnen. Es ist ja Fakt, dass hier zwei neue Minister sitzen. Man sollte den Leuten draußen dann auch erklären, wie es in den nächsten zweieinhalb Jahren weitergehen soll.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann lasst uns doch mal in die Tagesordnung einsteigen!)

Wir müssen hier doch eines festhalten - auch das ist ein gutes Indiz dafür, dass die Koalition ein Problem hat -: Der **Ministerpräsident** hat eigenmächtig den **Koalitionsvertrag gebrochen**, indem er den Wissenschaftsbereich aus dem Bildungsministerium herausgenommen hat. Ich weiß nicht, ob die Koalitionsfraktionen gewillt sind, das an dieser Stelle mit sich machen zu lassen. Aber in dieser Debatte geht es um einen zentralen Punkt, nämlich um Verantwortung. Ich sehe nicht, dass dieser Ministerpräsident die Verantwortung, die er für das Land eigentlich wahrnehmen müsste, derzeit auch wahrnimmt, sondern ich sehe einen Ministerpräsidenten, der sich vor dieser Verantwortung duckt und der dazu **keine Regierungserklärung** abgibt.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie schon mal gesagt!)

Meine Erwartung an dieser Stelle ist, dass sich der Ministerpräsident hinstellt und etwas zu dieser Verantwortung sagt.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte veranlasst mich dazu, zu einem Punkt etwas zu sagen, der eigentlich durch die Beiträge zur Geschäftsordnung erledigt war. Aber damit hier nicht etwas im Raum stehen bleibt, was kompletter Unsinn ist, will ich es gerne festhalten: In der Frage der **Bestätigung von Senatsmitgliedern des Landesrechnungshofs** entscheidet der Landtag.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, er stimmt zu!)

Die Letztentscheidung liegt beim Landtag. Der Präsident des Landesrechnungshofs hat ein Vorschlagsrecht. Der Ministerpräsident leitet das durch. Er hat sozusagen eine notarielle Funktion.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist völliger Quatsch!)

Dann trifft der Landtag seine Entscheidung. Ich sage Ihnen: Der Landtag wird seine Entscheidung treffen, wenn wir unsere Beratung abgeschlossen haben. Das haben wir noch nicht.

(Dr. Ralf Stegner)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn Sie es wollen!)

- Sie haben doch früher auch mit Mehrheit entschieden, was Sie entscheiden wollten. Jetzt haben Sie die Mehrheit nicht mehr und klagen darüber. Das ist nicht mein Problem.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, das ist uns egal! Aber was Sie machen, ist ein Skandal!)

Ich will Ihnen nur sagen: Es ist grotesk und lächerlich, das zu einem Skandal aufzuplustern und alles Mögliche daraus zu machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen uns die beiden noch anschauen. Der **Landtag** ist keine Abnickbude, sondern er **trifft Entscheidungen**. Dass Sie das nicht verstehen, erstaunt mich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie wollen sich die Leute noch angucken!)

Richtig erschüttert hat mich allerdings der Beitrag des Kollegen Wiegard. Abgesehen davon ist es traurig - ich weiß gar nicht, wie ich das qualifizieren soll -, wenn sich jemand, der lange Jahre Minister war, hier so äußert. Verehrter Herr Kollege Wiegard, ich will Ihnen einmal etwas sagen: Das, was Sie hier beschrieben haben, heißt **Demokratie**. Das heißt, zu respektieren, wenn die Bevölkerung eine andere Regierung wählt, als Sie es sich wünschen. Sie sollten sich hier nicht hinstellen und so tun, als habe das mit irgendwelchen unseriösen **Zählmethoden** zu tun. Mit demokratischen Zählmethoden hätten Sie jedenfalls nicht zu einer Mehrheit kommen können, verehrter Herr Kollege Wiegard.

Das war ein trostloser und trauriger Auftritt, den Sie eigentlich nicht verdient haben. Ihre Fraktion hat ja zu dem, was Sie hier vorgetragen haben, betreten geschwiegen. Es ist schon ein bemerkenswerter Vorgang, dass Demokratie hier im Hause nicht akzeptiert wird. Ich muss schon sagen, das ist doch das Mindeste.

Dass die Opposition das Thema der Aktuellen Stunde nicht „Krise der Opposition“ nennt, dafür habe ich Verständnis. Wir haben das übrigens nicht einmal moniert, obwohl es ein komischer Titel ist. Aber wer sich die Debatte hier anschaut, der sieht, dass die Krise bei Ihnen herrscht. Machen Sie endlich einmal ordentliche Oppositionsarbeit! Damit müssen Sie in diesem Hause einmal anfangen. Dann kann das etwas werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Kollege Lars Harms hat es, wie ich finde, wie immer rhetorisch brillant beschrieben.

(Tobias Koch [CDU]: Sie eifern ihm nach!)

Für sich ist Lars Harms klasse, das will ich einmal sagen. Er ist toll!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein toller Typ! Ein richtiger Friese! Er hat ja nicht nur eine gute Rede gehalten, sondern er hat Ihnen das vor Augen geführt, was Sie so ungern hören möchten. Er hat nämlich noch dazu geliefert, warum Sie, Herr Kollege Wiegard, abgewählt worden sind, weil Sie nämlich nur unsoziale Politik machen. Deshalb sind Sie abgewählt worden. Dafür haben wir die Alternative. Das hat er hier dargestellt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb liegen Sie auch bei 30 %!)

Ich will Ihnen sagen, wann wir eine **Regierungskrise** hätten: Wir hätten eine Regierungskrise, wenn wir wieder anfangen würden, die Minderheiten zu schikanieren. Wir hätten eine Regierungskrise, wenn wir wieder anfangen würden, eine Politik in den Schulen zu machen, die ausgrenzt und die Menschen vorher aussortiert. Wir hätten eine Regierungskrise, wenn wir den Blinden und den Frauenhäusern das Geld wegnehmen würden, wie Sie es getan haben. Dann hätten wir eine richtige Krise. Das tun wir aber nicht. Wir haben keine Krise, und die Bevölkerung weiß das. Das ist gut für Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Bevor ich dem Ministerpräsidenten das Wort erteile, weise ich darauf hin, dass ich weder den Begriff „parlamentarisches Stockholmsyndrom“ noch den Zwischenruf „Quatsch“ für parlamentarisch halte. Ich habe nicht eingegriffen, weil es in einer solchen Aktuellen Stunde bei den erhitzten Gemütern schon einmal dazu kommen kann. Aber ich denke, wir sollten das in Zukunft hier nicht mehr verwenden. - Ich erteile nunmehr das Wort für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Torsten Albig.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viel, fast in jedem Satz, wird von **Krise** gesprochen. Das ist bald inflationär. Wenn es dann - ich danke für die Worte - in der Maßlosigkeit bis zu „Stockholmsyndrom“ geht, dann muss man in der Tat ein wenig schlucken, wie wir eigentlich miteinander reden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was meint Krise, meine Damen und Herren? Dem Lexikon nach ist das eine schwierige Situation, die den Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstellt.

Gab es in den letzten Wochen und Monaten eine gefährliche Entwicklung in unserem Land? - Nein, es gab sie nicht. Es gab vier Personalwechsel - zwei bei uns und zwei bei Ihnen. Glauben Sie mir, **Personalwechsel** vornehmen zu müssen und **Rücktritte** in seiner Regierung zu haben, das ist alles andere als einfach und erfreulich, gerade wenn sie überraschend oder am Ende von Entwicklungen kommen, die so schwierig sind wie bei Wara Wende.

Aber Personalwechsel in einer Regierung sind erst einmal Normalität. In fünf Jahren Legislaturperiode kommt das vor. In diesem Land ist es bisher schon vorgekommen, in anderen Regierungen ebenfalls. Das ist geübte Praxis. In allen vier Fällen - bei uns wie bei Ihnen - erfolgten die daraufhin notwendigen personellen Entscheidungen in kürzester Zeit. Ich glaube, dies ist eher ein Zeichen ausgeprägter Handlungsfähigkeit als von einer gefährlichen Entwicklung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wann hätte man in einer Regierung eine **gefährliche Entwicklung**? Aus meiner Sicht würden und müssten wir von einer gefährlichen Entwicklung reden, wenn eine Regierung nicht mehr in der Lage wäre, die Politik, die sie für richtig hält, mithilfe der sie tragenden Fraktionen umzusetzen. Meine Damen und Herren, wir waren, wir sind und wir werden mindestens bis zum Mai 2017 in diesem Hohen Hause in der Lage sein, das umzusetzen, was wir für politisch richtig halten und wofür wir politisch kämpfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Wir werden in der Lage sein, die Zusagen einzuhalten, die wir den Menschen gegeben haben, den

Menschen, die uns zu ihrer Regierung gemacht haben, die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in diesem Land.

Meine Damen und Herren, das mag für die Opposition eine schwierige Situation oder gar eine gefährliche Entwicklung sein, das ist aber - bei allem Respekt - das Gegenteil von einer Regierungskrise. Wenn die **Opposition** in der Zeit der angeblich größten Krise der Regierung und in der Zeit des angeblich schlechtesten Ministerpräsidenten ihr **Führungspersonal** austauschen muss, na dann sollte diese Form von Krise ja vielleicht zum Erfolgsmodell im Umgang mit einer herausragend starken Opposition werden.

(Heiterkeit Martin Habersaat [SPD])

Also, halten wir fest: Es gibt zumindest einmal keine Regierungskrise. Wir haben neue Minister, eine neue Ministerin und einen neuen Minister, und wir haben neue Staatssekretäre in diese Regierung berufen. Ich freue mich, dass mit der neuen Bildungsministerin Britta Ernst und dem neuen Innenminister Stefan Studt diese Regierung auch in diesen beiden wichtigen Politikfeldern gut aufgestellt ist. Sie stehen an der Seite meiner Sozial- und Wissenschaftsministerin Kristin Alheit, meiner Finanzministerin Monika Heinold, meiner Justizministerin Anke Spoorendonk, meines Wirtschaftsministers Reinhard Meyer und meines Vertreters und Energiewendeministers Robert Habeck.

Ich nehme zur Kenntnis, dass der kleinere Teil dieses Hauses mit dieser Regierung nicht vollständig zufrieden ist. Das muss ich in Demut ertragen, solange der größere Teil es sehr wohl ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Regierung hat die Kraft und den Willen, auch in den nächsten zweieinhalb Jahren den Koalitionsvertrag von Rot, Grün und Blau umzusetzen. Meine Regierung hat die Kraft und den Willen, die anstehenden sachpolitischen Aufgaben erfolgreich abzuarbeiten - so, wie es für unser Land gut ist.

Ich weiß, dass es an dieser Stelle nicht so erfolgversprechend ist, aber trotzdem die Bitte: Lassen Sie uns endlich Schluss machen mit Politinszenierungen, lassen Sie uns endlich Schluss machen mit Dauerdebatten, die Sie aus den Reihen der Opposition über Fragen führen, die die Menschen in unserem Land wirklich nur am Rande interessieren - wenn überhaupt.

(Lachen CDU und FDP)

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Lassen Sie uns über **Sachthemen** streiten. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir über Sachfragen streiten, nicht aber Personaldebatten führen, die das Land wahrlich nicht voranbringen. Wir brauchen Entscheidungen, die die tatsächlichen Probleme unseres Landes lösen. Darum, und nur darum, geht es hier, um das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein, und darum, dieses zu verbessern. Dem sind wir verpflichtet.

Meine Damen und Herren, in den letzten 30 Monaten haben wir für unser Land viel erreicht. Wir haben eine zukunftsweisende Aufstellung unserer Schulen. Wir haben genügend Kita-Plätze für unsere Kinder. Wir haben eine ehrliche Verkehrs- und eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik umgesetzt. Wir haben eine Vorreiterrolle in der Energiewende in Deutschland übernommen. Wir haben eine Kulturoffensive in einem Bereich gestartet, der lange brach lag. Wir haben das Verhältnis zu unseren Partnern und Freunden in Dänemark endlich wieder ins Lot gebracht. Wir streiten für eine humane Flüchtlingspolitik und für eine zukunftsweisende Landesentwicklungsstrategie. Wir tun dies alles mit soliden und gerechten Haushalten.

Aber viel **Arbeit** wartet auf uns auch noch **in den nächsten zweieinhalb Jahren**. Wir haben eine gesellschaftliche Antwort auf die Altlasten aus dem Atomzeitalter zu geben. Wir müssen uns um den Breitbandausbau in der Fläche kümmern. Es geht darum, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen für die Zeit nach 2019 neu zu regeln. Wir müssen den Denkmalschutz modernisieren und die Energiewende fortführen. Wir wollen und werden die Europäischen Förderfonds klug für unser ganzes Land nutzen. Wir werden die Fachkräfteinitiative umsetzen, damit es eben nicht zu einem Fachkräftemangel kommt. Wir werden die Fehmarnbelt-Querung und die Fehmarnsund-Brücke zum Erfolg für Schleswig-Holstein machen. Wir werden die Flüchtlingsbetreuung humanitär und solidarisch organisieren. Wir werden die Haushalte der nächsten Jahre mit dem Kurs von Vernunft und Anstand fortsetzen. Wir werden die Hochschulsanierung vorantreiben und den Kita-Platzausbau in dem Maße fortsetzen. Wir werden den kommunalen Finanzausgleich - Herr Wiegard - gerechter ausgestalten. Was wir haben, ist ungerecht und sinnfrei.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden die Krankenhausfinanzierung solider machen, eine kluge Landesentwicklungsstrategie vorlegen, das Landesnaturschutzgesetz reformieren, wir werden Netzausbau- und Strommarktdesign in

diesem Land mitgestalten. Wir werden die Personalentwicklung für eine zukunftsfähige Verwaltung sicherstellen. Wir werden die Pflege und die Chance für ein Altern in Würde in diesem Land verbessern. Wir werden das Rettungsdienstgesetz erneuern, die Schulsozialarbeit und die Inklusion verbessern. Wir werden uns um das Tierwohl kümmern, die UKSH-Aufstellung erfolgreich voranbringen, die Verkehrsinfrastruktur sanieren, die Willkommenskultur wirklich leben und die Wohnraumversorgung verbessern. - Das sind nur wenige Beispiele dessen, was an wichtigen Aufgaben auf diese Regierung und dieses Parlament noch warten. Aber eine Legislaturperiode dauert zum Glück in diesem Land fünf Jahre, und diese fünf Jahre wollen und werden wir nutzen.

Wir gehen die noch anstehenden Aufgaben an, meine Damen und Herren. Wir tun das mit einigen neuen Gesichtern, aber mit politischer Kontinuität, mit großem Engagement meiner alten und neuen Ministerinnen und Minister, meiner alten und neuen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre. Wir werden auch in Berlin unsere Arbeit so erfolgreich wie bisher weiterführen.

(Zurufe CDU und FDP)

Wir sind dort organisatorisch leicht verändert aufgestellt, aber unsere Politik ist auch dort von Kontinuität geprägt. Der neue Innenminister hat den Bereich Bundesangelegenheiten ja schon aus dem Bereich Staatskanzlei heraus vorangebracht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon überraschend, mit welcher Chuzpe Sie unser Auftreten in Berlin beschreiben. Die kannten Schleswig-Holstein dort gar nicht, bevor wir kamen!

(Lachen CDU und FDP - Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir vertreten die Interessen des Landes in Berlin mit unseren Bevollmächtigtem und einer leistungsstarken Landesvertretung. Wir wollen und werden das tun, so wie es jede Vorgängerregierung hätte tun sollen, zum Wohle unseres Landes. Wir arbeiten mit den anderen 15 Ländern ausgezeichnet zusammen, wenn es darum geht, die Interessen des Landes beim Bund zu vertreten.

Ich glaube - wenn ich das richtig erinnere, wird das von Ihnen durchaus auch bestätigt -, in der Energiepolitik sähe es arm aus ohne die Diskussionsbeiträge von Robert Habeck und vielleicht hier und da auch von mir.

(Zurufe CDU und FDP)



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Ich würde mich freuen, wenn wir um Infrastruktur ringen, damit Deutschland und Schleswig-Holstein eben nicht wirtschaftlich absacken, und wenn ich Sie bei den anstehenden Debatten endlich für eine seriöse Finanzierung an meiner Seite sähe und Sie nicht nur meckernd in der Ecke stünden.

(Zurufe Hans-Jörn Arp [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Unterstützen Sie einen Kurs, der uns endlich wieder ehrlich macht, der die Diskussion vom Kopf auf die Füße stellt. Denn wenn Sie ehrlich sind, dann wissen Sie: Es gibt keinen anderen Weg aus der verfahrenen Lage heraus. Denn ja, die deutsche Infrastruktur steckt in einer Krise.

(Zurufe FDP)

Meine Damen und Herren, bald ist Halbzeit in dieser Legislaturperiode. In der ersten Spielhälfte haben wir viel erreicht, viel angestoßen und noch mehr umgesetzt. Ich weiß, das gefällt Ihnen nicht, aber auch das ist keine Indikation von Krise, das ist eine Indikation von Erfolg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Herausforderungen der zweiten Hälfte sind klar umrissen. Wir gehen die zweite Halbzeit sehr erwartungsfroh an. Wir haben viel zu tun. Glauben Sie mir, dass dies noch leichter gehen wird, wenn die politische Kommunikation von Veränderungsprozessen gegenüber allen Beteiligten noch transparenter und intensiver wird. Das ist uns sehr bewusst, und das habe ich aus den letzten Wochen mitgenommen. Keine Sorge, jetzt heißt es: Ärmel aufkrepeln, ran an die Arbeit, es ist genug da. Ich fordere Sie auf: Machen Sie zur Abwechslung einfach einmal mit. Sie müssen sich dafür auch nicht wärmer anziehen, es reicht, einfach ein paar gute Ideen beizutragen. - Danke.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Gemäß unserer Geschäftsordnung besteht nun die Möglichkeit, dass die Abgeordneten das Wort ergreifen. Das Wort erteile ich dem Herrn Oppositionsführer, dem Abgeordneten Daniel Günther.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir nicht eine solche **Aktuelle Stunde** beantragt hätten, dann hätte der Ministerpräsi-

dent in dieser Phase überhaupt nichts gesagt. Wenn er wirklich stark wäre, wenn er wirklich toll wäre, und wenn er nicht so absurd handeln würde, wie er es in der letzten Zeit gemacht hat, dann hätte er von sich aus eine solche **Regierungserklärung** angekündigt und nicht auf unseren Druck hin ein paar salbungsvolle Worte gesprochen.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, abgesehen von ein paar Floskeln, was Sie sich so in der Zukunft vorstellen, haben Sie überhaupt nichts Konkretes gesagt und genauso wie der Abgeordnete Stegner nur über die Vergangenheit geredet.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, bei der Beratung des ersten Tagesordnungspunktes haben wir gesehen, dass Sie in diesem Haus keine parlamentarische Mehrheit für Ihr Handeln haben. Sie sind nicht einmal in der Lage, den Landtag dazu zu bewegen, Ihrem Vorschlag zur Besetzung einer Abteilungsleiterstelle in einer untergeordneten Behörde zuzustimmen. Nicht einmal das bekommen Sie durch dieses Parlament, weil die regierungstragende Mehrheit das verhindert.

(Beifall CDU und FDP - Unruhe)

Schauen wir uns einmal an, welche Zuschnitte Sie vornehmen mussten, Herr Ministerpräsident.

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, bitte versuchen Sie, dem Abgeordneten einfach zuzuhören.

**Daniel Günther [CDU]:**

Untergeordnete Behörde. Ich schließe mich der Entschuldigung des Kollegen Koch an.

(Zuruf SPD: Peinlich!)

- Wir haben ein sehr kollegiales Arbeitsverhältnis untereinander. Deswegen hat der Kollege Koch die Entschuldigung für mich übernommen. Das mache ich gleich aber noch persönlich.

Jede Entscheidung, die der Ministerpräsident getroffen hat, hat er nicht aus freien Stücken getroffen. Herr Breitner ist ihm von der Fahne gegangen, weil dieser hinter seinem Rücken über Monate hinweg mit seinem zukünftigen Arbeitgeber verhandelt hat, für den er zuvor als Ressortminister verantwortlich gewesen ist. Das hat er alles hinter Ihrem

(Daniel Günther)

Rücken gemacht. Das war keine Umsetzung, die Sie selbst bestimmt haben.

Außerdem haben Sie es bei Frau Wende nicht geschafft, den Schlussstrich zu ziehen. Vielmehr haben Sie irgendwann einmal den Hinweis von der Universität bekommen, dass die Dokumente, die sie uns vorgelegt hat, überhaupt nicht vollständig gewesen sind, und dass alles richtig war, was wir gesagt haben, dass Frau Wende eine Selbstbedienungsmentalität an den Tag gelegt hat. Dann mussten Sie plötzlich den Schlussstrich ziehen. Das war doch auch kein selbstbestimmtes Handeln an dieser Stelle.

(Beifall CDU und FDP)

Erklären Sie doch einmal den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern, was das für ein Zeichen von Handlungsfähigkeit des Ministerpräsidenten ist, wenn er, um die Grünen ruhigzustellen und dafür zu sorgen, dass sie noch bei der Fahne bleiben, seinen engsten Mitarbeiter, den Chef der Staatskanzlei, aus den Reihen der Grünen ersetzen muss. Wo gibt es denn so etwas in Schleswig-Holstein?

Herr Ministerpräsident, in Wahrheit sind Sie wirklich schwach. Sie wissen nicht, was Sie in den nächsten zweieinhalb Jahren in diesem Land machen wollen. Außer Floskeln haben Sie vorhin nichts geboten.

(Zurufe SPD)

Wir haben übrigens als einzige Fraktion heute einen Beitrag in Richtung Zukunft geleistet. Wir haben keine vergangenheitsorientierten Debatten geführt, wie es der Kollege Stegner heute Morgen gemacht hat. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man hätte die Rede des Ministerpräsidenten in einem Satz zusammenfassen können. Es hätte auch gereicht, zu sagen: Schleswig-Holstein wird es besser gehen, weil wir toll sind. - Mehr haben Sie nicht gesagt. Das ist doch ein wunderbares Programm.

(Beifall FDP und CDU)

Das können Sie ja glauben. Sie müssen diesen Teil der Autosuggestion auch verinnerlichen, weil Sie ansonsten mit der Situation, in der Sie sich befinden, gar nicht zurechtkommen könnten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da sind Sie Experte!)

- Da bin ich wirklich Experte, Herr Dr. Stegner, weil ich dankenswerterweise in meiner Fraktion weder zu Regierungszeiten noch jetzt unter Personen wie Ihnen leiden muss. Meine Parteifreunde müssen auch nicht unter mir leiden.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Weil das langsam nicht mehr komisch ist, will ich mit dem Märchen von der Hexe und den Kindern, die eingesperrt werden, und das von Lars Harms hier intoniert wird, aufräumen. Glauben Sie, es hat uns 2009 und 2010 Spaß gemacht, Sparmaßnahmen in die Wege zu leiten, die die Menschen tatsächlich getroffen haben? Meinen Sie, wir haben da gesessen und uns gefreut? Meinen Sie, wir hätten die Vorstellung gehabt, dass die Bürger Schleswig-Holsteins ihr Licht ausschalten und nur mit Kerzen unterwegs sein sollen? Ist das Ihre Vorstellung von Politik?

Sie haben damals, als wir sparen mussten, nicht einen einzigen Vorschlag unterbreitet, um die **Schuldenbremse** einzuhalten.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil, die Grünen haben erklärt, das ginge gar nicht. Man müsse auf jeden Fall weitere Schulden machen. Man könne die Vorgaben der Schuldenbremse gar nicht einhalten. Wir hingegen haben versucht zu dokumentieren, dass das geht. Dabei sind wir immer davon ausgegangen, dass dann, wenn es besser wird, wir auch Leistungen zurückgeben können, die wir zunächst kürzen mussten. Das mag in dem einen oder anderen Fall ungerecht gewesen sein, aber das war aus unserer Sicht der Notwendigkeit der Schuldenbremse geschuldet.

(Beifall FDP und CDU)

Das Schöne ist ja - dabei sind die Grünen witzigerweise ehrlicher als die Sozialdemokraten -, dass es momentan schlicht und ergreifend gut läuft. Momentan sind die Kassen voll. Das ist nicht das Ergebnis Ihrer Politik, nein, Herr Dr. Stegner.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nein! Ihrer!)

Politische Entscheidungen entfalten erst nach ein oder zwei Jahren ihre Wirkung. Wir werden sehen,

**(Wolfgang Kubicki)**

was aufgrund Ihrer Politik in zwei Jahren in Schleswig-Holstein da sein wird. Wenn die Kassen nicht mehr so sprudeln, dann wird es das Problem der jetzigen Finanzministerin und der regierungstragenden Fraktionen sein, festzustellen, wie sie im Rahmen der Schuldenbremse die Aufgaben erfüllen wollen. Dann erwarten Sie doch auch, dass wir nicht nur kritisieren, Sie seien unmenschlich, Sie würden etwas Falsches auf den Weg bringen.

Herr Kollege Dr. Stegner, Ihnen ist nicht mehr zu helfen. Deshalb geht mein Appell an die anderen. Wer dauernd appelliert, man solle mitwirken, der muss die **Dialogkultur** auch wirklich pflegen. Sie leisten keinen Beitrag dazu, die Dialogkultur zu pflegen. Sie wollen gar keine Alternativen, sondern Sie wollen Denunzierungspotenzial. Das ist aber keine parlamentarische Funktion.

(Beifall FDP und CDU)

Dabei werden wir Ihnen die Hand nicht reichen. Selbstverständlich werden wir aber Fragen stellen, und das wird Ihnen auf die Füße fallen.

Sie reden über die Verbesserung der **Verkehrsinfrastruktur**. Wo findet das denn statt? Kollege Vogt hatte darauf hingewiesen. Es wird bereits jetzt festgestellt, dass im Haushalt keine Mittel zur Verfügung stehen, um im Fall eines kalten Winters die Straßen zu räumen und zu streuen. Wie komisch ist das denn bei einer Regierung, die aufwärts und vorwärts blickt?

Die **Wirtschaft** beschwert sich bereits jetzt darüber, dass viele Maßnahmen dieser Regierung dazu beitragen, dass man in diesem Land nicht mehr vernünftig wirtschaften kann. Die Ergebnisse werden Sie sehen. Demnächst werden die Steuereinnahmen sinken.

Bei der **Inklusion** höre ich das auch. Wir wollen auch die Inklusion, selbstverständlich. Wir brauchen aber ein solides Konzept. Sonst erleben wir das, was in Hamburg gerade passiert, dass Eltern aufstehen und sagen: Das wollen wir so nicht. - Wir können es doch nicht zulassen, dass ein vernünftiges Konzept ohne ausreichende Finanzierung von den Menschen zurückgewiesen wird. Das ist das Gegenteil von dem, was sinnvoll ist.

Ich sage noch einmal. Wenn wir nicht aufhören - damit meine ich Sie und die Sozialdemokraten -, alles in butterweichen rosaroten Farben zu zeichnen, dann werden Rattenfänger vom rechten Rand - das habe ich bei Wahlkämpfen in Thüringen, in Brandenburg und in Sachsen erlebt - Menschen begeistern können, von denen ich nicht will, dass sie in

diesem Parlament zu Hause sind, und von denen ich nicht will, dass sie die Politik in Deutschland künftig bestimmen. Deshalb müssen wir die Probleme angehen, ohne sie schönzureden. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für den SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms.

(Volker Dornquast [CDU]: Jetzt liest er die Liste weiter vor!)

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haben Sie keine Sorge. Die Liste kommt immer noch nicht. Das kann man im Zwiesgespräch regeln.

Trotzdem möchte ich auf das eingehen, was der Kollege Kubicki vorhin gesagt hat. Er hat nämlich etwas sehr Verräterisches gesagt. Er hat gesagt: Politik wirkt sich erst nach ein bis zwei Jahren aus. - Da gebe ich Ihnen Recht. Wir regieren seit zweieinhalb Jahren. Jetzt kann man sehen, wie gut unsere Politik ist. Die Leute merken das auch, lieber Kollege Kubicki.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man hohe Steuereinnahmen hat, ist es entscheidend, dass man die Gelder vernünftig ausgibt. Dabei gibt es Unterschiede zwischen Ihnen und uns. Diese Unterschiede kann man auch darstellen. Ich fände es auch gut, wenn Sie sie darstellen würden. Sie machen das zu einem großen Teil ja auch, die CDU aber leider nicht. Das ist aber auch in Ordnung. Dann können die Leute auch wählen. Das ist das Wesen der Demokratie. Damit kann ich gut umgehen.

Ich glaube, dass das, was wir hier machen, eine sehr gute Sache ist. Jedes Mal, wenn man auf die Straße geht, hört man auch, dass die Leute mit dem, was wir hier tun, zufrieden sind.

(Lachen CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Auf welche Straßen gehen Sie denn?)

Deswegen ist es richtig, dass man sich darüber unterhält, welche Dinge man wirklich verändern will.

(Christopher Vogt [FDP]: Sesamstraße!)

(Lars Harms)

Von der Opposition habe ich wieder einmal nichts gehört. Der Ministerpräsident hat vorhin dargestellt, was wir in den nächsten Jahren angehen wollen. Wir haben zu keinem dieser inhaltlichen Punkte irgendetwas von Ihnen gehört. Wir haben lediglich von Herrn Günther gehört: Wenn die CDU-Fraktion nicht diesen Antrag auf Aktuelle Stunde gestellt hätte, dann würden wir heute nicht darüber reden. - Nein, Herr Günther, wenn Sie den Antrag zu einer Aktuellen Stunde nicht gestellt hätten, dann hätten Sie heute auch nicht das Fell voll bekommen. Das ist es.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben Sie in Ihrer Rede auch bemerkt, als Sie anfangen zu stottern und zu sagen, der **Landesrechnungshof** sei eine untergeordnete Behörde. Ich sage dies ganz deutlich im Namen des SSW. Ich glaube, das gilt auch für die SPD, die Grünen und selbstverständlich auch für die Regierung, nämlich dass der Landesrechnungshof nicht eine untergeordnete Behörde ist und dass der Landesrechnungshof selbstverständlich eine verfassungsmäßige Aufgabe hat, die er unabhängig zu erfüllen hat.

(Beifall Daniel Günther [CDU])

Das ist nun einmal nicht das Wesen einer untergeordneten Behörde.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Lieber Kollege Koch, Sie können gern an das Rednerpult kommen und das finanzpolitische, das wirtschaftspolitische, das schulpolitische und das innen- und rechtspolitische Konzept der CDU vorstellen. Damit habe ich kein Problem. Ihr eigener Fraktionsvorsitzender hat nämlich hier gestanden und gesagt: Wir sollten nicht immer **vergangenheitsbezogene Debatten** führen. Das sagt er die ganze Zeit. Sie sagen die ganze Zeit: Wir sollen keine vergangenheitsbezogenen Debatten führen. Sie werfen uns aber die ganze Zeit vergangenheitsbezogene Dinge vor und reden nicht über die Alternativen, die Sie als CDU Ihrem Land zu bieten haben. Das ist das eigentliche Problem, und zwar immer wieder. Sie sind einfach nur da und tun nichts für dieses Land. Sie wollen nur kritisieren. Das aber ist nur eine Teilaufgabe einer Opposition. Sie müssen auch Alternativen darstellen. Wenn Sie das nicht tun, dann kriegen Sie das nächste Mal auch bei der Wahl das Fell voll.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule Wedel. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

**Missbilligung des Verhaltens des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Bildungsministerin Wende**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2339

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Daniel Günther das Wort.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand hat verstanden, warum der Ministerpräsident so lange an der Bildungsministerin Frau Professor Waltraud Wende festgehalten hat.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Niemand würde ich nicht sagen!)

- Von Ihnen waren das auch eine ganze Menge. - Herr Ministerpräsident, Sie haben das immer mit einem neuen Stil begründet. Sie haben Ihre eigenen Erfahrungen mit Vorgesetzten angeführt und Frau Wende trotz allem selbst lange Ihre Treue geschworen. Selbst im Fall einer Anklage wollten Sie an dieser Bildungsministerin festhalten. Sie haben immer formuliert: Es sei denn, es gibt neue Erkenntnisse, die nicht in den **Unterlagen** gelegen hätten, die Sie so hervorragend und genau studiert hätten.

Sie wissen seit dem 11. September 2014 über den offiziellen Dienstweg, nämlich vom Präsidium der Universität Flensburg selbst, dass es ein Dokument gibt, das Ihre gesamten öffentlichen Erklärungen zu der Causa Wende schlicht als falsch deklarieren musste. Das wussten Sie zu dem Zeitpunkt, als Sie dieses Dokument bekommen haben.

Herr Albig, Sie haben den Landtag und die Öffentlichkeit in zwei konkreten Punkten getäuscht. Trotz der Erkenntnisse, die Sie hatten, haben Sie Parlament und Öffentlichkeit fast zwei Wochen lang



(Daniel Günther)

über die wahren **Hintergründe** der **Entlassung** von Frau Wende hinweggetäuscht. Ich will ausdrücklich sagen: Dabei hätte es nach diesen Erkenntnissen, nach all dem, was Sie im Vorwege gesagt hatten, durchaus Sinn gemacht, wenn Sie eine solche Entscheidung getroffen hätten. Sie haben immer erklärt: Wenn es neue Erkenntnisse gibt, dann überdenke ich meine Entscheidung, dass Frau Wende auf ewig im Amt bleibt. Jetzt haben Sie die Belege auf dem Tisch gehabt. Sie wussten das zu dem damaligen Zeitpunkt. Trotzdem sind Sie an die Öffentlichkeit gegangen und haben falsche Gründe für den Rücktritt von Frau Wende genannt. Das wussten Sie zu dem Zeitpunkt, als Sie das gemacht haben.

(Beifall CDU)

Sie mögen das, was Sie gesagt haben, nicht als Unwahrheit bezeichnen - -

(Zuruf Ministerpräsident Albig)

- Ach so. Ich bleibe dabei, dass Sie bei diesem Thema definitiv die Unwahrheit gesagt haben, denn viele, auch Frau von Kalben in ihrer Presseerklärung, haben auf Ihre Begründung aufbauend Presseerklärungen und Erklärungen zum Rücktritt von Frau Wende abgegeben. Frau von Kalben, ich frage mich: Was denken Sie eigentlich heute darüber, dass Sie geglaubt haben, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, nämlich, Frau Wende habe dies nicht mehr ausgehalten, sie sei zu ihm gekommen und habe gesagt: Ich habe noch einmal darüber nachgedacht, ich traue mir dieses Amt nicht zu. Sie haben dann dazu geschrieben, wie bedauerlich dies menschlich sei. Was denken Sie eigentlich heute darüber, dass der Ministerpräsident Ihnen damals auch die Unwahrheit gesagt hat? Er hat nicht nur uns, sondern offensichtlich auch Ihnen die Unwahrheit gesagt.

(Beifall CDU)

In einem weiteren Punkt hat der Ministerpräsident im Parlament nicht korrekt berichtet, so will ich das einmal formulieren. Zum Zeitpunkt des Ausscheidens von Frau Wende aus dem Kabinett wusste die Landesregierung, dass die **Akten**, die uns nach den parlamentarischen Regeln vorgelegt worden sind, in einem entscheidenden Punkt unvollständig waren. Herr Albig, ich werfe Ihnen nicht vor, dass diese zu dem Zeitpunkt, als Sie sie uns vorgelegt haben, nicht vollständig gewesen sind. Zu dem Zeitpunkt, als Sie das Dokument bekommen haben, hätten Sie das Parlament aber darüber informieren müssen, dass diese Akten aufgetaucht sind, und nicht zwei Wochen später.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Sie wussten aber, dass Ihre gesamte Argumentationsstrategie dadurch zusammenbricht. Sie wussten, dass durch dieses Dokument eindeutig belegt ist, dass Frau Wende natürlich genau gewusst hat, dass sie kein Rückkehrrecht an die Universität Flensburg und dass sie schon viel früher darum gefeilscht hatte. Am 17. Oktober 2014, als sie diesen Brief an den Kanzler der Universität Flensburg formuliert hat, hatte sie sich offensichtlich schon mit dem Gedanken beschäftigt: Was passiert eigentlich, wenn ich Ministerin werde? Kann ich an die Universität Flensburg zurück? Das war ein entscheidendes Dokument, das uns damals vorenthalten worden ist. Sie haben es vermeintlich auch nicht gekannt, aber Sie haben damit zwei Wochen lang hinter dem Berg gehalten. Das hätten Sie nicht tun dürfen.

Nur weil Johannes Callsen eine **Kleine Anfrage** zu diesem Thema gestellt hat, in der genau diese Fragen aufgeworfen wurden, bei denen Sie gewusst haben, dass sie im Rahmen der Kleinen Anfrage beantwortet werden müssten, sind Sie in die Öffentlichkeit gegangen und haben den regierungstragenden Fraktionen, aber auch der Opposition, reinen Wein eingeschenkt. Vorher haben Sie versucht, das alles zu verheimlichen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerhört!)

Bei diesem Rauswurf haben Sie das Parlament nicht zum ersten Mal getäuscht. Ich will nicht wieder darüber reden, was Sie am 14. Mai 2014 hier gesagt haben. Darüber haben wir im Landtag rauf und runter debattiert. Herr Ministerpräsident, Sie brauchen gar nicht so enttäuscht und böse zu gucken. So bin ich nun einmal.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an die Zeit.

**Daniel Günther [CDU]:**

Ich denke an die Zeit. - Mittlerweile ist es aus meiner Sicht jedoch eine Tatsache, dass der Ministerpräsident erst dann, wenn der Druck von den Medien und der Opposition groß genug ist, wenn es keinen Ausweg gibt, die Karten auf den Tisch legt. Ich frage mich, ob das Ihr Verständnis von zuverlässiger Amtsführung, von Transparenz und gutem Regieren ist, wenn man selbst alles so lange vertuscht, bis man irgendwann ertappt wird.

(Zuruf SPD: Jetzt ist Schluss!)



(Daniel Günther)

Diese Frage berührt übrigens nicht nur das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition. Das ist eine Frage zwischen Regierung und Parlament. Deshalb fordere ich Sie ausdrücklich auf, diesem Missbilligungsantrag von uns zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter. Es ist auch für das Präsidium nicht ganz einfach, bei dieser Diskussion eine - wie ich nach wie vor finde - notwendige parlamentarisch angemessene Debatte zu führen. Der Ministerpräsident hat sich eben an das Präsidium gewandt und deutlich gemacht, dass er sich in der Funktion als Ministerpräsident, als Verfassungsorgan, dagegen verwehre, dass er täusche.

Ich habe eine Bitte an uns alle. Das ist eine schwierige Situation. Die Frage ist, wie wir gemeinsam in der Debatte mit den Begrifflichkeiten umgehen. Ich bitte uns alle gemeinsam darum, dass wir in dieser Debatte miteinander und mit den Begrifflichkeiten sehr sorgfältig umgehen. Ich kann nicht verhindern, dass in dieser Debatte Sachverhalte, von denen man meint, dass sie diskutiert werden müssen, mit bestimmten Begrifflichkeiten belegt werden. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass ich Sie alle gemeinsam ausdrücklich darum bitte, dass wir die demokratische Redekultur in diesem Land und in diesem Parlament insgesamt nach wie vor wahren. Darum bitte ich Sie ganz herzlich. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn ich mich noch so sehr bemühe, gelingt es mir nicht wirklich, zu verstehen, warum die Debatte der Sondersitzung des Landtags hier ein weiteres Mal wiederholt werden soll. Die Ministerin Wara Wende ist zurückgetreten; sie steht demnach für Ihre Polemik nicht mehr zur Verfügung. Sie sehen sich im Aufwind und wollen nun den Rücktritt des Herrn Ministerpräsidenten erreichen und spielen hier „Täglich grüßt das Murmeltier“.

Wiederholungen sind zwar bewährtes pädagogisches Prinzip, um schwache Leistungen zu verbessern; Ihre schwachen Oppositionsleistungen werden

aber nicht besser, wie wir gerade gemerkt haben, auch nicht mit neuen Rednern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Also versuchen Sie es einmal wieder mit einer Missbilligung. Das hat für Sie zwei Vorteile: Sie können Ihre Reden wiederholen, die Callsen-Rede in der etwas schneidigeren Version von Herrn Günther, aber genauso wenig substanziell, und Sie sparen sich die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Küstenkoalition, weil das ja nur Ihre Rückständigkeit dokumentieren würde. Also machen Sie lieber etwas anderes.

Zur Sache lassen Sie mich zweierlei sagen: Sie mögen noch so oft versuchen, daraus politisch Honig zu saugen. Aber zum einen werden wir Zwischenstände staatsanwaltschaftlicher Verfahren nicht kommentieren, sondern erst deren Abschluss würdigen. Das habe ich in diesem Hause bereits gesagt, und dabei wird es auch bleiben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und zum anderen, Herr Kollege Günther, bin ich dem Herrn Ministerpräsidenten durchaus dankbar dafür, dass er im Umgang mit Frau Wende einen anderen Maßstab anwendet als Sie im Umgang mit Herrn von Boetticher, um ein anderes Beispiel zu nennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weise die Forderung nach einer Missbilligung des Herrn Ministerpräsidenten zurück. Auch wenn der Landtagspräsident das Richtige dazu gesagt hat: Sie können das verklausulieren wie Sie wollen, aber ständig zu sagen, er habe das Parlament getäuscht und habe die Unwahrheit gesagt, das weise ich zurück. Dafür haben Sie nicht einen Beleg vorgelegt. Also hören Sie auf, hier solche Behauptungen aufzustellen, die nachweislich falsch sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was Sie an **Akten** interessiert, die zum Zeitpunkt entstanden sind, als Herr Carstensen noch Chef der Landesregierung war, das würde mich an anderer Stelle auch noch einmal interessieren, um zu erkennen, was das eigentlich mit dieser Landesregierung zu tun hat.

Was übrigens den Inhalt von Vier-Augen- beziehungsweise Vier-Ohren-Gesprächen angeht, halte es ich es für selbstverständlich, dass deren Inhalte

**(Dr. Ralf Stegner)**

nicht einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Sonst bräuchten wir solche Gespräche nicht mehr. Da bin ich vielleicht ein bisschen altmodischer als Sie, Herr Kollege Günther. Aber nicht alles, was neu ist, ist auch gut.

Wara Wende ist zurückgetreten. Punkt. Ob Sie deshalb nachtreten müssen, das überlasse ich Ihnen; das fällt im Zweifelsfall auf Sie zurück und nicht auf diejenigen, die Sie hier attackieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Versuchen sie also ruhig weiter, den Regierungsstil zu diskreditieren. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn sich die Bürgerinnen und Bürger angucken, was wir hier in Wirklichkeit tun, dann stellen Sie fest: Wir beteiligen sie in viel größerem Maße, als Sie das jemals getan haben - mit Ihrer Haushaltsstrukturkommissionsmauschelei und mit all diesen Dingen.

Dass sich der Herr Ministerpräsident jedenfalls deutlich stärker für Politik interessiert als sein Vorgänger, das muss man hier wohl nicht mehr ernsthaft unter Beweis stellen. Sie pusten, versuchen Wind zu machen, indem Sie die Backen aufblasen und drohen wollen. Sie sagen, wir müssten uns warm anziehen. Da lachen doch die Hühner. Wenn es die Würde dieses Hohen Hauses nicht verbieten würde, würde ich hier in T-Shirts und Badeshorts auftreten. Aber meine Kolleginnen und Kollegen haben mich davon abgebracht, das wirklich zu tun; das würde mir ja auch eine Rüge einbringen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich wollte Ihnen nur Folgendes sagen: Damit wir uns warm anziehen, dafür müssten Sie noch ein ganzes Stück besser werden, Herr Kollege Günther.

Im Übrigen empfehle ich Ihnen auch ein ganzes Stück weniger Wehleidigkeit, Herr Kollege Günther. Ich habe hier eine ganze Liste - die ist so lang wie die des Kollegen Harms - mit Punkten, mit denen Sie den Herrn Ministerpräsidenten öffentlich angreifen. Sie sagen, er habe die Opposition und die Öffentlichkeit belogen und beschimpft, er habe die Staatsanwaltschaft diskreditiert, er habe die Interessen des Landes hinter die Interessen seiner Partei gestellt, Scheibchen der Wahrheit kämen ans Licht, und wie oft wolle er denn noch das Parlament und die Öffentlichkeit belügen. All das sind Aussagen von Ihnen in der Öffentlichkeit. Wenn man Ihnen dann einmal in der Sache kritisch antwortet, dann sollten Sie nicht wehleidig sein, sondern es auch einmal mit Argumenten versuchen,

Herr Kollege Günther. Das wäre dann echt etwas Neues für Sie. Versuchen Sie das einmal, das ist ein gutes Mittel.

Dann kommt noch der famose Kollege Dr. Garg und redet von Clowns und vom schlechtesten Ministerpräsidenten seit Uwe Barschel. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Da müssen Sie sich getäuscht haben, denn neben dem saßen Sie ja als Stellvertreter. Das muss also etwas anderes gewesen sein, was Sie in Erinnerung haben. Da haben Sie etwas durcheinander gebracht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber unabhängig davon können Sie es immer und immer wieder versuchen. Wenn Sie sich aber nichts Neues einfallen lassen, dann wird es nicht besser. Ihre Schallplatte hat entweder einen Sprung, oder die Nadel muss ausgewechselt werden.

Herr Kollege Günther, wenn Sie so emsig daran arbeiten, dass die Union jünger, urbaner und weiblicher wird, dann sollten Sie wissen: Es gibt inzwischen deutlich modernere Tonträger als Schallplatten. Versuchen Sie hier also nicht, alte Schallplatten aufzulegen, sondern kommen Sie mit einer Idee. Das wäre einmal echt etwas Neues. Mischen Sie sich hier ein und tragen Sie Ideen vor.

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Fraktionsvorsitz, Herr Kollege Günther; das gehört sich ja so. Schneidiger sind Sie zweifellos. Aber wenn man Sie hier reden hört, dann merkt man natürlich, dass eine 100-Tages-Frist auch eine gute Geschichte für einen Oppositionsführer ist. Diese 100 Tage geben wir Ihnen gern. Vielleicht wird das ja alles noch besser. Aber hören Sie auf mit diesen Retro-Debatten, lassen Sie die Staatsanwaltschaft ihre Arbeit machen, und stellen Sie sich endlich einmal einer inhaltlichen Auseinandersetzung in diesem Haus. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich bin Ihnen sehr verbunden, Herr Abgeordneter Dr. Stegner, dass Sie die angemessene Kleiderordnung in diesem Hause einhalten wollen.

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Missbilligung** ist billig. Natürlich können Sie Anträge stellen, wie Sie lustig sind, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. Lassen Sie sich von mir nicht aufhalten. Ich fand auch wirklich nicht jeden Missbilligungsantrag, den Sie bislang gestellt haben, so unangebracht wie diesen. Aber permanent über Missbilligungen zu sprechen, das nervt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auch die schärfste Klinge nutzt sich bei übermäßiger Verwendung ab. Und Sie missbilligen hier Dinge, die nicht zu missbilligen sind. Die **Staatsanwaltschaft** ermittelt. Über die Bedeutung der Unschuldsvermutung haben wir in vergangenen Sitzungen ausführlich diskutiert. Mir leuchtet nicht ein, warum der Ministerpräsident Informationen aus einem laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren der Öffentlichkeit hätte geben müssen. Meiner Auffassung nach liegt es bei der Staatsanwaltschaft, in dieser Frage für Klarheit zu sorgen, wenn sie meint, dass dies angebracht ist. Es ist jedenfalls nicht die Aufgabe des Herrn Ministerpräsidenten.

Und hier von Täuschung - ich weiß nicht, ob man in dem Zusammenhang dieses Wort benutzen darf - zu sprechen, das halte ich - ich bin nun allerdings nicht so erfahren wie andere hier in diesem Haus - nicht für besonders parlamentarisch. Ich jedenfalls fühle mich nicht getäuscht, Herr Günther. Und ich stelle auch die Beweggründe, die mir Herr Albig persönlich gesagt hat, nicht infrage. Ich war nicht anwesend bei dem **Vier-Augen-Gespräch** zwischen Frau Wende und Herrn Albig. Ich stelle aber nicht infrage, dass das, was er mir am Freitagabend mitgeteilt hat, richtig ist.

Sicher, er hätte gegenüber der Öffentlichkeit sagen können, aufgrund der veränderten Sachlage sei es zu einem Rücktritt gekommen. Dann hätten Sie gefragt: Welche Sachlage, welche Papiere, was steht da drin? Der Ministerpräsident hätte irgendetwas Nebulöses sagen können. Dann aber hätten Sie gesagt: Das ist ein intransparentes und nebulöses Inden-Raum-stellen. Ich finde es viel konsequenter, zu sagen: Frau Wende hat ihren Rücktritt erklärt, und der Rest wird sich dann ergeben, wenn die Staatsanwaltschaft es für richtig hält.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So einfach ist das nun nicht!)

Dass Sie mit Ihren Forderungen hier allein stehen, sehr geehrte Christdemokratinnen und Christdemokraten, macht mir zumindest deutlich, dass es sich bei Ihrem Missbilligungsantrag um einen reinen Aktionismusantrag handelt. Sie gaukeln uns Handlungsfähigkeit vor, und Sie schlagen empört um sich, wie eigentlich immer, wenn Sie in der Presse oder in Ihren eigenen Reihen unter Druck geraten. Herr Günther, sie müssen sich nun daran messen lassen, ob Sie Ihren Holzklotzstil fortsetzen wollen, oder ob Sie, wie Sie es angekündigt haben, bereit sind, auf der Sachebene mit uns Schleswig-Holstein zu gestalten.

Wir werden ja gleich noch einen dritten Tagesordnungspunkt zu einer rückwärtsgewandten Debatte haben.

Aber ich sage Ihnen: Wenn Sie Ihre Fraktionsangelegenheiten früher geklärt hätten, dann hätten Sie uns vielleicht auch drei rückwärtsgewandte Debatten ersparen können. Das haben Sie leider nicht hingekriegt, und deshalb werden wir leider nun auch dieses Thema zu Ende bringen müssen. Ich jedenfalls fühle mich nicht getäuscht, und ich glaube, alles, was der Ministerpräsident im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Frau Wende getan hat, ist nicht zu missbilligen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir bitte zwei Vorbemerkungen.

Erstens. Wenn man Fehler aufarbeiten will, dann muss man retrospektiv handeln, weil perspektivisch Fehler ja noch nicht begangen worden sind. Und wir sind nun dabei, Fehler aufzuarbeiten, Frau Kollegin von Kalben.

Zweitens. Ich kann mir vorstellen, dass Sie Allparteienphantasien haben: alle in einer Partei. Aber es gibt keine gemeinsame Oppositionsfraktion als Oppositionspartei.

(Beifall FDP)

Das sind unterschiedliche Fraktionen. Das ist der Grund, warum wir gelegentlich auch unterschiedliche Anträge stellen, nicht immer nur gemeinsame.

(Wolfgang Kubicki)

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das scheint bei Ihnen nicht angekommen zu sein. Das ist ja der Sinn von Parlamentarismus. Deshalb sitzen wir ja in unterschiedlichen Parteien, hier in Fraktionen, damit wir im Zweifel Vorstellungen auch einbringen können. Das gelingt uns häufiger besser als Ihnen gemeinsam in Ihrer Koalition.

(Heiterkeit FDP)

Der Vorsitzende der größten regierungstragenden Fraktion, mein sehr geschätzter Herr Kollege Dr. Ralf Stegner, erklärte laut Plenarprotokoll in der Sondersitzung des Landtages vor einem Monat:

„Halb richtig ist meistens ganz falsch, und das sind Ihre Anschuldigungen. Die Landesregierung hat nämlich in einem nicht gekannten Maß Akteneinsicht gewährt und Transparenz geschaffen.“

Zunächst einmal ist es schon bemerkenswert, Herr Dr. Stegner, die Landesregierung dafür zu loben, dass sie ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht nachgekommen ist. Freiwillig hat die **Landesregierung** die **Akten** übrigens nicht vorgelegt. Die Opposition musste sie schon mit einem formalen Aktenvorlagebegehren dazu bewegen. Ihr Loblied auf diese Landesregierung klingt deshalb ziemlich schief.

Zum anderen ist diese von Ihnen mit unerbittlichem Enthusiasmus in Richtung Opposition geschleuderte Behauptung schlicht falsch: Die Erklärungen des Ministerpräsidenten zum Rücktritt von Frau Wende waren alles andere als transparent. Ganz im Gegenteil, sie waren mindestens bewusst irreführend.

Statt **Transparenz** bekam die Opposition zunächst erst einmal gespielte Empörung von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Sie hatten in den Wochen vor dem Rücktritt der Bildungsministerin nichts Besseres zu tun, als der Opposition mal offen, mal subtil unredliche Motive zu unterstellen.

Abstrus war dabei Ihre Verteidigungslinie: Die Opposition würde nur deshalb Frau Wende so hart angehen, weil sie eine andere Bildungspolitik wolle. Wenn dies der Versuch war, faktisch aus der Breddouille zu kommen, dann war das ziemlich tölpelhaft.

Außerdem sagten Sie apodiktisch: Es wird kein **Gericht** geben, das Frau Wende verurteilen wird.

Zum einen muss Ihnen klar gewesen sein, dass Sie mit diesen Worten auch der **Staatsanwaltschaft** ein miserables Zeugnis ausgestellt haben; denn die Ermittlungen wären dann ja reine Showermittlungen

gewesen. Zum anderen ist diese in jenen Tagen aufgebaute Kulisse spätestens vorletzte Woche wie ein Soufflé in sich zusammengefallen. Die Hybris, mit der Sie gegen andere vorgegangen sind, ist vor dem Hintergrund der jetzt zutage getretenen Fakten nur noch peinlich. Sie müssen sich ernsthaft selbst die Frage stellen, ob dieses Verhalten eines Ministerpräsidenten würdig ist.

Ich stelle in diesem Zusammenhang weitere Fragen und warte auf eine Antwort: Sind Sie denn von Frau Wende darüber getäuscht worden, dass diese bereits ein Jahr zuvor den Kanzler ersucht hatte, eine **Rückkehroption** zu eröffnen?

Haben Sie denn als Landesregierung an der Universität nachgefragt, ob es denn ein **Originalschreiben** mit der Unterschrift des Kanzlers gegeben hat? Bei ihm hat man ja nur einen Durchschlag gefunden.

Was halten wir von einer Aussage des Kanzlers einer Universität, der erklärt, die Formulierung auf seinem Schreiben - -

(Zuruf SPD)

- Nein, nein, das ist nicht nur Aufgabe der Staatsanwaltschaft, sondern auch Aufgabe der Regierung.

Der Ministerpräsident hat sich hier hingestellt und hat die Opposition beschimpft, er hat eine Unschuldsvermutung formuliert. Wir wollen deshalb wissen, ob er von Frau Wende getäuscht worden ist und ob das der Grund war, warum sie gehen musste, oder ob es andere Gründe gab, ob er sich selbst bei dem Vorgang, der nun zutage gefördert worden ist, auch getäuscht fühlt. Deshalb muss man sich die Frage stellen: Wo leben wir eigentlich, dass eine Bildungsministerin - damals noch als Präsidentin - auf dem Briefkopf des Kanzlers bereits ein entsprechendes Schreiben vorfertigt und ab dem Zeitpunkt weiß, dass es keine entsprechende Rückkehroption gibt?

Sie haben sich, wie ich finde, in der Öffentlichkeit bemerkenswert für die **Unschuldsvermutung** in die Bresche geschlagen. Deshalb erwarten wir von Ihnen, dass Sie uns sagen, was sich seit dem Freitag außer Ihrem neuen Kenntnisstand tatsächlich verändert hat.

Nun zurück zu Herrn Dr. Stegner, der ja sagt, halb richtig sei meistens ganz falsch. Was in Richtung Opposition gilt, muss auch für die öffentlichen Äußerungen des Ministerpräsidenten gelten: Halb richtig ist meistens ganz falsch. Es ist nicht zu leugnen, dass Herr Ministerpräsident Albig die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit bewusst im Unklaren darüber gelassen hat, wie es und warum es zu dem



(Wolfgang Kubicki)

**Rücktritt von Frau Wende** gekommen ist. Denn ob die Rücktrittsentscheidung von Frau Wende, wie Sie es in der Pressekonferenz am 16. September 2014 sagten, autonom getroffen wurde, ist vor dem Hintergrund der neuen Tatsachenlage äußerst fraglich.

Sie, Herr Albig, sagten - so ist es in der „Tageszeitung“ vom 17. September 2014 nachzulesen -, dass am Ende des Gespräches „feststand, dass Frau Wende ihren Rücktritt erklärt“. Tatsächlich sieht es aber so aus, dass das **Rücktrittsschreiben für Frau Wende** von der **Staatskanzlei** vorbereitet worden ist, während sie noch hier im Hause Reden hielt, natürlich ohne ihr Wissen und während des laufenden Landtages. Frau Wende hatte dann in dem eilig anberaumten Gespräch mit Ihnen maximal noch die Wahl zwischen der Unterschrift unter der Rücktrittserklärung oder dem Rausschmiss aus dem Amt.

Danach haben Sie also der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit verschwiegen, dass am Anfang des Gespräches bereits feststand, dass Frau Wende am Ende des Gespräches nicht mehr Ministerin sein wird. Wenn dieser Eindruck falsch sein sollte, dann bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, dies hier oder zu gegebener Zeit in den nächsten Tagen im Landtag zu korrigieren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ansonsten müssen sich das **Parlament** und die **Öffentlichkeit** getäuscht fühlen, auch wenn Sie es möglicherweise nicht täuschen wollten. Aber ich sage Ihnen auch: Es kommt immer auf den Empfängerhorizont an; Sie wissen das als Jurist ganz genau. Es kommt darauf an, wie Sie eine Botschaft absenden, damit der Empfänger sie richtig versteht.

Noch einmal: Wir in diesem Hause jedenfalls und die deutsche Öffentlichkeit haben es so verstanden, als hätte es die Irritationen, die öffentlich geworden sind, nicht gegeben. Das muss korrigiert werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Was wäre eine Landtagssitzung in

Schleswig-Holstein ohne eine Debatte über die ehemalige Bildungsministerin?

(Heiterkeit PIRATEN)

Ich könnte mich jetzt hier hinstellen und dieselbe Rede halten, die ich in der Sondersitzung des Landtages hierzu bereits gehalten habe: Es laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, und deshalb wollen sich die PIRATEN zu Unschuldsvermutungen oder Gerüchten in dem Ermittlungsverfahren nicht äußern.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Tatsächlich empfinde ich es als Skandal, dass das neue Aufregerpapier während des laufenden Verfahrens bereits öffentlich diskutiert worden ist. Es beunruhigt mich, dass so etwas passiert, und es betrübt mich, dass ich mich als Politiker einer nicht der Regierung angehörenden Fraktion hier hinstellen muss und das Gebot der **Unschuldsvermutung** hochhalte und darauf dränge, die behördlichen Schritte abzuwarten, das Verfahren von außen nicht zu stören, sodass interne Erkenntnisse nicht wieder durchgestochen werden und zu neuen Diskussionen führen.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das finde ich ebenso skandalös wie die Geschichte, die Frau Wende und Herr Albig in diesem Land geschrieben haben und die als Beitrag aus dem Bereich der politischen Realsatire am Ende das Einzige bleiben wird, was an Ministerin Wende erinnern wird, weil - auch das sagte ich bereits in der Sondersitzung - niemand mehr an Sachpolitik Interesse hat.

Kaum ist dieses ominöse Schreiben, das bereits sehr früh von Frau Wende in Stein gemeißelt werden sollte, das in den Unterlagen des Kanzlers der Universität Flensburg gefunden worden ist, aufgetaucht, kommt die Opposition in Wallung. Ihr Ziel ist der Herr **Ministerpräsident**. Dies kann ich ihr bei gutem Willen nicht einmal verübeln. Der Mann, der im Bildungsausschuss neben Frau Wende saß und jede ihrer Aussagen zum zeitlichen Ablauf der Genesis der Rückfalloption hingenommen und gestützt hat, sieht sich jetzt mit Diskontinuitäten der zeitlichen Vorgänge konfrontiert, die dem geneigten Betrachter einen Schluss geradezu aufdrängen: Mindestens einer der beiden Protagonisten war unehrlich, und mindestens einer von beiden hat der Öffentlichkeit im Parlament und seiner politischen Basis nicht die Wahrheit gesagt.



(Torge Schmidt)

Ich bin mir noch nicht ganz sicher, was ich besser finden soll, dass vielleicht nur einer der beiden unaufrichtig war oder vielleicht doch beide gemeinsam. Aber Frau Wende können wir an dieser Stelle nicht mehr befragen. Herr Albig aber steht noch zur Verfügung, und deshalb hätte ich von ihm gern eine Frage beantwortet: Wie kann ein Mann, gut betreut von einem professionellen Mitarbeiterstab, sich so weit aus dem Fenster lehnen und jede Aussage seiner ehemaligen Ministerin stützen, aber jetzt, da es für ihn eng wird, ernsthaft mit der Aussage punkten wollen, er könne sich nicht an **Termine und Gesprächsinhalte** erinnern? Führt denn niemand im Umfeld des Regierungschefs einen Terminkalender? Ist es nicht grotesk, dass der Mann der sich im Ausschuss noch an jedes Detail erinnern konnte, nun in eine beklagenswerte Amnesie verfällt?

(Beifall PIRATEN - Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Da liegt es doch auf der Hand, dass die Opposition nachdenkt. Längst steht nicht mehr Frau Wende im Fokus, sondern der Regierungschef selbst.

Ich sage in aller Deutlichkeit: Auch uns PIRATEN ist an einer lückenlosen Aufklärung gelegen. Auch ich will wissen, ob und wann in diesem Hause gelogen wurde und von wem und was dies mit dem praktischen Bezug zur Wahrheit des Regierungschefs zu tun hat.

Aber auch dieses unterstreiche ich heute noch einmal gern: Das schaffen wir nicht mit Anträgen, wie sie die CDU-Kollegen heute vorlegen. Solange es nicht anders geht, wird kein Kollege aus dem Regierungslager auch nur den Hauch eines Zweifels an der Redlichkeit lassen. Solange die Macht auf dem Spiel steht, scheitern alle Anträge dieser Art an der Einstimmigen Mehrheit. Von daher haben wir heute erneut eine Verschwendung von Zeit und Energie. Klar, die Ministerin ist weg. Das mag man als Zeichen dafür werten, dass es an dieser Stelle politisch nicht mehr weiterging. Es gibt dieses schöne Sprichwort:

„Willst du den Charakter eines Menschen erkennen, dann gib ihm Macht.“

Zurzeit interessiert sich in diesem Haus jedoch keine Mehrheit für Redlichkeit, Aufrichtigkeit oder Wahrheit.

(Beifall PIRATEN)

Die **Wahrheit** wird jetzt häppchenweise und vielleicht sogar sehr unbequem und unappetitlich für die Mehrheit des Hauses auf den Tisch kommen. Von daher finde ich es richtig, dass der Kollege

Kubicki vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse noch einmal in die Akten und Protokolle schauen will. Daran arbeiten wir natürlich mit; das ist keine Frage. Trotzdem wächst das Gras nicht schneller, indem man daran zieht. Das Verfahren läuft.

Der Eindruck, der sich aktuell aufdrängt, überrascht uns an dieser Stelle nicht. Es überrascht uns nicht, dass uns der Herr Ministerpräsident nicht umfassend informiert hat. Das alles steht im Zeichen des neuen Politikstils, der hier im Juni 2012 proklamiert worden ist.

Weil dieser Stil nicht unserer ist, werden wir PIRATEN in der Sache konzentriert weiter mitarbeiten. Wir werden aber einen populistischen Antrag wie vor fünf Wochen nicht unterstützen.

(Beifall PIRATEN)

Das heißt aber nicht - es ist mir sehr wichtig, das hier klarzustellen -, dass wir keine politische Sympathie für die Inhalte solcher Anträge haben.

Es heißt heute zum jetzigen Stand der Ermittlungen, dass wir uns aus dem Störmanövern heraushalten wollen, die - von wem auch immer - die behördlichen Ermittlungen konterkarieren und es am Ende gefühlt viel schwieriger machen, unangenehme Wahrheiten auszusprechen.

Dem Ministerpräsidenten möchte ich noch sagen, dass der Drops noch lange nicht gelutscht ist. Der Umgang mit dem Parlament ist etwas anderes als der Umgang mit dem eigenen Umweltminister.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Dem kann man vielleicht sagen, dass seine Meinung am Ende vielleicht gar nicht gefragt ist, sondern nur das zählt, was der Chef toll findet. Toll, Herr Albig, findet diese Angelegenheit niemand mehr.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schmidt, wenn Sie

(Lars Harms)

wissen wollen, wie Menschen leben können, die vielleicht Gespräche vergessen haben, glaube ich, ist es nicht so wichtig, sich am Ministerpräsidenten zu orientieren. Vielmehr sollten Sie die Memoiren von Helmut Kohl lesen. Ich glaube, er hat da mehr Erfahrung.

Ich mag nicht darüber spekulieren, was es für **Rücktrittsgründe** von wem auch immer gegeben haben mag. Das bezieht sich auf Minister, ehemalige Minister, Fraktionsvorsitzende oder sonstige Personen, die zurücktreten. Einen Rücktritt zu erklären, ist immer eine sehr persönliche Sache. Es ist im Grunde zu respektieren, wenn eine Person Gründe hierfür nennt. In der schriftlichen Rücktrittserklärung an den Ministerpräsidenten erklärte Frau Wende, die gegen sie laufende staatsanwaltschaftliche Ermittlung - ich zitiere jetzt -

„belastet mich und mein Umfeld doch in einem Maße, das ich so nicht erwartet habe. In Anbetracht meiner Verantwortung für die mir übertragenen Aufgaben, für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Regierung und die Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein reiche ich hiermit meinen sofortigen Rücktritt ein“.

Das ist die Begründung der ehemaligen Ministerin, und das ist auch die Begründung, die sich in der entsprechenden Pressemitteilung der Staatskanzlei findet, meine Damen und Herren. Mehr gibt es dazu eigentlich nicht zu sagen.

Natürlich kann man weiter versuchen, mit Bezug auf den **Ministerpräsidenten** hier etwas zu skandalisieren. Das bringt uns nur nicht weiter, weil die Erklärung der ehemaligen Ministerin so ist, wie sie ist. Wir können nichts in ihre Erklärung hineindeuten, auch wenn es manch einen dabei juckt. Trotzdem kann nur die jeweilige Person selbst Auskunft darüber geben, was sie oder ihn zu einer bestimmten Handlung bewegt hat. Frau Wende hat genau das getan. Verwerfliches beim Ministerpräsidenten kann ich hier nicht erkennen.

Im Übrigen, sage ich Ihnen, Herr Kollege Kubicki, was das **Aktenvorlagebegehren** angeht: Es waren formale Gründe, die dazu führten, dass Ihnen Akteneinsicht nur auf formalem Wege gewährt werden konnte.

(Christopher Vogt [FDP]: Bitte?)

Dies hatte Ihnen die Landesregierung umgehend mitgeteilt, damit Ihnen schnellstmöglich Akteneinsicht gewährt werden konnte. Schneller und offener konnte eine Landesregierung hier gar nicht handeln.

Ich lege auch Wert darauf, dass man wirklich bei der Sache bleibt. Es war nicht böser Wille, Ihnen persönlich keine Akteneinsicht zu gewähren, sondern es musste der rechtliche formale Weg eingehalten werden. Der ist hier dargestellt worden, und wir haben ihn entsprechend wahrgenommen, sodass Sie jetzt Akteneinsicht haben. Es war in keinem Fall so, dass die Landesregierung irgendetwas vorenthalten wollte, meine Damen und Herren.

Man kann erkennen, dass es eine grundsätzliche Faktenlage gibt, die sich bisher nicht geändert hat, und dass es einige Vermutungen gibt, die von der Staatsanwaltschaft unabhängig untersucht werden. Hierzu zählt auch das nicht unterzeichnete Schreiben, das gefunden wurde. Wer es verfasst hat und in welchem Zusammenhang es zu sehen ist, wird die Staatsanwaltschaft herausfinden müssen. Auch hierbei gilt erst einmal das, was der Ministerpräsident immer wieder gesagt hat, nämlich die **Unschuldsumutung**. Überhaupt wäre eine Vorverurteilung ein Vorgriff auf die staatsanwaltschaftliche Unabhängigkeit.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Lars Harms [SSW]:**

Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Christopher Vogt [FDP]:** Lieber Kollege Lars Harms, ich bin dankbar für die kurze Atempause, damit ich kurz auf den Punkt vorher eingehen kann. Sie haben eben erklärt, wir brauchten das Aktenvorlagebegehren, damit uns die Landesregierung diese Akten aus rechtlichen Gründen zur Verfügung stellen konnte. Das habe ich nicht verstanden. Was hindert denn die Landesregierung, uns die Unterlagen auch so vorzulegen, wenn sie ein Interesse an Transparenz hat?

**Lars Harms [SSW]:**

Dass Sie das nicht verstanden haben, ist natürlich Ihr Problem. Ihr Kollege Kubicki und wir alle haben als Umdruck ein Schreiben bekommen, in dem die Begründung dargelegt worden ist. Wenn Sie das gelesen hätten oder wenn Sie das nachher nachlesen, können Sie das sehen. Es ist leider ein juristi-

(Lars Harms)

sches Problem gewesen, sodass einmal das Aktenvorlagebegehren beschlossen werden musste. Erst dann konnte es auch ausgeführt werden. Das hat unsere Landesregierung umgehend gemacht. Einzelnen Abgeordneten steht dieser Weg nun einmal leider nicht offen. Wir können gern darüber reden; das wäre dann eine inhaltliche Debatte. Wir sind offen für die Diskussion, ob man das haben will oder nicht. Sie können gern entsprechende Anträge stellen. Aber die derzeitige Rechtslage ist so, wie sie ist. Das Aktenvorlagebegehren muss von einem Ausschuss beschlossen werden. Dann hat die Landesregierung vorzulegen. Das hat sie getan. Darauf ist ihr Kollege Fraktionsvorsitzender schriftlich hingewiesen worden.

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen glaube ich, dass die Landesregierung hierbei keinen Fehler gemacht hat.

Aber ich war gerade eben bei der **Vorverurteilung**, die man nicht machen sollte, weil das allein schon ein Vorgriff auf die **staatsanwaltschaftliche Unabhängigkeit** in dieser Sache wäre. Deswegen übe die Landesregierung weder Druck noch Einfluss aus. Mir ist persönlich sehr wichtig, dass es weder Druck noch Einfluss von der Opposition geben darf. Denn auch das wäre ein Eingriff in die staatsanwaltschaftliche Unabhängigkeit. Wir alle aus der Politik sollten uns daher zurücknehmen. Deshalb sollte man jetzt erst einmal die Staatsanwaltschaft ihre Arbeit machen lassen. Dann wird man sehen, ob sich die Vorwürfe erhärten oder nicht. Dann kann man natürlich auch Rückschlüsse ziehen und das Verhalten von Frau Wende beurteilen.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was bleibt, meine Damen und Herren, ist, dass die CDU einen Missbilligungsantrag stellt, der mit nichts als Vermutungen unterfüttert ist. Das Einzige, was stimmt, ist, dass es am 12. September 2014 ein Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und Frau Wende gegeben hat und dass sie anschließend ihren Rücktritt erklärt hat. Die Begründung hierfür hat sie selbst gegeben, und die Staatskanzlei hat diese Begründung dann veröffentlicht. Zu skandalisieren ist da eigentlich nichts. Wenn man ehrlich ist, wirkt es auch ein wenig speziell, wenn die CDU in jeder Landtagssitzung einen Missbilligungsantrag stellt. Denn mit der Menge der Missbilligungsanträge wird die Oppositionsarbeit nicht besser. Oppositionsarbeit ist immer nur dann gut, wenn sie Alternativen aufzeigt. Diese Alternativen fehlen in diesem Land völlig.

Das ist schade, aber wir regieren so weiter. Das ist auch ganz gut fürs Land.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. - Als Nächster hat der Abgeordnete Tobias Koch für die CDU-Fraktion das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die Version, die der Ministerpräsident über den angeblichen **Rücktritt der Bildungsministerin** verbreitet hat,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Angeblichen Rücktritt?)

eine große Märchenstunde war, darüber brauchen wir heute gar nicht mehr zu streiten. Das ist mittlerweile belegt. Frau Wende hat nicht von sich aus die Staatskanzlei aufgesucht und Gespräche geführt, sondern sie wurde dort hinzitiert. Sie wurde zum Rücktritt gezwungen, und zwar nicht, weil sie durch die Ermittlungen belastet wurde, sondern weil die Ermittlungen neues belastendes Beweismaterial zutage gefördert haben.

(Beifall CDU und FDP - Lars Winter [SPD]: Ein nicht unterschriebenes Stück Papier! - Weitere Zurufe)

Darüber heute noch zu streiten, das ist schon skurril in diesem Hause.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jawohl, Herr Staatsanwalt!)

Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich den Blick noch einmal darauf richten, wie die **Wahrheit** ans Licht gekommen ist. Der Kollege Günther wies vorhin schon kurz darauf hin. Am 24. September 2014, Mittwochnachmittag, 15:17 Uhr platzte die dpa-Meldung herein, Ermittlungen der Staatsanwaltschaft lösten den Wende-Rücktritt aus - anscheinend aus heiterem Himmel.

Das hat uns alle - anscheinend auch Sie - kalt erwischt. Tatsächlich war es aber so, dass der Kollege Johannes Callsen bereits am 15. September 2014 eine schriftliche Kleine Anfrage an die Regierung gerichtet hatte, in der er als Frage 2 formuliert - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

„Hat die Landesregierung ... im Zeitraum 25. August bis 12. September aus irgendeiner

(Tobias Koch)

Quelle Informationen zum Sach- und Ermittlungsstand in dem Ermittlungsverfahren gegen Prof. Wende erhalten ...?“

Ab dem Zeitpunkt, an dem die Anfrage zugegangen ist, wussten Sie, dass Ihre Version der Geschichte nicht Bestand haben würde und dass Sie spätestens, wenn Sie zwei Wochen später dem Kollegen Callsen die Antwort zukommen lassen müssen, die Wahrheit sagen müssen. Deswegen haben Sie Ihre Version nach einer Woche wieder korrigiert und das an die Presse durchgestochen - mit dem nahezu identischen Text, den Sie auch in der Antwort an den Kollegen Callsen am 2. Oktober 2014 formuliert haben.

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen sage ich Ihnen: Es ist eine unwürdige Salomitaktik, die Sie hier praktizieren, immer nur das zuzugeben, was die Opposition schon aufgedeckt hat. Aber das zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Causa Wende - angefangen von der Anhörung im Bildungsausschuss, über das Aktenvorlagebegehren bis hin zur Kleinen Anfrage. Sie geben immer nur das zu, was wir herausgefunden und Ihnen nachgewiesen haben.

Aber deswegen sage ich Ihnen auch: Ich bin da ganz entspannt. Denn ich bin ganz zuversichtlich, dass aus den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen weiterhin die eine oder andere Salamischeibe zutage treten wird. Das ist dann allein Ihr Problem, denn Ihre Regierung nimmt durch dieses **Verhalten des Ministerpräsidenten** immer weiter Schaden. Da kann man sich als Opposition durchaus freuen.

Ich sage Ihnen auf jeden Fall ganz deutlich: Als Abgeordneter dieses Hauses fühle ich mich irreführt und auf die falsche Fährte gelockt. Mir wurde Sand in die Augen gestreut. Wir wurden angeschmiert. Ich wurde gefoppt, genasführt, durch den Kakao gezogen. - Suchen Sie sich den passenden Begriff bitte aus. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Kollege Koch! Wenn ich den Preis an den Kalle Blomquist des Jahres zu vergeben hätte, Sie hätten ihn eindeutig verdient.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Was Sie hier abgeliefert haben, ist reine **Spekulation**. Von vorn bis hinten spekulieren Sie herum. Das Problem, das ich bei diesem ganzen Vorgehen, nicht nur von Ihnen, sondern auch bei vielen in Ihrer Fraktion sehe, ist, dass die Sphäre des Politischen in einer unerträglichen Weise strafrechtlich und gleichzeitig die Strafermittlungstätigkeit politisiert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das kann beiden Sphären nicht guttun. Das ist gefährlich. Das ist sowohl für die Integrität und das Vertrauen in die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft gefährlich als auch für unsere Tätigkeit hier.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich erzähle Ihnen das - und zwar mit gutem Grund -, weil wir in den letzten Jahren in dieser Hinsicht eine massive Verlotterung der Sitten haben. Das war im Verfahren Wulff so - das hat Sie getroffen -, das war auf Bundesebene im Verfahren Edathy so, das war im Verfahren gegen Herrn Dr. Breyer so. Im Verfahren gegen Frau Gaschke haben Sie es auch massiv im Innen- und Rechtsausschuss beklagt. Nun betreiben Sie es, weil es Ihnen bei Frau Wende gerade in den Kram passt, genauso. Das ist eine Gefahr. Ich bitte Sie ganz herzlich, von diesem Irrweg abzugehen. Lassen Sie die **Staatsanwaltschaft** die **Arbeit** machen, die sie machen muss, und hören Sie auf mit dieser ständigen Spekuliererei, dem Stochern im Nebel und dem Versuch, diese Regierung mit Dreck zu bewerfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Kollege Peters, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, auch als Strafverteidiger, dass das **Parlament** nicht berufen ist, strafrechtliche Wertungen abzugeben oder Konsequenzen zu ziehen. Dafür haben wir die **Gerichtsbarkeit**. Für die Ermittlungsbehörde haben wir die Staatsanwaltschaft. Doch das Parla-



(Wolfgang Kubicki)

ment ist selbstverständlich berufen, politische Wertungen abzugeben. Das unterscheidet sich.

Wenn ich jetzt sage, ich halte jemanden für nicht mehr tragbar, dann heißt das nicht, dass er sich damit strafrechtlich relevant verhalten hat. Aber es stehen Fragen im Raum, von denen ich glaube, dass Sie sie auch stellen müssen. Ich sage noch einmal: Ich habe das Auftreten des **Ministerpräsidenten** ausdrücklich begrüßt, weil ich es in dieser Konsequenz bisher noch nie vernommen habe, was die **Akzeptanz der Unschuldsvermutung** angeht. Weil das so ist, muss mich jetzt doch die Frage umtreiben - Sie doch genauso -: Hat er von den Vorfällen aus Oktober 2010 oder 2011 gewusst, hat Frau Wende ihn darüber unterrichtet und er hat es nur weggesteckt, oder hat sie ihn darüber in den 14 Tagen, vier Wochen, in denen das bei uns Thema war, nicht unterrichtet und ihn im Unklaren gelassen? Das wäre auch ein persönlicher Vertrauensbruch, der auch Rückschlüsse auf das Verhältnis der beteiligten Personen zulassen kann.

Die Menschen insgesamt interessiert auch: Auf wen können wir noch vertrauen? Für wen kann man sich noch einsetzen? Hinter wen kann man sich eigentlich noch stellen? Ich erwarte von meinen Fraktionskollegen, dass sie mir, wenn etwas passiert und ich sie frage, wie es aussieht, eine Antwort geben und ich mich darauf verlassen kann, dass sie richtig ist, und ich nicht 14 Tage später im Regen stehe. Deshalb ist es für uns wichtig zu wissen: Hat der **Ministerpräsident** von Frau Wende die **Information** erhalten, oder ist sie ihm von dritter Seite zugegangen worden, und hat er deshalb Konsequenzen ziehen müssen, die ich im Übrigen bei einer solchen Form des Vertrauensbruchs auch gezogen hätte?

In der Antwort auf die Anfrage des Kollegen Callsen - das finde ich bemerkenswert - heißt es:

„Der Kanzler hat am 5. September 2014 gegenüber dem Präsidenten Prof. Dr. Reinhart erklärt, dass er selbst nicht Verfasser des Schreibens sei. In einer Stellungnahme seiner Anwälte, die der dienstlichen Erklärung von Prof. Dr. Reinhart beilag, gegenüber der Staatsanwaltschaft, wird die Vermutung ausgesprochen, dass das Schriftstück möglicherweise von Frau Wende erstellt worden sei. Die Vermutung wird mit einigen Vergleichsschriftstücken aus dem Zeitraum vom 17. Oktober 2011 untermauert.“

Das ist doch ein bemerkenswerter Vorgang.

Wir hatten eine **Bildungsministerin**, bei der man den **Verdacht** haben kann, dass sie möglicherweise Briefpapier benutzt hat, das ihr gar nicht zustand, um einen Vorteil zu erlangen, der ihr nicht zustand. Das muss uns doch interessieren. Sie war längere Zeit Vorbild für eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern. Wir haben hier Debatten darüber geführt.

(Zuruf SPD: Alles zu seiner Zeit!)

- Nicht zu seiner Zeit. Ich bewerte es doch gar nicht strafrechtlich. Das ist eine völlig andere Frage. Ich bewerte es politisch. Dieses Recht muss ich mir im Parlament doch nehmen. Ich erwarte, Herr Ministerpräsident, dass Sie auf diese eine mich wirklich quälende Frage: „Sind Sie von Frau Wende unterrichtet worden, oder sind Sie genauso überrascht worden wie alle anderen auch?“, eine Antwort geben. Das würde wesentlich weiterhelfen. Das würde möglicherweise Missbilligungsanträge dieser Art, die wir vorliegen haben, auch entbehrlich machen.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern etwas zu der Methode sagen, die wir hier eben am Rednerpult erlebt haben. Der Kollege Peters hat zu Recht - wie ich finde - darauf hingewiesen, dass der **strafrechtliche Bereich** der strafrechtliche Bereich ist, dass die Ermittlungsbehörden es mit der politischen Couleur nicht vermengen dürfen.

Dann kommt Herr Kollege Kubicki hier ans Mikrofon und sagt, das sehe er auch so. Dann macht er genau das, indem er sagt: Natürlich hat das mit der Verordnung nichts zu tun, aber was in diesem **Ermittlungsverfahren** hier zutage gefördert wird, ohne dass es bewertet worden ist, darf ich hier **politisch** noch einmal **verwenden**. Dann darf ich über Dinge reden, die zu einem Zeitpunkt passiert sind, als die Staatskanzlei von dem Carstensen geführt worden ist.

Das hat mit dieser Regierung nichts zu tun. Dann sozusagen in staatsanwaltschaftlicher Manier die Leute hier zu befragen und zu sagen, dazu muss doch bitte etwas gesagt werden, ist scheinheilig, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ist



**(Dr. Ralf Stegner)**

genau das Gegenteil dessen, was Herr Kollege Peters hier gesagt hat. Das muss man hier einmal feststellen dürfen.

Ich glaube wirklich, dass es für dieses Haus gut wäre, sich mit diesem Vorgang zu beschäftigen, wenn er abgeschlossen ist, und nicht permanent Wasserstände zu kommentieren, nur, weil es Ihnen gerade einfällt und in den politischen Kram passt, und sich sogar Ihr haushaltspolitischer Sprecher zum Detektiv berufen fühlt und uns am Mikrofon Räuberpistolen erzählt.

Machen Sie doch endlich einmal Ihre Arbeit und pfuschen Sie der **Staatsanwaltschaft** nicht in ihre **Arbeit** hinein. Sie haben die Akten bekommen, die Sie zu bekommen haben. Lassen Sie uns darüber reden, wenn es abgeschlossen ist.

Die Methode lautet schlicht: Egal, was am Ende dabei herauskommt, wenn ich vorher mit genug Dreck geworfen habe, wird schon etwas hängengeblieben sein. Das ist doch das Einzige, worum es Ihnen hier im Hause geht. Um nichts anderes geht es Ihnen. Das zeigt jeder Redebeitrag, und sei er noch so treuherzig vorgetragen wie das, was Herr Kollege Kubicki gerade von sich gegeben hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Dr. Stegner, würden Sie freundlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass Herr Koch nicht unser haushaltspolitischer Sprecher ist, sondern der der CDU-Fraktion? Ich sage das, weil Sie von „Ihrem haushaltspolitischen Sprecher“ geredet haben.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

In tiefer Demut will ich es gern zugeben: Einen solchen haushaltspolitischen Sprecher hat die FDP auch nicht verdient. Da haben Sie Recht.

- Wir hätten ihn gern, wenn er zu uns kommen würde, um es einmal freundlich zu formulieren.

- Jetzt wollte ich Sie gerade einmal loben, dann machen Sie es doch wieder zunichte.

- Darf ich meine Frage stellen? Es geht nicht um die Frage der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und der Bewertung, sondern es geht schlicht und ergreifend um die Frage, ob der Ministerpräsident bei seinen Auftritten, die er hier im Parlament in der Öffentlichkeit vollzogen hat, im sicheren Glauben war, dass das, was er sagt, richtig ist, ob er selbst von einer Entwicklung überrascht worden ist, die wir aus einer Antwort der Landesregierung, nicht der Staatsanwaltschaft zitiert haben - das war eine Kleine Anfrage; das wäre einfach zu beantworten -, oder ob er nicht überrascht worden ist.

Das ist eine zentrale politische Frage, weil das **Auftreten des Ministerpräsidenten** in den letzten Tagen und in den Tagen davor bis zum Freitag des Rücktritts der Ministerin für mich nicht erklärlich wäre, wenn Frau Ministerin Wende ihn davon unterrichtet hatte, dass sie bereits im Jahr 2011 entsprechende Anfragen an den Kanzler der Universität Flensburg gestellt hätte. Diese Frage hat mit strafrechtlichen Konsequenzen, mit der Frage, was die Staatsanwälte machen, überhaupt nichts zu tun. Es ist eine reine Frage an den Ministerpräsidenten und seines Auftritts.

- Lassen Sie mich dazu sagen: Ich rede darüber, dass hier permanent die **beiden Sphären vermisch**t werden. Das tun Sie mit jedem Punkt. Sie können als Abgeordneter Kleine Anfragen stellen, die die Landesregierung zu beantworten hat. So ist das in unseren Vorschriften vorgesehen. Das passiert auch. Darüber hinaus - finde ich - gibt es nicht den geringsten Grund für das Parlament oder für irgendjemanden zu hinterfragen, was eigentlich wen motiviert hat, wenn die ehemalige Bildungsministerin zurückgetreten ist. Sie ist zurückgetreten. Punkt. Warum sie das getan hat, das ist am Ende ihre Angelegenheit. Das ist durch das Parlament nicht zu hinterfragen.

Sie stellen hier immer **Behauptungen** auf. Sie insinuieren nämlich, der Ministerpräsident habe jemandem die Unwahrheit gesagt. Dagegen kann man sich gar nicht verteidigen. Man kann sich dagegen verteidigen, indem man aus Vier-Augen-Gesprächen berichtet. Ich sage nochmals: Vier-Augen-Ge-

**(Dr. Ralf Stegner)**

sprache gehen Dritte nichts an. Da sind wir altmodischer als Sie. Also kann man sich gar nicht verteidigen. Tut man das aber nicht, dann sagen Sie wieder: Sie führen die Öffentlichkeit fehl.

Das ist eine scheinheilige Methode. Das Einzige, was Sie wollen, ist davon abzulenken, dass die Staatsanwaltschaft ihre Arbeit macht. Wir bewerten es am Ende. Das gilt jedenfalls für die Regierungsfraktion. Machen Sie solange, was Sie wollen. Es ist eine Retrodebatte. Hören Sie damit auf.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Übrigen - das muss ich Ihnen ehrlich sagen - war die letzte halbe Stunde verschwendete Lebenszeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Daniel Günther das Wort.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Müssen Sie jetzt immer noch einmal reden?)

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das muss ich nicht, Herr Kollege Andresen. Es wurde richtiggestellt, dass der Kollege Koch unser haushaltspolitischer Sprecher ist, worauf wir auch sehr stolz sind.

(Beifall CDU - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kollege, ich kann ja wirklich verstehen, dass Sie mit Ihrer abstrusen Debatte, die Sie hier im Moment führen,

(Zurufe SPD)

von dem gesamten Sachverhalt ablenken wollen. Da macht es natürlich Sinn, jemanden wie Herrn Peters, der vermeintlich von rechtlichen Fragen Ahnung hat,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mehr als Sie!)

aber von diesem Sachverhalt überhaupt nichts versteht, ins Rennen zu schicken; denn die gesamte Argumentationsstrategie - auch des Kollegen Koch - hatte doch nichts mit vermeintlichen Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft zu tun, mit Ermittlungen,

die wir mit dem, was wir hier im Landtag machen, behindern würden, sondern das hatte etwas mit Fakten zu tun, die die Landesregierung selbst kommuniziert hat und die in einer Kleinen Anfrage gestanden haben. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall CDU und FDP)

Oder wollen Sie etwa bestreiten, dass es dieses Schriftstück vom 11. Oktober 2011 gibt? Wollen Sie bestreiten, dass am 10. September 2014 bei der Staatskanzlei der Präsident der Universität Flensburg vorstellig geworden ist und gesagt hat, dass es dieses Schriftstück gibt? Wollen Sie das bestreiten? Wollen Sie bestreiten, dass es die Kleine Anfrage des Abgeordneten Callsen gegeben hat? Wollen Sie bestreiten, dass die Antwort vorgelegen hat? - Anhand dieser Fakten ist doch eindeutig belegt, dass der Ministerpräsident an dem Tag nicht die Wahrheit gesagt hat. Das müssen Sie akzeptieren.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen, und zwar über den Antrag - ich wiederhole es - Drucksache 18/2339, Missbilligung des Verhaltens des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Bildungsministerin Wende. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Tobias Koch [CDU]: Der Ministerpräsident schweigt!)

Gegenstimmen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Piratenfraktion abgelehnt. Wir schließen den Tagesordnungspunkt.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gott sei Dank!)

Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten 15 und 17:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Bereiche Bildung und Wissenschaft nicht trennen!**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2294 (neu)

**b) Wissenschaft ist keine Nebensache, und duale Ausbildung ist keine Verhandlungsmasse**

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2302

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt von der FDP-Fraktion.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein interessanter Vorgang, dass aus Compliance-Gründen beinahe die halbe Landesregierung umorganisiert wird. Nun ticken die politischen Uhren in Schleswig-Holstein generell etwas anders als im Rest der Republik, wie wir auch heute Morgen wieder feststellen konnten. Aber dieses Manöver lässt natürlich den geneigten Beobachter schon etwas staunen. Natürlich wäre es nicht vorstellbar, dass jemand im Kabinett für das Universitätsklinikum zuständig ist, der mit dem Vorstandsvorsitzenden verschwägert ist, das ist völlig klar. Das steht außer Frage. Die Ernennung von Frau Ernst als Ministerin behandeln wir an dieser Stelle auch gar nicht. Ich denke, es wäre im Interesse des Landes, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerinnen und Lehrer, dass Frau Ernst eine erfolgreiche Ministerin wird. - Ich wünsche Ihnen für Ihr Amt alles Gute, Frau Ministerin.

Mehr als unglücklich ist diese Aktion im Ergebnis dennoch. Der Bruch des Koalitionsvertrags, der ein Ministerium für **Bildung** und **Wissenschaft** ausdrücklich vorsieht, durch den Ministerpräsidenten ist erst einmal nicht unser Problem als Opposition. Das lässt zwar unangenehm tief blicken und sagt viel darüber aus, wie es mittlerweile um die koalitionsinterne Dialogkultur bestellt ist, aber das sollen die Koalitionäre ruhig unter sich ausmachen. Das ist nicht unsere Sache.

Unser Problem ist an dieser Stelle vielmehr, dass wir keinen tieferen Sinn darin erkennen können, die gesamte **Hochschulabteilung** in das **Sozialministerium** zu verlegen. Ihr Problem, meine Damen und Herren von der Regierung, ist es, dass es nicht nur den Grünen und uns so geht, sondern auch den meisten Hochschulen in unserem Land, die das einfach nicht nachvollziehen können.

Man muss sich an dieser Stelle wieder einmal um die Reputation unserer Hochschulen Sorgen machen. Die Landespolitik macht es - das sage ich auch selbstkritisch - den Hochschulen ja leider immer wieder nicht gerade leicht. Aber diese Entscheidung wurde offenbar besonders vorschnell und ohne nennenswerte fachliche Motivation getroffen

und sollte deshalb schnellstmöglich korrigiert werden.

Warum es sinnvoll sein könnte, nicht nur die Zuständigkeit für das **Universitätsklinikum**, sondern gleich die komplette Abteilung in das Sozialministerium zu verlagern und damit für ein bundesweites Novum zu sorgen, mag uns bisher nicht einleuchten. Eine nachvollziehbare inhaltliche Begründung für die Entscheidung des Ministerpräsidenten wurde bisher nicht geliefert. Im Schleswig-Holstein-Magazin am 17. September 2014 hat er lediglich erklärt - ich zitiere -:

„... Die Entscheidung ist richtig. Und vielen, die sich dort jetzt kritisch äußern, ist, glaube ich, noch gar nicht ganz bewusst, wie denn eine Hochschulabteilung funktioniert, wie sie arbeitet, wie die Zusammenhänge sind. Und das muss man noch ein bisschen stärker erklären. Das wird uns aber gelingen.“

Mit anderen Worten: Die Entscheidung ist über jeden Zweifel erhaben, und wer das kritisiert - die Hochschulen inklusive - hat von Hochschulpolitik schlichtweg keine Ahnung.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das ist ein nennenswerter Teil dieser Diskussion. Da ja auch so mancher Genosse seine Begeisterung für diese Entscheidung sehr erfolgreich verbergen konnte, habe ich keine Mühen gescheut und, Herr Dr. Stegner, ein wenig wertvolle Lebenszeit darauf verwendet, die Rede des Ministerpräsidenten auf dem SPD-Landesparteitag in Lübeck via Livestream zu verfolgen. Ich hatte die Hoffnung, dass zumindest den eigenen Leuten eine vernünftige Erklärung geliefert wird. Dort hat der Ministerpräsident bei seiner Rede zu meinem Erstaunen jedoch vor allem auf die große Bedeutung des Sozialministeriums für die Sozialdemokratie verwiesen. Das kann ich insoweit noch nachvollziehen. Allerdings ist das als Begründung ein bisschen dünn, denn dann müssten Sie erklären, warum Sie nicht auch die Landespolizei, das Verkehrswesen und andere wichtige Bereiche ins Sozialministerium verlagern, das wäre dann ja die logische Konsequenz daraus.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Andresen?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ich hatte schon früher damit gerechnet.

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich dachte, Sie kommen vielleicht selbst noch auf den Punkt zu sprechen. Es gibt zwei Anträge, die Sie vorgelegt haben. Es gibt den Antrag, den Sie eingereicht haben, zunächst hieß er „Bereich Wissenschafts- und Hochschulpolitik der Organisationsgewalt des Wirtschaftsministeriums zuordnen!“, den Sie noch einmal neu eingereicht haben, wo Sie dann von dieser Forderung - so lese ich das jedenfalls - weggehen und fordern, die Bereiche Bildung und Wissenschaft nicht zu trennen. Ich frage mich deshalb, wie Sie eigentlich zu diesem Meinungswechsel gekommen sind, wie Sie sich das erklären und was jetzt eigentlich wirklich die Überzeugung der FDP in dem Bereich ist.

- Herr Kollege, vielen Dank für die Frage. Dazu komme ich gleich noch. Wir wollten natürlich auch der grünen Fraktion die Möglichkeit geben, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall FDP, Daniel Günther [CDU] und Tobias Koch [CDU])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine Nachfrage, Herr Abgeordneter Vogt?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja.

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verstehe ich das dann richtig, dass Sie Ihre politische Überzeugung danach ausrichten, was die Grünen für Forderungen in der Öffentlichkeit stellen?

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Herr Kollege, noch sind die Grünen Regierungspartei. Insofern ist das politische Gewicht der Grünen größer als uns lieb ist. Aber mit Realitäten muss man umgehen können. Das kann ich übrigens nur jedem in diesem Hause raten.

(Beifall FDP - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Noch unglücklicher fand ich die Formulierung des Ministerpräsidenten, die heute schon zitiert wurde, Frau Alheit werde die beste Wissenschaftsministerin, die dieses Land je gesehen hat. Es mag ja sein, dass es so kommen wird, im Interesse des Landes wäre es ja, Herr Ministerpräsident. Wollen wir es gemeinsam hoffen. Zweifeln lässt mich jedoch - wahrscheinlich anders als Sie - die Lektüre der „sh:z“-Ausgabe vom 16. September 2014, in der man lesen konnte:

„Aus der Sitzung der Landtagsfraktion wurde Alheit mit den Worten zitiert, ihr Tag habe auch nur 24 Stunden. - ‚Erwartet bitte nicht zu viel von mir.‘“

Das haben Sie offenbar nicht gelesen, sonst hätten Sie Ihren Text nicht so formuliert. Mit Verlaub, meine Damen und Herren, nach einer hochmotivierten und überaus ambitionierten Wissenschaftsministerin klingt das bei aller Liebe nicht gerade.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Frau Ministerin, das klingt eher danach, als sei Ihnen, Frau Ministerin, bei Ihrer neuen Machtfülle noch etwas bange.

Die **Hochschulen**, das ist der entscheidende Punkt, um den es heute im Land geht, erwarten zu Recht, dass ihre Anliegen zukünftig nicht als Nebensache im Sozialministerium behandelt werden.

Ebenso kritisch sehen wir die Verlagerung der Zuständigkeit für die **berufliche Bildung** ohne Rücksprache mit dem Handwerk oder der IHK und offenbar ohne Abstimmung mit dem Wirtschaftsminister, der auch gleich noch einen Staatssekretär opfern durfte, die einfach so dem Wirtschaftsministerium entzogen wird.

Das Wirtschaftsministerium hat jetzt die Meeresforschung als Ausgleich bekommen. Das heilt diese Entscheidung jedoch nicht, sondern macht vielmehr deutlich, dass die gesamte Wissenschaft im Wirtschaftsministerium aus unserer Sicht besser aufgehoben wäre.

In diesem Sinne fordern wir Sie auf, Ihre Entscheidung zu überdenken. Es wäre kein Gesichtverlust, es wäre im Interesse unserer Hochschulen und damit unseres Landes insgesamt. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)



**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Daniel Günther das Wort.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was haben **Hochschulen im Sozialministerium** zu suchen? Diese Frage hat sich, denke ich, jeder gestellt, nachdem die Ressortzuteilung vor einigen Wochen bekannt gegeben wurde. Mir ist niemand bekannt, der die Entscheidung für richtig hält, außer vielleicht der Ministerpräsident und Frau Alheit, die formuliert: „Dann mache ich das eben auch noch mit“. Ich finde die Formulierung des Flensburger FH-Präsidenten Zickfeld treffender. Er sagte, mit der grenzwertigen Entscheidung des Ministerpräsidenten werde unser gesamter Wissenschaftsbereich national und international der Lächerlichkeit preisgegeben.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Dabei sind Universitäten und Fachhochschulen in unserem Land das Aushängeschild für unseren Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Jetzt wäre die Möglichkeit gewesen, eine sachliche Begründung nachzuliefern, die ja nicht nur von uns eingefordert wird, sondern auch vom Kollegen Andresen und vom Kollegen Weber.

Aber es gab nichts an Begründung. Ab und zu wurde formuliert, das UKSH habe gewisse Anknüpfungspunkte. Aber das ist ja nicht das einzige Thema im Wissenschaftsbereich. Der Kollege Andresen hat doch zu Recht schon im Januar 2013 bemängelt, wo denn das hochschulpolitische Konzept der Landesregierung bleibe. Im März 2013 antwortete Staatssekretär Fischer, das verzögere sich ein wenig, es werde spätestens Ende 2013 vorgelegt werden. Jetzt ist das Jahr 2014 bald zu Ende, und diese Landesregierung macht immer noch **Hochschulpolitik** ohne Konzept. Das kann nicht sein. Es macht deutlich, dass der Ressortzuschnitt im Prinzip das dokumentiert, was diese Koalition praktiziert, sie ist ein reines Anhängsel in der Regierungspolitik.

(Beifall CDU)

In Wahrheit gibt es nur einen einzigen Grund für diesen Ressortzuschnitt. Er basiert nicht auf sachlicher Grundlage, sondern die Ressorts sind einzig und allein deshalb so zugeschnitten, damit es auf eine einzige Person passt. Wenn Sie einen sinnvollen Ressortzuschnitt hätten machen wollen, der nicht zu

dieser Person passt, dann hätten Sie eben eine andere Person nehmen müssen. Ich frage mich, ob es denn in Schleswig-Holstein in der SPD keine ministrablen Frauen mehr gibt, die eine solche Aufgabe übernehmen können.

Sie reden immer über Chancengleichheit und darüber, dass Aufstiegsmöglichkeiten nicht von der Herkunft und vom Elternhaus abhängen dürften. Wer außer Hamburgs First Lady hat denn die Chance auf eine solche Sonderbehandlung gehabt? - Niemand. Das ist an der Stelle nur auf sie zugeschnitten worden.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Daniel Günther [CDU]:**

Gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Herr Kollege Günther, ich will es der Nervosität Ihrer jungen Amtsführung zuschreiben. Aber es ist wirklich eine ziemliche Unverfrorenheit, die Kollegin Britta Ernst so zu bezeichnen. Sie ist Bildungsministerin in Schleswig-Holstein geworden, weil sie eine exzellente Bildungsexpertin in der Bundesrepublik ist. Wir sind froh, dass wir sie gewonnen haben, Herr Kollege Günther.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erlauben Sie mir, das als Letztes noch hinzuzufügen: Das sagt mehr über Ihr Bild von Gleichstellung aus, um das es in der Nordunion ja wirklich traurig bestellt ist, als irgendetwas anderes, das Sie hier vortragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Dr. Stegner, Ihre Zwischenbemerkung ändert überhaupt nichts daran, dass meine Argumentation über den Ressortzuschnitt absolut richtig ist, dass das Ressort einzig und allein auf eine Person zugeschnitten wurde.

(Beifall CDU)

Sie wissen, dass das der Fall ist. Das ist Ihnen peinlich und unangenehm. Deswegen müssen Sie so argumentieren.

Die Rednerverteilung sieht vor, dass FDP und CDU zuerst reden. Sie haben gleich noch genügend

**(Daniel Günther)**

Chancen, darauf zu reagieren. Deswegen werde ich eine weitere Zwischenfrage von Ihnen, Herr Dr. Stegner, nicht zulassen.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will stattdessen dazu übergehen, dass es auch im Bereich der **beruflichen Bildung** keinen einzigen fachlichen Grund für den Ressortwechsel gibt. Sie haben auch keinen genannt. Auch in der Presseerklärung, die gestern herausgegeben wurde, haben Sie zu keiner einzigen Ressortentscheidung ein einziges sachliches Argument genannt.

Das einzige Ergebnis des Koalitionsausschusses von SPD, Grünen und SSW ist die Entschuldigung des Ministerpräsidenten bei den Grünen und ein Versprechen, dass so etwas nicht wieder vorkommt. Das ist ja toll! Noch einmal kann man eine solche schlechte Entscheidung ja nicht treffen; denn sie ist bereits getroffen.

(Zuruf Klaus Schlie [CDU])

- Ich weiß, sie können noch mehr schlechte Entscheidungen treffen, aber diese schlechte Entscheidung wurde jetzt getroffen und kann sich nicht wiederholen.

Aber mir ist bis heute unbegreiflich, dass am Ende die Grünen und auch der Abgeordnete Weber nicht weiter interveniert haben, bloß weil sich der Ministerpräsident entschuldigt hat und die Forderung, den Koalitionsvertrag endlich wieder einzuhalten, unter den Tisch gekehrt wurde. Ich frage mich: Was haben eigentlich die Hochschulen im Land davon, dass sich der Ministerpräsident bei den Grünen entschuldigt hat? - Nichts! Wirklich nichts. Was ist denn bei dem, was Sie gemacht haben, gewonnen?

(Beifall CDU)

Nein, meine Damen und Herren, mit der Entschuldigung des Ministerpräsidenten ist das alles nicht erledigt; denn an der Entscheidung, für die es laut dem SPD-Abgeordneten Jürgen Weber keinen einzigen fachlichen Grund gibt, ändert sich nichts. Weder der hervorragende Ruf unserer Hochschulen darf durch diesen Ressortzuschnitt beschädigt werden, noch darf die enge Verzahnung zwischen beruflicher Bildung und den Unternehmen einfach so über Bord geworfen werden. Die Grünen und die SPD haben die Chance verpasst, im Koalitionsausschuss ihr Gesicht zu wahren.

Sie haben gefragt, was ich als Oppositionsführer an dieser Stelle anders machen will.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Ich will noch stärker auf das faire Miteinander setzen.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen möchte ich partout nicht, dass eine der regierungstragenden Fraktionen ein Mitglied verliert.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Daniel Günther [CDU]:**

Deswegen haben wir den Antrag gestellt, dass Sie das, was Sie vorher in der Öffentlichkeit vertreten haben, auch im Landtag vertreten, indem Sie dem Antrag insbesondere der FDP, der genau das umschließt, was Sie gesagt haben, Ihre Zustimmung geben.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Daniel Günther [CDU]:**

Ich bin sehr gespannt auf Ihr Abstimmungsverhalten.

(Beifall CDU - Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Herr Martin Habersaat das Wort.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Callsen musste also gehen, weil er nicht auf sexistische Ausfälle gekommen ist und weil er hier kein Frauenbild der 1950er-Jahre vortragen wollte. Das muss die CDU mit sich selber ausmachen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Ministerpräsident hat nach dem Rücktritt der Bildungs- und Wissenschaftsministerin Wara Wende den Ressortzuschnitt neu geregelt. Dabei hat er sich - das wurde eingeräumt - für künftige Kommunikationsprozesse Steigerungsmöglichkeiten gelassen.

(Martin Habersaat)

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Es folgte Aufregung über den Ressortzuschnitt, über die Kommunikation und aus oppositionellem Kalkül.

Ich finde, Organisationsfragen sind niemals die Hauptsache. Zu einer möchte ich allerdings zu Beginn doch kommen. Infolge dieser Organisation gibt es ein Problem mit dem Personalrat W. Für die Koalitionsfraktionen sage ich: Dieses Problem ist erkannt und wird gelöst.

Werner Reinhart, Präsident der Europa-Universität Flensburg, hat aus meiner Sicht recht, wenn er fordert, jetzt sei es an der Zeit, Skepsis durch Neugierde zu ersetzen.

Aber die Möglichkeit war wohl zu verlockend, heute noch einmal die Aufregung und die Skepsis in den Vordergrund zu stellen. Da klagt der Kollege Wolfgang Kubicki, die **Hochschulen** würden nun zum Sozialfall. Das wirft aus meiner Sicht zwei Fragen auf: Welchen Blick hat der Kollege Kubicki eigentlich auf Menschen, die auf Solidarität angewiesen sind, und was für ein Weltbild muss man haben, wenn man „Sozialfall“ als abwertendes Schimpfwort gebraucht?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie wichtig fand Herr Kubicki eigentlich das Amt des ehemaligen Sozialministers Dr. Garg? Aber das ist ein FDP-internes Problem.

Der frühere Oppositionsführer und Aphoristiker Johannes Callsen prägte kürzlich den Satz, dass eine Ente umso lauter quake, je lahmer sie sei. Ordnen wir also die Vorgänge in der FDP und die clownesken Ausführungen von Herrn Garg gestern einfach dem Zustand der FDP und der Lahmheit dieser Ente zu.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

In den letzten 20 Jahren gab es unterschiedliche Organisationsstrukturen für den Wissenschaftsbereich. Es gab ein eigenständiges Ministerium Wissenschaft, Forschung und Kultur. Es gab Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Es gab Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr. Es gab Bildung und Wissenschaft. Und nun gibt es Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wollten Sie mal für Abwechslung sorgen?)

Für die SPD standen diesen Ministerien 1994 bis 2005 drei Pädagoginnen vor. Dann folgte in kurzer

Frist ein bunter Reigen von CDU-Ministern, den heute selbst Eingeweihte kaum noch in der richtigen Reihenfolge aufzählen können. Weder Herr Austermann, Jurist, noch Herr Marnette, Ingenieur, noch Herr Biel, Volkswirt, gerieten in den Verdacht, wahnsinnig viel Interesse und Energie für diesen ersten Bereich W in ihrem Haus investiert zu haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das gilt ausdrücklich nicht für Herrn de Jager, Journalist.

Wer den Antrag der CDU heute liest, könnte glauben, mit dem Zuschnitt 2012 und der Amtsübernahme durch eine Universitätspräsidentin, zudem Kuratoriumsmitglied der Volkswagenstiftung, sei der Gipfel des Möglichen erklommen gewesen. Meine Damen und Herren, die Begeisterung über diesen Umstand konnten Sie gut verbergen.

Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins treibt die Union auch wegen des neuen Zuschnitts des Ministeriums für Schule und Berufsbildung um. Dabei gibt es seit vielen Jahren die Forderung nach einer Aufwertung der beruflichen Bildung. Seit wenigen Wochen ist also nun die **berufliche Bildung** bei uns institutionell so aufgewertet, wie es das in der Geschichte dieses Landes noch nie gab: Wir haben jetzt ein Ministerium für Schule und Berufsbildung. In Hamburg heißt es „Behörde für Schule und Berufsbildung“.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Von der IHK in Hamburg beispielsweise sind mir deshalb keine Klagen bekannt. Der UV Nord müsste sich eigentlich über die kompatible Aufstellung in Schleswig-Holstein und Hamburg freuen.

Ich bitte diejenigen aus der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, die durch den Ressortneuzuschnitt irritiert sind, mit der Landesregierung und mit der neuen Ministerin im Gespräch zu bleiben. Ich bin mir sicher, Sie werden bald merken, dass Ihre Befürchtungen nicht berechtigt sind.

Was den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein und die Koalition aus SPD, Grünen und SSW angeht: Wie gut es um den steht, zeigt ja nicht zuletzt der Umstand, dass Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr 2014 das höchste Wirtschaftswachstum aller 16 Bundesländer erzielt hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

(Martin Habersaat)

Ich kann mir denken, dass man als Opposition nicht gern vom „Konjunkturspitzenreiter“ liest, da man nicht weiß, ob man sich freuen oder ärgern soll.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Martin Habersaat [SPD]:**

Aber bitte.

**Christopher Vogt [FDP]:** Vielen Dank, Herr Kollege Habersaat. - Ist Ihnen bekannt, dass dieser Zwischenstand bei der wirtschaftlichen Entwicklung auch etwas damit zu tun hat, dass es Sondereffekte wie zum Beispiel die Ablieferung eines U-Boots von der anderen Seite der Förde gibt? Wie findet das eigentlich Ihr Fraktionsvorsitzender?

- Das hängt im Fall des U-Boots stark davon ab, wo das abgeliefert wird. Verzeihen Sie, dass ich in 30 Sekunden nicht auf außenpolitische Einzelheiten eingehen kann.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben alle Zeit der Welt!)

Anders als bei der Opposition geht es bei der Koalition nicht um einen Neuanfang: Die Grundzüge unserer Hochschul- und **Wissenschaftspolitik** sind in unserem Koalitionsvertrag festgelegt und durch eine Vielzahl von Maßnahmen auch durch unsere bisherige Wissenschaftsministerin vorbereitet. Staatssekretär Rolf Fischer steht in engem Kontakt mit den Hochschulen. Ich bin mir sicher, Kristin Alheit wird auch ihr erweitertes Ministerium gut leiten und mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes in einen konstruktiven Dialog kommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ich bin ein vorsichtiger Mensch und mit Versprechen zurückhaltend. Ich verspreche: Kristin Alheit wird die beste Sozial- und Wissenschaftsministerin sein, die Schleswig-Holstein je gesehen hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist kein Geheimnis, dass wir Grüne über die Entscheidung des Ministerpräsidenten, das Wissenschaftsressort dem Sozialministerium zuzuordnen, nicht besonders glücklich waren. Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert gewesen, **Bildung** und **Wissenschaft** in einem Ressort zu belassen - ja.

Aber mit verschränkten Armen in der Ecke zu stehen und Forderungen dem anzupassen, was wir Grüne durch öffentliche Äußerungen einmal gefordert haben und grundsätzlich immer noch wollen, kann doch keine ernsthafte Antwort sein. Auch ich kritisiere scharf, dass sich der Kollege Kubicki mit abfälligen Worten über das Sozialministerium lustig gemacht hat.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Es ist schon bezeichnend, an welchen Stellen man Ironie anwendet. Das gilt auch für die leicht chauvinistischen Äußerungen, die wir hier vom neuen Oppositionsführer gehört haben.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Leicht?)

- Ich bin zurückhaltender als Sie. Deswegen rede ich von „leicht“.

Durch Debatten über Ressortzuständigkeiten verschleiern Sie nämlich, dass Sie inhaltlich keine Vorstellung davon haben, wie es mit unseren Hochschulen im Land weitergehen soll. Das ist die bittere Wahrheit.

Nach dem Rücktritt von Wara Wende als Bildungs- und Wissenschaftsministerin war es am wichtigsten, eine starke Nachfolgerin zu finden. Wir Grüne begrüßen sehr, dass Ministerpräsident Albig es geschafft hat, mit Britta Ernst eine fachlich und politisch starke Persönlichkeit für dieses Amt zu gewinnen.

(Beifall SPD, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])



**(Rasmus Andresen)**

Dass es aufgrund der familiären Verbindungen von Britta Ernst zum UKSH-Vorstand Professor Jens Scholz zur Ressortverschiebung kommen musste, ist nicht schön, aber notwendig. Es wäre doch viel schlimmer gewesen, wenn uns gegenüber der Vorwurf gekommen wäre, dass wir nichts gemacht hätten. Dann hätten Sie nämlich zu Recht mehr als einen Antrag stellen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Aus unserer Sicht passt der Bereich der Hochschulmedizin auch ganz gut ins Gesundheitsministerium, denn es ermöglicht Gesundheitspolitik gerade in Zeiten des demografischen Wandels aus einer Hand.

Auch im Bereich der beruflichen Bildung liegen große Herausforderungen vor uns. Diese können aus unserer Sicht gut im neuen Ministerium für Schule und Berufsbildung gelöst werden.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Lieber Kollege Andresen, ich bin absolut begeistert. Der Kollege Habersaat hat davon geschwärmt, dass man Soziales und Wissenschaft zusammenlegt. Sie schwärmen gerade davon - da bin ich übrigens bei Ihnen -, dass man endlich die Hochschulmedizin in das Gesundheitsministerium gibt. Das finde ich klasse,

- Sie stimmen gleich für das Gegenteil!

gerade bei der gesundheitspolitischen Expertise, die die Gesundheitsabteilung hat. Warum haben Sie diese faszinierenden Ideen, die Sie hier gerade so preisen, eigentlich nicht mit Regierungsantritt, also schon vor zweieinhalb Jahren, umgesetzt, wenn das der Weisheit letzter Schluss sein soll?

- Erstens nehme ich zur Kenntnis, dass die FDP-Fraktion nicht nur in Person des Abgeordneten Vogt, sondern auch in Person des Abgeordneten Garg sehr gern Punkte, die ich als gut darstelle, in ihrer Politik umsetzt und mich sozusagen unterstützt. Das freut mich.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Zweitens habe ich zu Anfang gesagt, dass wir Grüne grundsätzlich eine andere Meinung dazu haben, dass wir durchaus meinen, dass Wissenschaft im Bildungsministerium bleiben sollte, es aber durchaus Anknüpfungspunkte gibt. Die Gesundheitspolitik ist kein kleiner Anknüpfungspunkt zur Gesundheitspolitik, sondern ein sehr wichtiger Punkt. In diesem Bereich kann man das sehr gut begründen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Bei der **beruflichen Bildung** gibt es ebenfalls gute Gründe. Das duale System, die schulische Berufsausbildung und der Übergang von Schule zu Beruf werden jetzt aus einer Hand organisiert, und das im Bildungsministerium. Das wird im Endeffekt - das werden auch die Kollegen aus der Wirtschaft sehen - auch der Wirtschaft dienen.

Für die **Hochschulen** wird sich inhaltlich nichts ändern. Es sind nämlich nicht nur dieselben Mitarbeiter mit einer sehr guten Abteilungsleiterin, sondern auch immer noch Staatssekretär Rolf Fischer, der weiter zuständig sein wird. So unterschiedlich die Reaktionen aus den Hochschulen waren und so sehr wir die Kritik aus einigen Hochschulen auch verstehen konnten, sind sich in einem alle einig, und das ist, dass Wissenschaftsstaatssekretär Fischer für die Hochschulen ein erstklassiger Ansprechpartner ist, ein Ansprechpartner, den sie sich zu schwarz-gelben Regierungszeiten gewünscht hätten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Ja, in der Kommunikation können wir auch gegenüber den Hochschulen noch besser werden. Das gilt für die Koalition insgesamt. Allerdings sage ich auch, dass die Küstenkoalition unsere Hochschulen so sehr gestärkt hat wie vor uns keine Landesregierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Aus meiner Sicht - das ist eine fachpolitische Sicht, eine inhaltliche Sicht - kommt es genau darauf an. So viel zum Thema bundesweites Renommee.

Die CDU/FDP-Regierung wollte Studiengänge in Flensburg und in Lübeck streichen. Was passierte kurze Zeit danach mit den Universitäten? - Flensburg ist Europa-Universität geworden, Lübeck wird Stiftungs-Uni. Es ist unsere Koalition, die daran ge-

**(Rasmus Andresen)**

arbeitet und partnerschaftlich mit diesen beiden Hochschulen den Standort weiterentwickelt hat. Sie haben das Gegenteil probiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Der ehemalige Finanzminister der CDU, Herr Rainer Wiegard - wir haben ihn heute Morgen schon hören dürfen -, wollte sogar Studienplatzkontingente an Nachbarbundesländer verscherbeln. Das ist die hochschulpolitische Wahrheit, mit der Sie sich auseinandersetzen müssen. Wir hingegen bekennen uns zur Fortsetzung des Hochschulpakts. Das bedeutet konkret eine Finanzierungszusage von über 265 Millionen €. Auch da ein deutlicher Unterschied. Auch da geht es den Hochschulen mit der Küstenkoalition besser als mit Ihnen.

Während Sie sich sogar geweigert haben anzuerkennen, dass die Hochschulen unterfinanziert sind, haben wir die Hochschulen mit der Übernahme der Tarifsteigerungen bei den Grundhaushalten weiter entlastet. Wir werden im Rahmen unserer finanzpolitischen Möglichkeiten in dieser Wahlperiode sicherlich noch nachsteuern.

Mit über 70 Millionen € entlasten wir die Hochschulen durch Sanierungsprogramme. Auch das ist etwas, was Sie verschlafen haben und das durch diese Koalition endlich angepackt wurde. Während vor allem der ehemalige CDU-Wissenschaftsminister dadurch aufgefallen ist, dass er sich weigerte, mit Studierenden in den Dialog zu treten, sorgen wir für mehr Mitbestimmung aller Statusgruppen. Das haben wir schon in der Vergangenheit mit Anträgen unterfüttert. Wir werden das auch im nächsten Jahr tun, wenn es um das Hochschulgesetz geht. Es stehen noch große

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- guten Tag, Herr Dornquast! - Themen an: Hochschulgesetznovellierung, Hochschulpakt, studentische Infrastruktur. Das alles sind wichtige Themen. Wir Grüne - das sage ich ausdrücklich - können uns gut vorstellen, dass es neben der **Hochschulkonferenz**, die am Anfang der Legislaturperiode sehr erfolgreich war, eine weitere Hochschulkonferenz gibt. Das wäre ein guter Schritt. Ich bin mir sicher, dass Wissenschaftsministerin Alheit, die im Sozialbereich Ähnliches vorbildlich tut - auch im Vergleich zu Vorgängern -, dies auch im Wissenschaftsbereich sehr gut hinbekommen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Den Hochschulen geht es trotz aller Kommunikationsprobleme, die es durchaus gab, jetzt schon besser, als es ihnen zu schwarz-gelben Zeiten ging.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich bin mir sicher, dass wir noch so viel Gutes gemeinsam mit den Hochschulen tun werden, dass wir 2017 zu Recht behaupten können, dass die Hochschulen so stark geworden sind, wie sie noch nie vorher waren. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein Stück aus dem Tollhaus, was der Ministerpräsident seinen Regierungskollegen im Alleingang präsentiert.

(Zurufe SPD)

Es geht um die komplette **Umorganisation** des gesamten **Masterplans zu den Ministerien und deren Personal**. Entsprechend zerknirscht waren die Mitglieder der Koalition. Da wurde im Handstreich der Koalitionsvertrag ausgehebelt. Da wurden beste Freunde zu Ministern gemacht. Für eine neue Bildungsministerin wurde mal eben die gesamte Hochschulabteilung samt Staatssekretär ins Sozialministerium verschoben. Da gehen dem einen oder anderen Minister auch schon einmal Staatssekretäre verloren und werden in den Bund geschickt. Es wird so manches Forschungsinstitut in den Wirtschaftssektor weggedrückt. Außerdem wird der Bereich der Ausbildung aus dem Wirtschafts- ins Bildungsministerium integriert, weil die Kooperation mit der Wirtschaft hier besser aufgehoben sei als im bewährten Wirtschaftsministerium in den Händen des vielleicht besten Ministers.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Martin Habersaat [SPD]:** Herr Kollege, ich bin mit der Piratenprogrammatisierung an dieser Stelle nicht ganz vertraut. Lehnen Sie Ressortumbildungen grundsätzlich ab?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Natürlich lehne ich sie nicht grundsätzlich ab. Dennoch müssen Entscheidungen kommuniziert und nachvollziehbar getätigt werden. In diesem Fall sehe ich eine Entscheidung des Ministerpräsidenten, die sehr schnell und meiner Meinung nach auch sehr unüberlegt getroffen worden wurde. Selbst bei den Haushaltsberatungen haben wir keine Antworten auf Fragen bekommen. Das ist noch nicht zu Ende gedacht. Da heißt es am Ende: Wir werden Ende Oktober beziehungsweise Anfang November erfahren, was wir denn final an dieser Stelle alles machen.

(Beifall PIRATEN - Zuruf SPD: Dann kommt die Nachschiebeliste!)

- Wenn das an dieser Stelle so klar ist, warum haben Sie das nicht schon in der Finanzausschusssitzung erklären können? Natürlich gehört das UKSH nicht zu Frau Ernst. Das ist auch in Ordnung. Es gibt nun einmal diese persönliche Verquickung. Frau Ernst ist sicherlich eine gute **Bildungsministerin**. Das will ich nicht bestreiten. Die Frage ist aber doch, ob Frau Ernst an dieser Stelle die Richtige für Schleswig-Holstein ist.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Komischerweise bleiben die Jubelarien aus. Es herrscht eher überraschte Stille.

Da ging ein **Innenminister** durchaus überraschend. Der Ministerpräsident meint, durch schnelles Handeln den Nachfolger selbst bestimmen zu können, und ernennt den alten Weggefährten Stefan Studt und setzt damit einen Vorgang in Gang, den wir schon aus der Nachbesetzung des Amtes des Bildungsministers kennen. Herr Albig bestimmt Britta Ernst zur Bildungshoffnungsträgerin in Schleswig-Holstein und führt nachgeordnete Veränderungen durch, bei denen kein Auge trocken bleibt. Weil Frau Ernst nicht die Chefin des UKSH-Schwagers werden kann, wird das UKSH wegverlagert hin zur

Superministerin Alheit, und mit ihm gleich die ganze Wissenschaftsabteilung.

Wir führen - wie alle hier im Saal - in Zeiten der Haushaltsberatungen viele Gespräche mit den Leuten draußen. Wie wir aus den **Hochschulen** hören, treibt diese nicht die Sorge um, dass die Sozialministerin jetzt für sie zuständig ist. Die Erfahrung zeige - so die Erkenntnisse aus dem jüngsten Gespräch -, dass das Sozialministerium so behäbig und langsam sei, dass wenigstens neue Ideen die Hochschullandschaft nicht belasten werden. Das sei immerhin schon etwas.

(Heiterkeit Volker Dornquast [CDU])

Frau Alheit kann für diese Gedankenspiele nicht einmal etwas. Dass sie Superministerin sein soll, traf sie sicher eher unerwartet. Das Prinzip, nach dem hier gehandelt wird, mutet an wie ein Kinderspiel, nach dem alle Minister und Staatssekretäre auf Kommando loslaufen, und wer bei drei nicht auf den Bäumen ist, hat auf jeden Fall Veränderungen zu erwarten.

Während die Wissenschaft ins Sozialministerium geht, geht das Helmholtz-Zentrum in das Wirtschaftsministerium. Das gibt dafür die berufliche Ausbildung an das rudimentäre Bildungsministerium ab. Frau Ernst soll ja auch noch etwas zu tun haben.

Gleichzeitig verliert das Finanzministerium seinen Staatssekretär, weil dieser den Job des Jugendfreundes des Ministerpräsidenten übernimmt, weil dieser nun Nachfolger des Innenministers wird. Derweil wird einem Staatssekretär der Stuhl vor die Tür gesetzt und ein anderer mit Bundesangelegenheiten betraut.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Herr Habersaat, gerne doch.

**Martin Habersaat [SPD]:** Herr Kollege Schmidt, Sie scheinen verdeckt zu kritisieren, dass Freundschaften in der Politik stattfinden. Wie würden Sie denn dazu stehen, wenn zum Beispiel mehrere Mitglieder einer Familie etwa auf der Landesliste einer Partei stünden?

(Heiterkeit SPD)

(Torge Schmidt)

- Herr Habersaat, ich habe die Landesliste nicht gemacht, sondern das hat meine Partei entschieden.

(Zuruf SPD: Aha! Etwas ganz anderes!)

Wie gesagt, am Ende blickt da doch niemand mehr durch. Das ist doch am Ende verwirrender als aufklärender. Was Sie versuchen, transparent zu begründen, versteht kein Mensch da draußen.

Daher werden wir Sie bitten, noch einmal in den Finanzausschuss zu kommen und Ihre Pläne am besten grafisch darzustellen und farbig zu erläutern.

(Zuruf SPD)

- Von mir aus kann er auch gerne singen, wenn er das gut kann.

Im Ernst: Die Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass es hilfreich wäre, diese **Pläne** im Detail und vernünftig zu erläutern, weil die Haushaltsberatungen an dieser Stelle wirklich wenig aufschlussreich waren.

Eines muss man doch sagen: Eigentlich hat doch die bisherige **Aufteilung** gut funktioniert. Die berufliche Bildung und ihre Vertreter haben sogar Brandbriefe geschrieben, weil sie im Wirtschaftsministerium verortet bleiben wollen. Dass man das UKSH aus dem Wissenschaftsbereich herauslöst und in den Gesamtkontext der Krankenhausversorgung einbezieht, könne man sogar gut tun, hatte die Sozialministerin, die für die Krankenhäuser zuständig ist, ausgerechnet.

Das kann man natürlich ändern, wäre der Staatssekretär nicht ohne Zweifel ein guter Mann, der sowohl Kompetenz als auch Erfahrung im Wissenschaftsbereich hat, sodass böse Zungen sogar schon behaupten, dass Herr Fischer Schattenminister geworden sei.

Mir persönlich hätte es am besten gefallen, wenn die Wissenschaft - wie im Koalitionsvertrag vereinbart - im Bildungsministerium verortet geblieben wäre. Das konnte natürlich nicht geschehen, weil dieser **Regierungschef** das getan hat, was er immer macht. Er hat wieder einmal **Personalpolitik vor Sachpolitik** gestellt.

Frau Ernst mag eine gute Ministerin sein. Ich wünsche ihr für ihr Amt an dieser Stelle natürlich auch viel Glück. Wie ich schon sagte: Sie ist die falsche Personalie für Schleswig-Holstein gewesen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man die vorliegenden Oppositionsanträge liest, fragt man sich zwangsläufig, was sich inhaltlich und organisatorisch eigentlich verändert hat.

Betrachten wir zunächst einmal die **Verlagerung der Wissenschafts- und Hochschulpolitik in das Sozialministerium**. Bis auf einige Ausnahmen, die in das Wirtschaftsministerium verlagert werden und die drolligerweise nicht kritisiert werden, bleibt die Wissenschafts- und Hochschulabteilung so, wie sie ist. Der Staatssekretär bleibt der Gleiche und kann seine erfolgreiche und fachkundige Arbeit weitermachen. Auch sämtliche Fachabteilungen bleiben gleich. Es wird vorerst noch nicht einmal umgezogen. Weshalb auch? Die Abteilung war unter dem Bildungsministerium und auch schon unter dem Wirtschaftsministerium immer am selben Ort und räumlich getrennt vom „Mutterministerium“. Für die dort arbeitenden Menschen ändert sich erst einmal gar nichts.

Ändert sich dann wenigstens etwas an der politischen Ausrichtung? Das wäre ja in der Tat etwas, das man kritisieren könnte. Doch auch hier bleibt alles beim Alten. Das Einzige, was sich ändert, ist die formelle Eingliederung in das Sozialministerium. Hierfür gibt es gewichtige Gründe.

Mit unserem UKSH haben wir nicht nur den größten Arbeitgeber des Landes, sondern auch eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste medizinische Forschungseinrichtung. Das UKSH wird in den nächsten Jahren vor enormen Herausforderungen stehen. Deshalb macht es Sinn, den Forschungsbereich und die medizinische Versorgung gemeinsam zu denken. Deshalb macht es auch Sinn, den Wissenschaftsbereich als eigenständigen Bereich insgesamt in dem Sozial- oder besser Gesundheitsministerium zu verankern. So können **Synergieeffekte** für unser **Universitätsklinikum** gehoben werden, ohne dass die Qualität oder die Ausrichtung der Forschung und der Hochschullandschaft darunter leiden müssen.

Schon in der Vergangenheit war der Wissenschafts- und Hochschulbereich sowohl unter dem Wirtschaftsministerium als auch unter dem Bildungsministerium ein eigenständiger Bereich. Dieser Be-



(Lars Harms)

reich hat natürlich mit vielen anderen Bereichen Schnittmengen, zum Beispiel mit der schulischen Bildung, wenn man nur die Gymnasien betrachtet, aber auch mit der beruflichen Bildung, mit dem Natur- und Umweltschutz und den dazugehörigen Bildungsangeboten und natürlich mit der Medizintechnik.

Die **Wissenschaft** und die **Hochschulen** sind klassische **Querschnittsaufgaben**, die auch so gedacht werden müssen. Ähnliches gilt für viele andere Bereiche. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, dass unsere Hochschulabteilung aus dem Gesundheitsministerium heraus mit anderen Bereichen kooperiert, wie es schon in der Vergangenheit gemacht wurde, als man noch in anderen Ministerien beheimatet war.

Will man etwas anderes, dann muss man den Wissenschafts- und Hochschulbereich eigentlich völlig verselbstständigen. Dann brauchte man hierfür ein eigenes Ministerium. Allerdings brauchte man dieses auch für viele andere Bereiche, die in jeweils einem Ministerium zusammengefasst sind. Wir bräuchten dann schlicht mehr Ministerien, ähnlich wie in Dänemark, wo man derzeit 19 Ministerien hat. Ich glaube aber, dass wir uns alle darüber einig sind, dass dies illusorisch ist.

Wo wir gerade in Dänemark sind: Dort sind **berufliche Bildung und allgemeine Bildung** in einem Ministerium zusammengefasst, nämlich im Bildungsministerium. Hier hat man schon lange erkannt, dass die berufliche Bildung im Prinzip die Verlängerung der allgemeinen Bildung ist und dass bessere Übergänge geschaffen werden müssen. Natürlich kann man jetzt einwenden, dass man in Dänemark ein anderes berufliches Bildungssystem hat als in Deutschland, das im Übrigen kein schlechteres Bildungssystem ist, insbesondere was die berufliche Bildung angeht. Trotzdem kann man sagen, dass es dort nicht nur die Ausbildung an staatlichen Schulen gibt, sondern auch die klassische Lehre und weitere Weiterbildungsangebote. Dort hat man ministeriell alles unter einem Dach, und damit hat man gute Erfahrungen gemacht.

Wer keine Lust hat, nach Norden zu schauen - solche Menschen soll es ja geben -, der kann gern gen Süden sehen. In Hamburg hat man eine Jugendberufsagentur eingerichtet, die Jugendliche übergreifend berät. Das zuständige Ministerium in Hamburg heißt genauso wie bei uns und hat genau die gleichen Aufgaben. Auch dort hat man erkannt, dass der Übergang von der Schule in den Beruf ein Kernanliegen der Politik sein muss, und dieses Kernanliegen muss aus einer Hand angegangen

werden. Eigentlich ist es ein supergutes Zeichen, dass wir eine anerkannte **Bildungsexpertin aus Hamburg** gewinnen konnten und dass wir die Strukturen so einrichten konnten, wie dies in Hamburg üblich ist, sodass wir auf Augenhöhe grenzüberschreitend mit den Hamburgern zusammenarbeiten können. Das ist doch eigentlich das Ziel, das wir haben. Ich finde, das ist hervorragend gelöst.

(Vereinzelter Beifall SPD - Martin Habersaat [SPD]: Pausen machen, damit wir klatschen können!)

- Klatscht schon einmal eine Runde. Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir dieses Ziel der **norddeutschen Zusammenarbeit** nachher um 15 Uhr in unserer Verfassung festschreiben wollen. Darauf sollten wir uns vielleicht strukturell einstellen. Wir jedenfalls wollen das tun. Deshalb ist es richtig, dass die berufliche Bildung in das Schulministerium verlagert wird. Dadurch stärken wir die berufliche Bildung in den Betrieben, was man dort im Übrigen auch so sieht, aber eben auch an den Berufsschulen, die wir nie vergessen sollten. Ich bin mir ganz sicher: Bei den Hochschulen, bei der beruflichen Bildung und in Fragen der Wissenschaft werden unsere beiden Ministerinnen hervorragende Arbeit leisten. Dessen können sich alle hier im Hohen Hause sicher sein.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorschusslorbeeren für Frau Alheit sind unübersehbar. Sie alle haben mehrfach das Zitat vom Landesparteitag gehört. Ich will es nicht wiederholen. Ich fand den Zusatz: „Ich verspreche es, dass sie die beste Wissenschaftsministerin in Schleswig-Holstein wird, die dieses Land je gesehen hat“, bemerkenswert. Vielen Dank, darüber wird sich Frau Erdsiek-Rave sicherlich freuen.

Herr Albig, Sie sparen nicht mit lobenden Worten wie toll, toller, das Beste. Jetzt gibt es auch noch Versprechen dazu. Mal sehen, was als Nächstes kommt. Uns hätte es gereicht, wenn Frau Alheit zweieinhalb Jahre lang gute Gesundheitspolitik gemacht hätte. Darauf warten wir immer noch. För-

**(Katja Rathje-Hoffmann)**

derbescheide zu überreichen, reicht nicht aus. Wir brauchen mehr in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU und vereinzelt PIRATEN)

Dieser einzigartige **Ressortzuschnitt in Schleswig-Holstein** löst in den meisten Bundesländern ein großes Kopfschütteln aus, weil es einzigartig ist. Keiner hat dieses Experiment je gewagt. Ich glaube, das ist eine ziemlich gewagte Geschichte. Sie sagen, dass die Schnittmenge zwischen Wissenschaft und Sozialem groß sei. Das sehen wir für die meisten Bereiche nicht so. Vielleicht gilt dieses gerade einmal für den Bereich der frühkindlichen Bildung. Ansonsten gibt es nach unserer Ansicht keine weiteren Schnittmengen.

Wenn es ums Geld geht, wird es richtig spannend. Da gibt es das Gesundheitsministerium, das Verhandlungen zum UKSH führt, aber vielleicht eine andere Meinung als das Wissenschaftsministerium zum gleichen Thema hat.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Ja, gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Liebe Frau Kollegin Rathje-Hoffmann, Sie stehen hier zu einem Dreiminutenbeitrag am Mikrofon und sind die gleichstellungspolitische Sprecherin Ihrer Fraktion. Ich kann Sie gut leiden. Ich wollte Ihnen die Gelegenheit geben, das zu korrigieren, was Ihr neuer Fraktionsvorsitzender heute über seine gleichstellungspolitischen Vorstellungen mit Blick auf Britta Ernst gesagt hat. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sagen könnten, dass die Union nicht für diese rückwärtsgewandte gleichstellungspolitische Haltung steht, die Herr Günther hier zum Ausdruck gebracht hat. Das sollen Sie gern tun dürfen.

(Beifall SPD und SSW)

- Vielen Dank, Herr Stegner. Dass Sie mich gut leiden können, finde ich schön. Das haben Sie schon viele Male gezeigt.

(Heiterkeit)

Die Äußerungen von Herrn Günther legen wir beide unterschiedlich aus. Ich glaube, das sollten Sie

akzeptieren. Dass ich für Gleichstellung stehe, ist Ihnen klar. Ich glaube, das zeige ich in jeder meiner Reden. Interpretationen überlasse ich jedem selbst, auch Ihnen.

Frau Alheit, wir werden sehen, ob Sie wirklich die beste Wissenschaftsministerin werden. Wir hätten uns dieses Engagement und diese Lorbeeren auch für die letzten zweieinhalb Jahre gewünscht. Schauen wir einmal, wie die nächsten zweieinhalb Jahre werden. Dann werden wir ein Fazit ziehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat für die CDU-Fraktion jetzt Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Äußerungen des Kollegen Andresen haben mich dazu bewegt, noch einmal ans Rednerpult zu gehen.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Keine Sorge, Herr Andresen, noch haben wir keine Fraktionsvorstandswahlen. Das machen wir alles am 28. Oktober.

Herr Andresen, Sie haben kurz nach der Entscheidung des **Ministerpräsidenten** von Herzen gepostet, dass Sie es für eine **eigenmächtige Entscheidung** halten, Wissenschaft und Hochschule an das Sozialministerium anzudocken. Sie haben sehr deutlich gesagt, dass die Bereiche **Wissenschaft und Hochschule** in das Bildungsministerium gehören; ohne Wenn und Aber.

Herr Andresen, wissen Sie was! Sie haben völlig recht. Wenn man in diesem Land Bildungspolitik betreiben will, dann gehören alle bildungspolitischen Entscheidungen in das Bildungsministerium. Im Übrigen gehören für uns auch die Kindertagesstätten in diesen Bereich, die schon zu Beginn der Legislaturperiode ausgelagert worden sind. Herr Andresen, jetzt stellen Sie sich hier hin und argumentieren, dass dies alles prima sei. Ich will Ihnen sagen: Nach der Argumentation, die Sie hier vorgebracht haben, nämlich dass es gut sei, dass der Medizinbereich in der Zuständigkeit des Sozialministeriums liege, frage ich mich: Wie sieht das für die Bereiche der Wirtschaftswissenschaften, der Stu-

(Heike Franzen)

diengänge Maschinenbau und Jura sowie der Agrarbetriebe aus? Nach Ihrer Argumentation hätte man das Wissenschaftsministerium locker bei Herrn Habeck ansiedeln können.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine -bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

**Heike Franzen [CDU]:**

Ich gestatte gern eine Zwischenfrage.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Vielleicht ist dies für das Protokoll wichtig: Ich traue Herrn Habeck ziemlich viel zu, auch die Leitung des Wissenschaftsressorts. Ich glaube aber, dass Frau Alheit das genauso gut kann.

Ich habe eine Frage: Schon beim Kollegen Vogt ist mir aufgefallen, dass Sie sich nicht so sicher sind, wo das Wissenschaftsressort am besten hingehört; in den Bereich des Bildungsministeriums oder in den des Wirtschaftsministeriums. Soviel ich weiß, lag die Zuständigkeit zu Ihren Regierungszeiten zum größten Teil im Bereich des Wirtschaftsministeriums. Der Kollege Habersaat hat einige oder alle Minister aufgezählt, die von Ihrer Seite aus für diesen Bereich zuständig waren. Ich möchte Sie fragen: Für welchen Antrag werden Sie gleich stimmen? Für den, der sich für eine Einordnung in das Wirtschaftsministerium ausspricht, oder für den, der besagt, dieser Bereich soll zurück in das Schulressort?

- Ich werde mich selbstverständlich so entscheiden, wie sich unsere Fraktion an der Stelle entschieden hat, weil es eine gute Entscheidung ist, Herr Andresen.

- Mögen Sie die noch einmal erläutern?

- Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass ich mich hier über Ihr Verhalten geäußert habe, das ich ausgesprochen schwierig finde. Die Grünen hätten in der Tat durchsetzen müssen, dass es hier zu einem Ressort kommt, das mehr Schnittpunkte hat als nur in der Frage der Medizin. Das wäre unter anderem auch die Frage des Wirtschaftsministeriums. Das hat deutlich mehr Schnittpunkte im Bereich Forschung, im Bereich Wissenschaft und im Bereich der beruflichen Ausbildung. Wenn man auf-

grund verwandtschaftlicher Verhältnisse einer Ministerin Ressorts neu zuschneiden muss, muss man gucken, wo die größten Schnittpunkte sind, und die sind nun einmal nicht beim Sozialministerium.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Thema **berufliche Bildung** sagen. Die berufliche Bildung in Schleswig-Holstein und in Deutschland ist von einer Dualität zwischen Beruf und Schule geprägt. Die berufliche Bildung in unserem Land ist ein Erfolgsmodell. Das heißt, wir brauchen eine enge Verzahnung zwischen den Schulen und den Betrieben und innerhalb der Landesregierung zwischen den Ressorts Bildung und Wirtschaft.

(Beifall CDU)

Es ist nicht gut, das unter einem Dach zusammenzufassen, weil es hier unter anderem auch im Bereich der Wirtschaft darum geht zu bestimmen, welche Ausbildungsberufe zukünftig genehmigt werden sollen. Da brauchen wir einen engen Kontakt zu den Wirtschaftsvertretern im Land. Deswegen ist es gut, dass wir diese Dualität in der Landesregierung hatten.

Frau Ernst, trotzdem wünsche ich Ihnen in Ihrem neuen Job viel Glück und ein glückliches Händchen. Eine gemeinsame Bildungspolitik werden wir wahrscheinlich nicht hinkriegen; dafür sind die Ausgangslage zu schwierig und die Standpunkte zu unterschiedlich. Ich wünsche Ihnen trotzdem ein glückliches Händchen in Ihrem Amt. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat für die SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Jürgen Weber das Wort.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Oppositionsführer hat drei-, viermal auf Stellungnahmen von mir hingewiesen und mich zitiert. Deswegen macht es Sinn, darauf zu antworten und hier kurz das Wort zu nehmen, Herr Oppositionsführer. - Er hört gerade nicht zu. Das ist nicht so schlimm, es ist ja für alle gemeint, was ich zu sagen habe.

Sie haben zitiert, dass ich die **Entscheidung** für **sachlich nicht begründet** halte. Das Zitat ist richtig, und der Auffassung bin ich nach wie vor. Ich

(Jürgen Weber)

möchte allerdings ein paar Dinge sagen, damit man das richtig einordnet. Wenn man über viele Jahre Hochschulpolitik gemacht hat, hat man einen Blick dafür, dass die Frage der Zuordnung zu Ministerien nicht die Kernfrage der Qualität von Hochschulpolitik ist. Das muss man hier unterstreichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass nun ausgerechnet der Hochschul- und Wissenschaftsbereich in den letzten 20, 25 Jahren einem gewissen Voluntarismus ausgesetzt war, finde ich schon schwierig. Das ist aber nicht nur eine Kritik im Hinblick auf die aktuelle Situation, sondern das war auch schon früher zu beobachten.

Wenn man aber an dieser Nahtstelle ist, muss man auch ein paar Dinge positiv formulieren, was ich in drei Punkten unterstreichen möchte. Erstens. Alles, was ich bisher dazu gesagt habe und heute dazu sage, heißt nicht, dass ich Ministerin Alheit nicht vertraue, diesen **Job** zu machen. Ich traue ihr zu, diesen Job zu machen, wie ich auch allen anderen **Kabinettsmitgliedern** zugetraut hätte, diesen Job zu machen.

Zweitens. **Staatssekretär Fischer**, der leider gerade nicht da ist,

(Martin Habersaat [SPD]: Im Dialog!)

bearbeitet den Hochschulbereich intensiv und fachlich qualifiziert und hat mit einer Abteilung nicht so viele Bereiche zu bearbeiten, dass er nicht in einem intensiven Maße, vielleicht mehr als manch anderer Staatssekretär, ein Politikfeld bearbeiten kann, das für uns von hoher Bedeutung ist. Jetzt wird ihm die Arbeit auch noch dadurch erleichtert, dass er sich nicht mehr um GEOMAR kümmern muss.

Drittens. Ich bin optimistisch, dass die Aufgaben, die zu erledigen sind, auch in der neuen Konstruktion erledigt werden können, auch wenn von meiner Seite aus andere Dinge sachlich vielleicht wünschenswerter gewesen wären.

Nichtsdestotrotz muss so viel Flexibilität der Arbeit einer Regierung möglich sein, und wir werden die Regierung an ihren Taten und nicht an ihren Zuschnitten messen. Das werde ich auch zukünftig tun, das werden wir alle tun. Dann werden wir uns gemeinsam auf die nächste hochschulpolitische Debatte freuen, die durch eine programmatische Rede der neuen Ministerin eingeleitet wird - wann immer es passieren wird. Ich freue mich schon darauf. Lassen Sie uns dann in der Sache streiten. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament sehe ich nicht. - Dann hat jetzt für die Landesregierung Ministerpräsident Torsten Albig das Wort.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Ernennung von Britta Ernst zur neuen Bildungsministerin hat sich bei der **Zuordnung der Wissenschaftsabteilung**, die bisher im Bildungsministerium verortet war, zwingender Handlungsbedarf ergeben. Aus den bekannten Gründen, die heute mehrfach genannt worden sind, konnte die Aufsicht über das UKSH nicht bei ihr liegen. Das wäre mit unseren Vorstellungen von Corporate Governance unvereinbar gewesen. Wir mussten also die Entscheidung treffen, wo die Wissenschaftsabteilung künftig verortet sein wird.

Herr Abgeordneter Habersaat hat es zutreffend beschrieben: Die dafür sprechenden Gründe hätten in der Tat noch deutlich intensiver dargelegt werden können, und dieser Prozess hätte deutlich mehr Raum einnehmen können, auch in meiner Kommunikation. Dies ist gelernt.

(Unruhe)

Aber es gibt gute Gründe, an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt die **Wissenschaftsabteilung an das Sozialministerium** zu geben und Frau Alheit zur Wissenschaftsministerin zu machen. Der tragende und schlagende Grund - auch das ist heute schon häufig gesagt worden -: Eines unserer größten Wissenschaftsprojekte in dieser Legislaturperiode und möglicherweise darüber hinaus ist die **Neustrukturierung des UKSH**. Das UKSH als Krankenhaus in eine synergetische Verbindung mit den Fachfrauen und Fachmännern im Gesundheitsministerium zu bringen und dort dafür Sorge zu tragen, dass dieser Prozess doppelt gut begleitet werden kann, war für diese Entscheidung am Ende der ausschlaggebende Punkt. Das wollen wir nutzen, und diese Synergien wollen wir heben.

(Tobias Koch [CDU]: Dann hätten Sie das schon früher machen können!)

Über die Alternative, aus der Abteilung, die nicht so groß ist, all das herauszuschneiden, was UKSH ist, haben wir natürlich nachgedacht; sie war keine vernünftige Alternative.



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Richtig ist, es gibt kein Referat, das sich ausschließlich mit dem UKSH beschäftigt, das stimmt. Aber fast überall tun sich Berührungspunkte mit dem UKSH auf: Medizinische Fakultät, Krankenversorgung oder medizinische Forschung sind untrennbar miteinander verbunden. Eine strikte Trennung zwischen UKSH und der sonstigen Wissenschaftsabteilung wäre unmöglich gewesen oder hätte sehr viel Know-how der Menschen, die dort arbeiten, ungenutzt gelassen für die Zukunft. Das wollten wir nicht.

Ein Auseinanderreißen machte keinen Sinn, also stellte sich schnell die Antwort: Wir müssen und wir sollten die gesamte Wissenschaftsabteilung in das Haus geben, bei dem sich - zumindest in den nächsten Jahren - die größte Schnittmenge zum Großprojekt UKSH ergibt, und das ist das Gesundheitsministerium. Das UKSH betreibt nicht nur Forschung, sondern es ist auch Krankenhaus, und die Synergien waren das ausschlaggebende Argument.

Allerdings - das ist in der Diskussion immer wieder gekommen - ist für sich genommen die Frage, wo genau eine Abteilung ressortiert, für die Art und Weise, wie eine Abteilung arbeitet, eher nachrangig zu beurteilen. Es ist ein groteskes Missverständnis zu glauben, dass das Laufzeichen, das wir einem Fachbereich geben, entscheidend dafür wäre, wie dort die Arbeit erledigt wird. Es ist ein groteskes Missverständnis zu glauben, dass Schnittstellen dadurch behoben würden, dass man in einem Gebäude wohnt, oder ich automatisch Schnittstellen hätte, wenn ich vier Straßen zwischen den Menschen habe. **Schnittstellen** entstehen, wenn Menschen nicht begreifen, dass sie zusammenarbeiten und Dinge ganzheitlich sehen müssen. Es ist Aufgabe von politischer Führung, dafür Sorge zu tragen, dass das nicht entsteht - völlig egal, wo man sitzt.

Bisher - auch das ist von Herrn Harms gesagt worden - sitzt die Wissenschaftsabteilung dort vorn. Sie war in der Vergangenheit räumlich weder an das Wirtschaftsministerium noch an das Bildungsministerium angekoppelt, sondern es ging immer darum, dass die Menschen verstanden haben, dass man im Bereich Bildung ganzheitlich denkt, dass man im Bereich Gesundheit ganzheitlich denkt. Wenn man das über eine Regierung zieht, sind sämtliche Ressorts in jeglicher Art und Weise aufzustellen. Es gibt nur zwei Bereiche, die nicht zusammenkommen können, das sind Innen und Justiz. Ansonsten kann jeder Bereich einer Regierung in jedem Ressort verortet werden.

Ich gebe gern zu: Für mich ist da sehr entscheidend, welche Menschen ein Haus leiten und wie das zu

denen passt. Das ist sehr wichtig für die Frage: Wie schneidest du ein Haus zu, und wie machst du das Portfolio? Das hat natürlich etwas mit den Menschen zu tun. Zu glauben, es gäbe eine innere Logik aus dem Namen eines Hauses, nur so könnte die Arbeit gemacht werden, wäre absurd.

Man kann das übrigens leicht erkennen, wenn man Ihr Bild umdreht und sagt: Wichtig wäre es gewesen, das Laufzeichen zu belassen. Die Menschen, die dort sind, sind gar nicht so entscheidend, ich lasse die Menschen einfach einmal rotieren, ich nehme alle **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** im Sinne von Personalrotation der Landesregierung, die durchaus wichtig ist, und versetze die morgen in die Verkehrsabteilung. Die behalten aber ihr Bildungsministeriumslaufzeichen, nur sind es dann alle Verkehrsministeriumsmitarbeiter. In Ihrer Welt wäre alles okay, in meiner Welt wäre das ziemlich töricht, weil ich das **Know-how** dieser Menschen in dem Moment verliere. Auch wenn ich sie vielleicht individuell fördere, wäre das für die Wissenschaftspolitik ein großer Schlag gewesen. Für mich war ganz wichtig, sie mit einem Staatssekretär zusammenzuhalten und damit keinen Know-how-Verlust zuzulassen.

Deswegen haben wir uns so entschieden. Ich sehe, dass das etwas Neues ist und dass ein Sozialministerium mit Wissenschaftsbereich in der öffentlichen Debatte erklärt werden muss. Aber wieso Sie glauben, dass das per se etwas anderes produziere, als wenn das im Wirtschaftsministerium angesiedelt sei, erklärt sich einem - ehrlich gesagt - nicht unmittelbar. Es ist nur einfach neuer.

Die Frage ist: Machen wir es gut? Da bitte ich darauf zu achten, was die Ministerin in den nächsten Jahren vorlegen wird. Ob sie am Ende ihrer Regierungszeit - wann immer es sein mag - die Beste gewesen ist, wovon ich in der Tat ausgehe - das erwarte ich von jeder meiner Ministerinnen und jedem meiner Minister, sonst wären sie nicht das, was sie sind -, werden wir dann sehen, und dann werden wir uns daran messen lassen.

(Unruhe)

Ich glaube, Kristin Alheit wird eine exzellente und hoffentlich die beste Wissenschaftsministerin sein. Sie ist hochkompetent, und sie wird sich mit großer Tatkraft für diesen Bereich einsetzen. Sie wird das dadurch zeigen, dass sie mit den **Hochschulen** in den kommenden Jahren in einen intensiven **Dialog** eintritt. Wir werden schauen, welche Konsequenzen die wachsenden Studierendenzahlen haben. Wir werden mit den Hochschulen diskutieren, wie wir

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

unsere Exzellenzinitiativen fortsetzen. Wir werden das immer in engem Austausch mit den Hochschulen machen. Kristin Alheit wird die Interessen der Wissenschaft hervorragend vertreten, und sie wird genau die Wissenschaftspolitik machen, die wir miteinander in der Koalition verabredet haben.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, es stimmt, dass wir in einem Bereich eine Ausnahme davon machen. Wir haben gestern im Kabinett entschieden, die Zuständigkeit für das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung sowie das Helmholtz-Institut für Ozeanforschung GEOMAR beim Wirtschaftsministerium anzusiedeln. Dieses ist bereits für maritime Politik und die Landesinitiative „Zukunft Meer“ verantwortlich. Der maritime Koordinator Professor Herzig ist auch im Wirtschaftsministerium angesiedelt. Wir wollen und werden **maritime Wirtschaft und maritime Forschung** stärker zusammendenken, und wir glauben, dass das das Profil der Meeresforschung schärft. Wir erhoffen uns mehr Ausgründungen und Startups im Umfeld von Hochschulen, und wir glauben, dass die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft noch stärker herausgearbeitet werden kann, indem wir diesen Bereich dort verankern.

Zum Abschluss noch ein paar Sätze zur Kritik am Wechsel des Bereichs **berufliche Ausbildung** in die Zuständigkeit des Bildungsministeriums. Uns war wichtig, eines unserer wesentlichen Ziele, den Übergang von der Schule in den Beruf, zu verbessern. Wir wollen so erfolgreich werden, wie es unsere Nachbarn in Hamburg schon sind. Wir schauen in vielen unserer Debatten auf Hamburg.

Das hat auch etwas mit der Person der Ministerin zu tun. Sie steht wie kaum eine andere in Deutschland für das Zusammendenken dieser Bildungsbe- reiche. Wir sehen, wie erfolgreich der Zuschnitt in Hamburg ist. Auch vor diesem persönlichen Hintergrund habe ich mich dafür entschieden, es so zu organisieren. Ich kann nur alle aufrufen, auch die Wirtschaft: Suchen Sie den Kontakt mit den Kollegen und Kammern in Hamburg! Sie werden hören, wie zufrieden man dort mit der Aufgabenbündelung ist. Britta Ernst wird belegen, wie sehr es uns darum geht, berufliche Bildung und schulische Bildung zusammenzubringen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, die **Aufgabenverteilung einer Landesregierung** - ich habe es gesagt - folgt immer vielen Regeln, vielen Opportunitäten,

die wir berücksichtigen müssen und werden. Wir machen das nicht aus Jux und Tollerei. Hier war der Anlass ein Corporate Governance Code, den wir ernst nehmen. Sie werden heute bei anderer Gelegenheit noch darüber reden. Es war wohlüberlegt, es war gut begründet. Wir schaffen damit weiter optimale Voraussetzungen für Wissenschafts- und Berufsschulpolitik in unserem Land. Wir sind damit gut aufgestellt.

Wir freuen uns auf die anstehenden **Hochschulkonferenzen**, die die Ministerin betreibt. Ich habe das mit großer Freude vernommen, weil es ein seit vielen Jahren bestehendes Petikum aus dem Wissenschaftsbereich aufnimmt, das wir als Regierung positiv begleiten, dass wir auf die Frage, ob wir da einen eigenen **Hauptpersonalrat** brauchten, eine schnelle und gute Antwort geben werden. Das ist vernünftig. Das gab es bisher nicht. Für diesen Bereich einen eigenen Hauptpersonalrat zu schaffen, werden wir in den nächsten Monaten hinbekommen. Dann werden wir in diesem Bereich gut aufgestellt sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese Zeit steht nun allen Fraktionen zur Verfügung. Wird davon Gebrauch gemacht? - Das sehe ich nicht.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Es liegen zwei Anträge vor. Beide Anträge sollen in der Sache abgestimmt werden. Ich lasse zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/2294 (neu), abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die anderen Fraktionen und Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den CDU-Antrag, Drucksache 18/2302. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen?

(Zurufe)

- Ich lasse noch einmal abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind drei PIRATEN, CDU und FDP. Wer ist gegen den Antrag? - Das sind ein PIRAT, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Vielen Dank. Damit sind beide Anträge abgelehnt.

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

Der jetzt vorgesehene Punkt 11 der Tagesordnung, Gesetzentwurf der PIRATEN zur Einführung einer Karenzzeit für Ministerinnen und Minister, soll am Donnerstag um 10:35 Uhr als gesetzter Tagesordnungspunkt aufgerufen werden.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause. Wir sehen uns um 15 Uhr zur Verfassungsdebatte wieder.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:38 bis 15:01 Uhr)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Wir werden jetzt die Tagung fortsetzen.

Bevor wir in den vorgesehenen Tagesordnungspunkt zur Verfassung einsteigen, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne den Generalkonsul des Königreichs Dänemark, Herrn Professor Dr. Henrik Becker-Christensen zu begrüßen,

(Beifall)

weiterhin den Bischof im Sprengel Schleswig und Holstein, Gothart Magaard,

(Beifall)

sowie die Leiterin des Katholischen Büros in Schleswig-Holstein, Frau Beate Bäumer.

(Beifall)

Seien Sie uns alle ganz herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

Mit Ihnen verfolgen die Debatte auf der Tribüne Anwärtinnen und Anwärt der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung aus Eutin. - Auch Ihnen ein herzliches Willkommen im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2115

**b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2116

Änderungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Dudda, Daniel Günther, Bernd Heinemann, Dr. Andreas Tietze und Jette Waldinger-Thiering  
Drucksache 18/2268 (neu)

**c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags und des Volkes**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/196

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/2327

**d) Erste und Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Abgeordneten Daniel Günther, Dr. Andreas Tietze, Bernd Heinemann, Jette Waldinger-Thiering und Wolfgang Dudda  
Drucksache 18/2361

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2365

Ich erteile der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Simone Lange, das Wort.

(Zuruf: Sie ist nicht da! - Wolfgang Baasch [SPD]: Dann können wir das nicht beraten!)

- Ich nehme an, dass Frau Lange die Stellvertreterin der Kollegin Ostmeier ist, die heute als erkrankt gemeldet ist.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesmal ist ein Verweis auf die Vorlage nicht möglich, da es eine Erklärung zu den entsprechenden Verfassungsänderungsanträgen geben muss. Mir ist allerdings auch nicht bekannt, wo Frau Lange jetzt ist. Vielleicht wird diese Erklärung gerade entspre-

**(Dr. Kai Dolgner)**

chend vorbereitet. Das ist auch im Ausschuss so besprochen worden.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Es tut mir leid, wir müssen zunächst die Berichterstattung aus dem Ausschuss hören, bevor wir mit der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt und den angemeldeten Redebeiträgen fortfahren können. Deswegen wäre es schön, wenn Sie Frau Lange erreichen könnten.

**Simone Lange [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat durch Plenarbeschluss vom 9. Juli 2014 die beiden mit den Drucksachen 18/2115 und 18/2116 vorgelegten Gesetzentwürfe zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein dem Innen- und Rechtsausschuss zur Beratung überwiesen. Beide Gesetzentwürfe sind Ausfluss der Beratung des Sonderausschusses „Verfassungsreform“, der seine Beratung nach einjähriger Beratungszeit im Juli 2014 mit der Vorlage eines Abschlussberichts beendet hatte.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit den beiden Vorlagen in mehreren Sitzungen befasst und eine schriftliche Anhörung der kommunalen Landesverbände durchgeführt.

Im Rahmen der Beratung wurde vom Ausschuss vor dem Hintergrund einer missverständlichen Formulierung in der Begründung zu beiden Gesetzentwürfen klargestellt, dass entsprechend der Empfehlung des Sonderausschusses Verfassungsreform die Herstellung der Öffentlichkeit in Sitzungen des Petitionsausschusses auch bei einer Individualpetition im Ausnahmefall zulässig sein soll.

Er schloss seine Beratung in seiner Sitzung am 8. Oktober 2014 ab.

Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag, die beiden Gesetzentwürfe, Drucksachen 18/2115 und 18/2116, mit der nachfolgenden Änderung im Plenum nacheinander zur Abstimmung zu stellen. In Artikel 1 in den Drucksachen 18/2115 und 18/2116 werden die Nummern 28 und 29 ersetzt. Hierbei beziehe ich mich auf den Text in der Drucksache 18/2327, den Bericht und der Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses.

Es bestand Einvernehmen der Ausschussmitglieder darin, dass der Ausschuss darüber hinaus zu den beiden Gesetzentwürfen gegenüber dem Landtag keine Empfehlung abgibt.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich auch mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 15. November 2012 überwiesenen Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur Stärkung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags und des Volkes, Drucksache 18/196, in mehreren Sitzungen befasst und den zwischenzeitlich eingesetzten Sonderausschuss „Verfassungsreform“ gebeten, diesen in seinen Beratungen mit einzubeziehen. Nach Abschluss der Beratung des Sonderausschusses setzte der Innen- und Rechtsausschuss seine Beratungen zu dieser Vorlage fort und schloss diese in seiner Sitzung am 1. Oktober 2014 ab.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der PIRATEN, den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur Stärkung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags und des Volkes, Drucksache 18/196, abzulehnen. - Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist der Fall. Herr Abgeordneter Dornquast meldet sich zur Geschäftsordnung.

**Volker Dornquast [CDU]:**

In dem Bericht steht richtigerweise, dass der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt, im Landtag die beiden Gesetzentwürfe Drucksache 18/2115 und Drucksache 18/2116 nacheinander zur Abstimmung zu stellen. Wir waren uns jedoch einig, dass die Drucksache 18/2116 vor der Drucksache 18/2115 abgestimmt wird. Das könnte man hier aus dem Bericht vielleicht falsch verstehen. Wenn man die Reihenfolge aus dem Bericht nimmt, dann wäre es sicherlich falsch. Wir hatten gesagt, wir stimmen erst über den Antrag der CDU ab, und wenn der abgelehnt wird, dann über den gemeinsamen Antrag.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, die Fraktionen haben sich in der Beratung des Ältestenrats genau auf diese Verfahrensweise verständigt, die Sie gerade angesprochen haben. - Ich danke Ihnen für den Hinweis.

Weitere Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Dann eröffne ich die Aussprache. Wir haben im Ältestenrat vereinbart, dass der Landtagspräsident Klaus Schlie nach dieser Berichterstattung außerhalb der Redezeit der Fraktionen als Vorsitzender des Sonderausschusses „Verfassungsreform“ das



**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Wort erhält, und ich erteile ihm dieses nun. - Bitte schön, Herr Schlie.

**Klaus Schlie, Landtagspräsident:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Die Demokratie versteht sich als ein offenes und stets verbesserungsbereites und vor allem verbesserungsfähiges politisches System. Zwar bilden unverhandelbare Grundrechte das stärkste Fundament dieser Ordnung, aber in einem demokratischen Land darf es keinen verfassungspolitischen Stillstand geben.

Deshalb haben wir uns in den vergangenen Monaten der Aufgabe gestellt, unsere Landesverfassung zu überprüfen, neue Impulse aufzunehmen und uns über grundsätzliche Elemente - hier sei die Präambel genannt - zu verständigen. Eine Verfassung ist die entscheidende Grundlage des politischen Handelns. Sie ist Ausdruck des politischen Grundwillens einer Gemeinschaft und ihrer Werte und Normen. Deshalb sind Verfassungsänderungen vorsichtig und sparsam vorzunehmen.

Hat sich aber die Wirklichkeit verändert, sich vielleicht sogar von der Verfassungsnorm weg- oder weiterentwickelt, verliert die Verfassung ihren prägenden Charakter und bleibt nur noch Symbol. Es ist deshalb auch die Aufgabe des Schleswig-Holsteinischen Landtags, der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen. Wir stellen uns daher dieser wichtigen Aufgabe, die **Verfassung weiterzuentwickeln** und schaffen gemeinsam eine bürgernahe und moderne Landesverfassung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich aus den wichtigen Änderungen unserer Landesverfassung einige Punkte kurz herausgreifen, die mir in dem eben geschilderten Zusammenhang besonders wichtig sind. Dabei ist zu betonen, dass um diese Punkte in der Verfassung zwischen uns im **Sonderausschuss** und darüber hinaus oft hart gerungen wurde. Das ist gut so, denn das ist Ausdruck dafür, welchen Stellenwert die Verfassung für uns alle hat.

Trotzdem - das ist gut für unser Parlament - ist es gelungen, dass wir in großer Einmütigkeit zu Kompromissen gekommen sind, um diese Verfassungsänderung insgesamt auf den Weg zu bringen, weil es Ausdruck einer guten demokratischen Kultur ist, und weil es notwendig ist, den Bürgerinnen und Bürgern diesen Eindruck nachhaltig und glaubhaft zu vermitteln.

Eine Verfassung muss die **Lebenswirklichkeit** der Menschen berücksichtigen, denen sie dient. Diese Wirklichkeit ist in den letzten Jahrzehnten in noch unabsehbarem Maße von der **digitalen Entwicklung** geprägt worden. Wir leben in einer digital vernetzten Welt mit digital vernetzten Gesellschaften und all den Auswirkungen, die das bis ins tägliche Leben hinein hat. Diese Entwicklung ist nicht allein eine Herausforderung, der eine Verfassung nicht nur mit Impulsen für die Weiterentwicklung des Rechts in der digitalen Gesellschaft begegnen muss. Die moderne digitale Welt eröffnet vor allem neue Chancen für eine Weiterentwicklung der politischen Teilhabe, und sie kann entscheidend dazu beitragen, den für unsere Demokratie so wichtigen Gemeinsinn zu stärken. Deshalb kann und darf eine Verfassung zu dieser Entwicklung nicht schweigen.

In unserer Verwaltung spielen die neuen technologischen Möglichkeiten eine immer größere Rolle, und das zum Wohle der Gesellschaft. Erstmals greift eine Landesverfassung diese Entwicklung auf und benennt sie als Teil der Lebenswirklichkeit der Menschen. Wir haben es im Übrigen bei dieser Entwicklung mit einem Prozess zu tun, der erst in seinen Anfängen steckt. Wir sind also gut beraten gewesen, hier die Verfassung mit Blick auf die Zukunft um diesen Aspekt zu bereichern.

Es ist seit jeher eine wichtige Stärke der Demokratie, neue Impulse und auch technologischen Fortschritt zum Wohle der Menschen und vor allem im Sinne der eigenen unverhandelbaren Werte und Grundsätze aufzunehmen und vor allem auch anzunehmen.

Es ist nicht nur gute Tradition in Schleswig-Holstein, sondern es spiegelt auch die Lebenswirklichkeit unseres Landes wider, dass wir wichtige weitere, weitergehende Regelungen und Impulse im Bereich der in Schleswig-Holstein beheimateten **Minderheiten** und unserer **Sprachenvielfalt** ebenfalls in unsere Verfassung neu aufgenommen oder sie weiterentwickelt haben.

Ich glaube, es ist Ausdruck der Lebenswirklichkeit unseres Landes, der Menschen, der kulturellen, der sprachlichen Vielfalt in unserem Land, dass es uns hier auch gelungen ist, zu wirklich weitgehenden Entscheidungen und sicherlich auch zu Kompromissen zu kommen, die an der einen oder anderen Stelle für den einen oder anderen schwierig waren. Aber es ist ein wichtiges Zeichen für die Vielfalt, die in unserem Land herrscht, und für die Toleranz und Aufgeschlossenheit, die wir haben.

**(Landtagspräsident Klaus Schlie)**

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein zweiter Punkt ist mitunter heftig unter uns diskutiert worden: Die Frage danach, ob die Landesverfassung in ihrer **Präambel** einen **Bezug auf Gott** beinhalten sollte oder nicht. Ich selbst habe mich immer für den Bezug auf eine zweifache - ich betone: zweifache - Verantwortung ausgesprochen und halte es deshalb für wichtig, sich für die Verantwortung vor Gott und zur Verantwortung vor den Menschen an prominenter Stelle der Verfassung zu bekennen.

Das Bekenntnis zur **Verantwortung vor Gott** - nicht lediglich: zu Gott - **und zu den Menschen** gesteht ein, dass weder Staaten noch Menschen aus sich heraus vollkommen sind, sondern ihrer immer sich erneuernden Rechtfertigung bedürfen. Dieses Bekenntnis ist vielen Menschen im Land identitätsstiftend, nicht allen, aber sehr vielen.

Viele von uns haben auch und gerade heute eine lebendige Beziehung zu Gott, aus der sie ihre Verantwortung schöpfen. Wir bringen sie im stillen Gebet und im fröhlichen Feiern, in Freud und Leid ganz unterschiedlich zum Ausdruck. Wir gehen in die Kirche, in die Moschee, in die Synagoge und finden dort einen Raum, mit anderen gemeinsam Glauben zu leben und weiterzuentwickeln.

Wenn wir nun erstmals eine Präambel einführen und in ihr erstrebenswerte und wichtige Grundwerte niederlegen, die wir nicht in Rechtssätze fassen können, aber dieses **Bedürfnis so vieler Bürgerinnen und Bürger** ignorieren, ja verschweigen, welches Signal senden wir dann aus? - Ein Signal, dass die Beziehung vieler zu Gott scharf von den übrigen in die Verfassung eingeführten Werten zu trennen sei, jedenfalls aber nicht dazugehöre? Das ist ein sehr bedenkliches Signal, wie ich finde.

Lassen Sie mich ein wenig konkreter werden. Die Verfassung wird dann ein starkes und integrierendes Element für die Gesellschaft, wenn sie ihren gesamten **Wertpluralismus** abbildet und nicht gezielt einen Teil der Gesellschaft, noch dazu einen sehr großen Teil, ausspart.

Das Bekenntnis zu der Verantwortung vor Gott und den Menschen hat durch den Wandel unserer Gesellschaft eine ganz neue Bedeutung erlangt. Menschen unterschiedlicher Herkunft leben in unserem Land. Sie bringen unterschiedliche Sprachen und Lebensweisen ein. Aber für viele von ihnen ist die gelebte Verantwortung vor Gott ein **gemeinsames Band**, das sie mit dem Großteil der in unserem Land lebenden Menschen teilen. Das ist mir per-

sönlich beim Tag der offenen Moschee gerade noch einmal sehr deutlich geworden.

Aus welchem Selbstverständnis sollen wir ein Signal aussenden, dieses gemeinsame, integrierende Band gebe es nicht in unserem Land? Umgekehrt ist doch die Verantwortung vor Gott ein multikulturelles, vielfältiges Bekenntnis, das so unterschiedlich gelebt werden kann. Ein Glück, dass dieses Land so reich ist! Bekennen wir uns doch in unserer Verfassung zu diesem Reichtum!

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wo ist das Recht auf Arbeit in der Verfassung?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist, meine ich, deutlich geworden, um welche ganz wichtigen grundsätzlichen Fragen unter uns gerungen wurde. Auch über das Recht auf Arbeit, die Frage, ob Wirtschaft in die Verfassung aufgenommen werden soll, haben wir uns inhaltlich sehr tiefgreifend unterhalten, aber leider keinen Konsens herstellen können.

Das Ergebnis unseres Konsenses ist, dass unsere Landesverfassung immer zwei Ansprüchen genügen muss, dem Anspruch, **allgemeingültige** und nicht an zeitliche Entwicklungen gebundene **Werte und Normen** zu verankern, und dem Anspruch, **gesellschaftlichen Veränderungen** gegenüber offen zu sein und angemessen darauf zu reagieren. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass sich unsere Landesverfassung diesen beiden Ansprüchen in der Phase, in der wir uns jetzt befinden, erfolgreich gestellt hat.

Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, allen zu danken, die zum Gelingen dieser Aufgabe beigetragen haben, insbesondere noch einmal den Abgeordneten, die Mitglied im Sonderausschuss „Verfassungsreform“ waren, aber auch allen darüber hinaus, die daran mitgewirkt haben.

Eine Verfassung zu überprüfen und Änderungen daran vorzunehmen, ist nicht alltäglich für ein Parlament. Umso wichtiger war es deshalb, bei aller Diskussion in der Sache eben das eine nicht aus den Augen zu verlieren, nämlich die Tatsache, dass eine Verfassung vor allem auch von Einigkeit in fundamentalen Fragen unseres Lebens geprägt sein muss. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Bevor wir in der Debatte fortfahren, frage ich die Antragssteller des ursprünglichen Änderungsantrags in der Drucksache 18/2268 (neu), ob sich dieser durch die Einreichung des Gesetzent-

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

wurfs in der Drucksache 18/2361 erledigt hat. - Ich müsste jetzt eine Antwort von den Kolleginnen und Kollegen bekommen, die den Antrag eingereicht haben. Herr Kollege Tietze!

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das ist also der Fall. Danke schön. - Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Daniel Günther von der CDU-Fraktion.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU-Rede haben wir gerade schon gehört!)

**Daniel Günther** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Tag ist für Schleswig-Holstein ein besonderer Tag. Wir erneuern heute das Fundament unseres Landes, seine Verfassung. So etwas kommt nicht häufig vor. Ich denke, dass eine solche Verfassungsreform mit so vielen Änderungen eher eine Ausnahme bleiben sollte. Ich denke, darüber sind wir uns in diesem Hohen Haus einig.

Lange haben wir miteinander um Inhalte gerungen. Mehr als ein Jahr haben wir darüber diskutiert, wie die neue Verfassung aussehen soll. Jede Fraktion hat ihre Vorstellungen in den Sonderausschuss hineingetragen. Nicht alles findet sich heute in dem Verfassungstext wieder. Aber auch eine Verfassung lebt davon, dass man am Ende **Kompromisse** schließen muss, um eine Zweidrittelmehrheit für eine Verfassung möglich zu machen. Sie muss breit getragen werden. Ich denke, wir haben einen guten Kompromiss gefunden, einen Kompromiss, der ein solides Fundament für Schleswig-Holstein sein wird.

Ich werbe an dieser Stelle ausdrücklich dafür, Gott nicht außen vor zu lassen. Ich finde, bei aller emotionalen Aufregung, die dieses Thema mit sich bringt, muss es schon möglich sein, bei einer so persönlichen Frage zu sagen, hier herrscht kein Fraktionszwang, sondern hier darf jeder seine Meinung haben. Wenn ich mir manche Gesichter und die Aufregung ansehe, wenn dies jemand tut, würde ich mir wünschen, dass wir alle gegenseitig mehr Respekt aufbringen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN, SSW und vereinzelt SPD)

Ich respektiere übrigens auch, dass es Menschen gibt, die den **Gottesbezug** nicht möchten.

Wir haben unseren CDU-Antrag eingereicht, weil wir nicht nur eine Verantwortung vor den Menschen tragen. Es geht darum, an die **Grenzen menschlichen Handelns** zu erinnern. Der Mensch darf sich selber nicht genug sein. Ich finde, man darf auch hinzufügen, dass es mir persönlich als Christ wichtig ist, dass eine Verfassung einen Gottesbezug beinhaltet.

Diktaturen haben in unserer deutschen Geschichte Macht auf schreckliche Weise missbraucht. Die Aufnahme des Wortes „Gott“ in die Verfassung erinnert an die Begrenztheit und die Fehlbarkeit menschlichen Handelns. Sie soll eine Mahnung daran sein, dass über allem eine **höhere Instanz** steht, der gegenüber wir mit unserem Handeln eine besondere Verantwortung tragen. Dafür findet in Schleswig-Holstein die deutliche Mehrheit die Bezeichnung „Gott“ am treffendsten.

Die Reaktionen verschiedener **Religionsgemeinschaften** in den letzten Tagen haben uns ausdrücklich darin bestätigt. Sie haben gesagt, sie respektierten, dass damit von der Begrifflichkeit her ja der christliche Gott in einem Land mit christlichen Traditionen gemeint sei, aber auch sie als Muslime und Juden könnten sich hinter diesem Begriff versammeln, und sie fänden es richtig, dass in einem Land wie Schleswig-Holstein dieser Begriff für diese übergeordnete Instanz genutzt werde. Die Bezeichnung „Gott“ soll vielmehr an die Verantwortung erinnern, die alle miteinander, ob gläubig oder auch nicht, gegenüber einer höheren Instanz haben.

Aus unserer Sicht als CDU-Fraktion ist die Formulierung des Grundgesetzes die beste. Sie ist am kürzesten, am prägnantesten und, wie ich finde, auch am treffendsten. Deswegen würden wir uns wünschen, dass der CDU-Antrag heute eine Zweidrittelmehrheit findet.

(Beifall CDU)

- Da klatschen noch nicht ganz zwei Drittel. - Aber weil wir in der Verfassungsdiskussion eine Reihe von Bedenken gegen genau diese Formulierung haben, habe ich mich bewusst auch persönlich als Abgeordneter mit Kolleginnen und Kollegen anderer Fraktionen zusammengesetzt, um zu schauen, welche Formulierung wir finden können, die vielleicht von einer breiteren Mehrheit hier im Plenum getragen wird, und die denjenigen, denen die Formulierung „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“ es wieder schwierig macht, es leichter macht, dieser Form zuzustimmen. Ich finde, wir ha-

(Daniel Günther)

ben dort eine wirklich gute Formulierung gefunden, die auch meine Fraktion in voller Überzeugung mittragen würde.

(Beifall CDU)

Ich weiß, wie schwierig es bei diesem Thema ist, die richtigen Worte und Argumente zu finden. Aber für mich persönlich ist diese Formulierung immer auch ein Zeichen von Demut, die wir an dieser Stelle zeigen würden. Ich würde mir wünschen, dass wir nach der heutigen Abstimmung die vier Buchstaben fest in unserer Verfassung verankert haben.

(Beifall CDU und Dr. Andreas Tietze  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch wenn die Abstimmung über die Verfassung noch aussteht, möchte ich einen großen Dank aussprechen. Die Diskussion um den Gottesbezug insgesamt habe ich als bereichernd empfunden. Ich fand es beeindruckend, welche Debatten auch außerhalb dieses Parlaments dazu stattgefunden haben, wie sich die Kirchen, wie sich Verbände eingebracht und zu Wort gemeldet haben. Ich sage aber auch ausdrücklich, ich fand alle Debattenbeiträge spannend, nicht nur diejenigen, die unsere Meinung für den Gottesbezug bestätigt haben, sondern ich fand auch, dass viele Debattenbeiträge, in denen es anders gesehen wurde, durchaus respektvoll gewesen sind. Was wir in den letzten Monaten in der Verfassungsfrage erlebt haben, war und ist gelebte Demokratie. Und ich kann nur sagen: Solche öffentlichen Diskussionen brauchen wir.

Ein herzliches Dankeschön gilt an dieser Stelle natürlich auch allen Abgeordneten, die innerhalb und außerhalb des Sonderausschusses an dem neuen Verfassungstext mitgewirkt und ihn mit gestaltet haben. - Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Der **Verfassungsentwurf** enthält eine Reihe von **Neuerungen**:

Die Aufnahme der **Inklusion** in die Landesverfassung setzt ein wichtiges Signal. Die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung und ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ist ein Auftrag nicht nur für das Land, sondern für die gesamte Gesellschaft.

Im digitalen Zeitalter ist es auch nur konsequent, die Verfassung um **digitale Teilhabe** der Bürgerinnen und Bürger zu erweitern und ihnen das Recht zu geben, den Austausch mit Behörden und Gerichten elektronisch zu führen.

Gleichzeitig muss die Privatsphäre im Zeitalter der digitalen Medien geschützt werden. Darum ist es richtig, mit Artikel 15 die **digitale Privatsphäre** unter den besonderen Schutz der Landesverfassung zu stellen.

Auch die **Öffnung des Petitionsausschusses** findet unsere Unterstützung. Solange keine persönlichen und schützenswerten Interessen dem entgegenstehen, darf der Petitionsausschuss seine Sitzung künftig öffentlich abhalten. Auch das sorgt für mehr Transparenz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
PIRATEN)

Ich darf darauf verweisen, dass die Online-Petition gegen den Gottesbezug 415 Unterstützer fand. Mehr waren es an dieser Stelle auch nicht.

Ich begrüße auch die Verpflichtung, die **Verwaltung** bürgernah, effizient und wirtschaftlich zu gestalten. Das wird Teil des neuen Verfassungswerkes sein. Eine schlanke Verwaltung, das ist seit Langem eine Kernforderung der CDU.

Das Bekenntnis zur **Zusammenarbeit** der norddeutschen Länder sowie zur grenzüberschreitenden Partnerschaft der Regionen ist für Schleswig-Holstein ein Punkt, der uns besonders wichtig war.

Die neue Verfassung stärkt auch die **Rechte** dieses **Hohen Hauses**. Die Landesregierung ist zukünftig verpflichtet, bei Streitigkeiten zwischen Bund und Land, die legislative Rechte berühren, die Interessen des Landes auch juristisch zu vertreten und Klage beim Bundesverfassungsgericht einzureichen.

Auch Artikel 62 ist ein Fortschritt für unsere Legislative. Nicht mehr allein die Landesregierung kann künftig Nachtragshaushalte einbringen. Wenn die Verfassung in Kraft tritt, kann auch aus dem Landtag heraus ein Nachtragshaushalt vorgelegt werden.

Auch wenn wir als CDU das Verfassungswerk begrüßen, bleiben doch einige Bauchschmerzen. Um es mit aller Deutlichkeit zu sagen: Ein Absenken der **Quoren bei Volksentscheiden** halten wir nach wie vor für einen falschen Schritt.

(Beifall CDU)

Wenn künftig nur noch der Wille von 15 % aller Wahlberechtigten ausreichen soll, um ein Gesetz zu ändern, wird das zu enormen Legitimationsproblemen führen. Wenn etwas mehr als 300.000 Menschen künftig verbindliche Entscheidungen für alle Schleswig-Holsteiner treffen dürfen, entspricht dies



(Daniel Günther)

wohl kaum dem Legitimationsgrundsatz unserer Demokratie.

(Beifall CDU)

Dennoch kann sich das Verfassungswerk sehen lassen. Ich sage es sehr deutlich: Wir werden heute allen Gesetzentwürfen unsere Zustimmung geben. Wir werden uns bei dem Antrag der FDP, der jetzt noch nachträglich eingereicht wurde, enthalten. Wir wünschen natürlich in erster Linie die Zustimmung zum CDU-Antrag, wünschen uns dann aber, dass es vielleicht einen Kompromissvorschlag gibt, der **Gott in der Verfassung** ermöglicht. Ich sage aber sehr deutlich auch: Wir als CDU stimmen einer Verfassung, auch wenn unseren Wünschen in diesem Punkt nicht entsprochen wird, zu, weil wir bewusst wollen, dass wir als stärkste Fraktion hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag mit unseren Stimmen dafür sorgen, dass die Verfassung eine Mehrheit bekommt. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN, SSW und vereinzelt SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf für eine genauso starke Fraktion wie die CDU sprechen.

(Daniel Günther [CDU]: Wir sind beide die stärksten!)

Heute Vormittag haben wir gezeigt, was vermeintlich typisch ist für Schleswig-Holstein. Dabei ging es um Rücktritte, vermeintliche Skandale und um Zoff in der Politik. Heute Nachmittag zeigen wir nun, was tatsächlich typisch für Schleswig-Holstein ist: Weltoffenheit, Toleranz und ein selbstbewusstes Parlament, das dazu in der Lage ist, sich partei- und fraktionsübergreifend auf große Ziele zu verpflichten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine **Verfassung** ist das **zentrale Rechtsdokument eines Staates** oder auch eines Bundeslandes. Eine Verfassung gibt man sich nicht alle Tage, man ändert sie auch nicht leichtfertig. Allerdings schrieb schon Lord Babington Macaulay im 19. Jahrhundert:

„Die große Ursache der Revolutionen ist die, dass, während die Völker fortschreiten, die Verfassungen stille stehen.“

Eine Revolution ist in Schleswig-Holstein nicht zu fürchten. Das wünscht sich ja nicht einmal der kampfeslustige neue Oppositionsführer, wenn er auch heute Morgen ein- oder zweimal über das Ziel hinausgeschossen ist. Aber uns eint die Erkenntnis, dass so eine Verfassung von Zeit zu Zeit wachsen sollte - nicht im Umfang, aber in ihrem Geiste, wie sich auch die **Gesellschaft Schleswig-Holsteins** im Laufe der Jahrzehnte weiterentwickelt hat und weiterentwickelt. Diese Entwicklung zeigte sich immer auch an den Änderungen in der Verfassung, beispielsweise 2012 mit der Aufnahme der Sinti und Roma als anerkannte und zu schützende Minderheit. Da war zuvor durchaus ein Reifeprozess auch für dieses Haus erforderlich.

Erstmals stellen wir unserer Verfassung künftig eine **Präambel** voran. Carlo Schmid sagte 1948 vor dem Parlamentarischen Rat über die Präambel des im Entstehen begriffenen Grundgesetzes:

„Die Präambel wird gewissermaßen die Tonart des Stückes angeben, und sie wird darum alle konstitutiven Merkmale kennzeichnen und in sich enthalten müssen.“

Sie sei ein wesentliches Element, quasi eine Wegweisung. Nun schreiben wir also einen neuen Wegweiser in unsere Verfassung.

In dieser Präambel heißt es: Wir wollen Demokratie, Freiheit, Toleranz und Solidarität auf Dauer sichern und weiter stärken. Weiterhin sind wir laut Präambel bestrebt, „durch nachhaltiges Handeln die Interessen gegenwärtiger wie künftiger Generationen zu schützen“. Wir wollen kulturelle und sprachliche Vielfalt bewahren, die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder ebenso vertiefen wie die grenzüberschreitende Partnerschaft der Regionen an Nord- und Ostsee.

Es sind große Ziele, die da auf dem Wegweiser stehen. Allein anhand dieser Ziele ließe sich ein Landtagswahlprogramm für 2017 bis 2022 und darüber hinaus locker entwerfen.

Es lohnt sich vielleicht, gelegentlich innezuhalten und uns auch bei den teils robusten Debatten, die wir hier im Landtag erleben, zu vergegenwärtigen, dass diese Ziele - und ich gehe davon aus, dass wir heute mit sehr großer Mehrheit eine neue Verfassung verabschieden werden - unsere gemeinsamen **Ziele** sind.

(Martin Habersaat)

Die SPD will Toleranz, Solidarität und Nachhaltigkeit - die CDU auch.

(Zurufe)

In den Wegen zu diesen Zielen werden wir uns weiterhin unterscheiden, möglicherweise auch in der einen oder anderen definitorischen Feinheit.

(Zurufe)

- Ich entschuldige mich bei allen Parteien, die ich eben nicht genannt habe. Das kam wegen des Bezugs auf die beiden stärksten Fraktionen in diesem Haus.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Oder die tollsten!)

Für mich gehört es beispielsweise selbstverständlich zu **Freiheit, Toleranz und Solidarität**, dass homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen - für andere möglicherweise nicht.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Für mich gehört zur Vertiefung der norddeutschen Zusammenarbeit ein gemeinsamer Ausschuss mit den Hamburger Kollegen - für andere nicht. Und für mich gehört zur Erreichung dieser Ziele die Stärkung der freien Wohlfahrtspflege - diese Stärkung fanden andere nicht immer wichtig.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Schade!)

Im neuen Artikel 7 wird die **Inklusion** als Ziel in die Landesverfassung aufgenommen.

„Das Land setzt sich für die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung und ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ein.“

Hier wird deutlich: Wir sind auf dem Weg. Unsere Debatten über das Inklusionskonzept für unsere Schulen finden hier eine Einordnung. Mit den Arbeiten an diesem Konzept wollen wir einem Ziel näher kommen, das wir uns in der Verfassung gemeinsam geben. Möglicherweise streben wir das Ziel auch in diesem Fall auf unterschiedlichen Wegen an, aber die Richtung muss bei einem gemeinsamen Ziel die gleiche sein.

Natürlich ist Inklusion Ziel und Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Dennoch sei mir ein spezieller Blick auf unsere Schulen gestattet. Ich stelle mir vor, dass wir Schulen bekommen, die offen für alle jungen Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit sind, offen für Kinder mit oder ohne körperliche und oder geistige Behinderungen und sonderpädagogischen Förderbedarf, und dass die Schulen in der La-

ge sind, alle diese Kinder anzunehmen und zu fördern. Das ist ein noch fernes Ziel, aber hoffentlich ein gemeinsames Ziel.

Meine Damen und Herren, das **Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit** ist frei. Das ist ein bewährter Satz aus unserer Verfassung. Das ist allerdings etwas, was man im Süden des echten Nordens manchmal erklären muss. Zur dänischen Minderheit gehört, wer sich ihr zugehörig fühlt. So einfach ist das. Die kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung unserer Minderheiten stehen unter dem Schutz des Landes - selbstverständlich, möchte man hinzufügen. Wie schreibt die „Flensburg Avis“ heute?

„Minderheiten-Mobbing war gestern. Heute ist die CDU minderheitenpolitisch auf Veröhnungskurs.“

Unsere Minderheiten stehen nicht nur unter unserem Schutz. Sie dürfen sogar mitregieren, auch wenn das manchem erst vom Landesverfassungsgericht bestätigt werden musste.

In dieser Hinsicht ist Schleswig-Holstein so modern und aufgeklärt, wie man es sich wünschen kann. Einen ähnlichen Umgang mit nationalen Minderheiten wünschte man sich dieser Tage an vielen Orten auf der Welt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für uns ist dieser Umgang mit den Minderheiten Alltag. Auch das ist typisch Schleswig-Holstein.

Dazu gehört für mich auch, dass wir die Dänischen Schulen, die gewissermaßen die öffentlichen Schulen unserer unter Schutz stehenden dänischen nationalen Minderheit sind, so behandeln wie die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das erklärt auch, warum wir den kurzfristig eingereichten FDP-Antrag ablehnen werden.

Es gibt in Schleswig-Holstein allerdings nicht nur nationale Minderheiten, deren Sprache des Schutzes und der Förderung bedarf. Deshalb ist es gut, dass auch das Niederdeutsche, die echte Sprache des echten Nordens, entsprechende Erwähnung in der Verfassung findet.

Schleswig-Holstein liegt in der Mitte Europas und ist ein wichtiger Teil der Nord- und der Ostseeregion, also der zentralen Wachstumsregionen der Zukunft. Es war Björn Engholm, der als Ministerpräsi-

(Martin Habersaat)

dent dieses Landes so viel für die guten **Beziehungen** zu unseren **Nachbarn** getan hat. Es steht uns gut an, uns in unserer Verfassung zum Ziel vertiefter Partnerschaft in einem vereinten Europa zu kennen.

Die Verfassung steckt voller wichtiger Ziele und nachahmenswerter Ideen. Dennoch drehte sich ein großer Teil der öffentlichen Debatte nicht darum, sondern um die mögliche Aufnahme eines **Gottesbezuges** in der **Präambel**. Auch der Vorsitzende des Sonderausschusses hat den Schwerpunkt seiner Rede dieser Frage gewidmet. Bisher gibt es einen solchen Gottesbezug nicht. Bisher gibt es allerdings auch keine Präambel. Zu dieser Problematik nur wenige Sätze, weil das Thema sicherlich im weiteren Verlauf genug Raum einnehmen wird.

Zur Abstimmung stehen drei Entwürfe. Dem Kollegen Günther von der CDU gratuliere ich zu dem Kunststück, quasi alle drei gleichzeitig und damit eine ganz eigene Form der Trinität zu vertreten.

(Vereinzelt Beifall und Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer sich vor Gott bekennt, bekennt sich meiner Meinung nach auch zu Gott. Der Privatmann Habersaat könnte das, der Abgeordnete Habersaat kann das nicht.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Alle Abgeordneten werden hierüber heute individuell zu entscheiden haben.

Udo Di Fabio, Bundesverfassungsrichter a. D., sagte hier kürzlich, die Verfassung sei Teil unseres Wertesystems, aber sie sei nicht die Vollständigkeit des Wertesystems. Das bedeutet für mich, dass jeder und jede Einzelne sein beziehungsweise ihr politisches Handeln auch an höheren, vielleicht göttlichen Maßstäben ausrichten kann. Der Gottesbezug wäre dann in ihm, er müsste nicht in der Verfassung stehen.

Unsere Kirchen und Religionsgemeinschaften haben gezeigt, dass sie am Diskurs interessiert sind. Dafür bedanke ich mich. Im Diskurs werden wir bleiben, ob Gott nun Eingang in die Präambel findet oder nicht.

Meine Damen und Herren, im Diskurs müssen wir auch bleiben; denn nur gemeinsam mit allen, mit Stadt und Land, mit Alt und Jung, mit Opposition und Koalition, werden wir es schaffen, die großen Ziele, die in unserer Verfassung formuliert sind, zu erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verfassungen geben Gesellschaften einen Rahmen. **Verfassungen** beschreiben, wie sich eine **Gesellschaft** definiert. Verfassungen zeigen die Richtung auf, in die sich eine Gesellschaft entwickeln will. Vor allem aber sind Verfassungen von Dauer. Sie wirken langfristig.

Deshalb ist es gut, dass wir intensive und fraktionsübergreifende Beratungen geführt haben. Deshalb haben wir Einigkeit gesucht und klug abgewogene Entscheidungen. All das sehe ich im Wesentlichen bei dem nun vorliegenden Entwurf.

Ich danke erneut allen ausdrücklich für die intensive Arbeit, die im Ausschuss geleistet wurde.

Ich gebe zu, in unseren Reihen gab es auch kritische Stimmen zu dieser Reform: Lohnt sich die Arbeit? Finden wir Kompromisse? Schaffen wir wirklich etwas für die großen Zukunftsthemen?

Tatsächlich ist es so, dass, wenn man eine **Zweidrittelmehrheit** schon im Ausschuss erreichen will, jede Seite jede Menge **Kompromisse** machen muss. Ich danke allen, die dazu bereit waren, diese Kompromisse einzugehen und hinzuzuführen zu drei Entwürfen, die aber im Kern, wenn man den Gottesbezug außen vor lässt, ein geeinter Kanon sind.

Ich will sagen: Es ist gut, was wir erreicht haben. Mehr geht sicher immer. Doch wir müssen uns auch klarmachen, die letzte Neugestaltung der Verfassung 1990 folgte einer dramatischen politischen Krise. Dass damals mehr ging als heute, das liegt in der Natur der Sache. Die Schlussfolgerungen, die aus der damaligen Krise gezogen worden sind, waren offensichtlich nicht die falschen; denn mit der heutigen Reform vertiefen wir die Strukturen, die damals erarbeitet worden sind.

Es ist eine große Herausforderung, eine Verfassung auf der einen Seite so zu gestalten, dass sie Struktur und Richtung vorgibt, dass man sich an ihr orientieren kann, und auf der anderen Seite zu gewährleisten, dass sie anpassungsfähig und offen bleibt für

**(Eka von Kalben)**

langfristige Entwicklungen. Unserer Verfassung gelingt beides.

Es gelingt uns, **scheinbare Gegensätze zu verbinden**. Wir stärken den Parlamentarismus und schaffen es gleichzeitig, dem Wunsch nach besseren Beteiligungsmöglichkeiten Raum zu verleihen. Wir gestalten die Regierungstätigkeit transparenter und stellen uns ehrlich dem Problem des Schutzes der Privatsphäre. Wir gehen auf die Anforderungen einer modernen Gesellschaft ein, ohne dass wir Bestehendes als überkommen verachten.

Die **Öffnung des Petitionsausschusses** zum Beispiel ist ein Spagat zwischen Transparenz und dem Wunsch nach Privatsphäre. Die meisten Petitionen erhalten wir heute per E-Mail oder online. Viele Petitionen haben den Charakter einer Volksinitiative. Sie beziehen sich häufig auf Themen, die von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sind. Im Einvernehmen mit dem Petenten können wir nun den Petitionsausschuss öffentlich tagen lassen. Das ist ein Gewinn.

Das macht deutlich: Mehr Transparenz muss im Einklang mit den Menschen erreicht werden; denn Transparenz und Datenschutz sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Möglichkeiten des Internets zwingen uns einen Spagat auf. Die Menschen erwarten zu Recht einen immer größeren Einblick in unsere Arbeit, in unsere Diskussionen und die Institutionen. Onlineangebote können auch eine Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels sein, insbesondere im ländlichen Raum. Das soll das Leben der Menschen zukünftig vereinfachen. Aber dieser Weg muss achtsam beschritten werden; denn nicht alle in dieser Gesellschaft sind Digital Natives, also Internetexperten. Nicht jeder und jede möchte die eigenen Daten versenden oder gar irgendwo gespeichert wissen.

Manchmal braucht es auch Menschen, die einen beraten. Wir dürfen die Bevölkerung nicht mit einer übermäßigen Digitalisierung überfordern, müssen ihr aber die Chancen aufzeigen, die diese bieten. Deshalb werden wir neben dem **Schutz der Daten** den **barrierefreien Zugang** im Blick haben, und zwar auch unter dem Aspekt der Inklusion, denn auch diesem Anliegen begegnen wir in der Verfassung. Früher stand bei Behindertenrechten eher der Schutzcharakter im Vordergrund; Schutz vor Ausgrenzung, Schutz vor Diskriminierung. Das ist wichtig, das war gut. Auf dieser Basis wurden viele wichtige Erfolge erreicht.

Der Landtag führt nun aber die **Inklusion** als Staatsziel ein. Das ist qualitativ noch einmal etwas ganz anderes. Der Gesetzgeber ist heute und in der Zukunft verpflichtet, seine Politik an dem Gebot der Inklusion zu orientieren. Das betrifft uns alle in allen Politikfeldern; nicht nur in der Frage der Bildung und der Eingliederungshilfe, sondern auch zum Beispiel im Bereich der Mobilität. Ich hoffe und wünsche, dass wir dadurch, dass wir dieses Ziel jetzt gemeinsam verabschieden, bei aller politischen Nuanciertheit und Unterschiedlichkeit der Haltung in dieser Frage für Menschen mit Behinderung einen Schritt weiterkommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Lassen Sie mich noch einige Worte zum **Gottesbezug** sagen. In der vergangenen Sitzung hatten wir dazu bereits eine sehr anregende Debatte. Vor 30 Jahren wäre die Debatte sicher eine andere gewesen. Ich vermute, ein Gottesbezug wäre wie selbstverständlich aufgenommen worden. Heute wird dem vielleicht nicht so sein. Das kann man erklären und analysieren, gut finden oder ablehnen. Meiner Meinung nach verdient die Entscheidung, die der Schleswig-Holsteinische Landtag heute fällt, aber kein Werturteil. Die Entscheidung, wie sie heute in freier Abstimmung getroffen wird, ist weder gut noch schlecht. Sie teilt uns nicht in Gläubige und Ungläubige, in moralisch Bessere oder Schlechtere, in Menschen mit mehr oder weniger Demut vor der Begrenztheit der Vernunft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie ist unserer Zeit und dem gesellschaftlichen Empfinden angemessen. Ich selbst spreche mich als gläubige Christin und kirchenpolitische Sprecherin meiner Fraktion gegen den Gottesbezug aus; nicht gegen die Kirchen. Ich bin gespannt auf das Ergebnis.

Mit der heutigen Entscheidung des Landtags setzen wir einen langen Weg fort. Wir setzen als Land unsere Schwerpunkte dort, wo die größten Herausforderungen sind; bei der Demokratie, bei der Inklusion, bei der digitalen Gesellschaft und beim Ausbau des Minderheitenschutzes. Das mag langwierig, schwer und kompromissbeladen sein, aber es ist auch langlebig, lohnenswert und zielorientiert.

Noch ein Gedanke: Die beste Verfassung bringt nichts, wenn sie nicht von einem demokratischen Geist getragen und mit Leben gefüllt wird. Die Verfassungsrealität muss nämlich nicht immer mit dem zusammenfallen, was auf dem Papier steht. In wel-



**(Eka von Kalben)**

cher Verfassung wir und unser Land uns befinden, misst sich an Taten. Wie es um die Demokratie bestellt ist, steht nicht nur auf dem Papier, außer manchmal vielleicht in der Zeitung. Dies misst sich an einer lebendigen Demokratie und an Menschen, die sich in diesem Land wohlfühlen und sich hier beheimatet fühlen. Die Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen, die auch wir sind, können die Verfassung nun weiter mit Leben füllen. Ich danke Ihnen für die tollen gemeinsamen Beratungen und hoffe, dass wir alle gemeinsam diese Verfassung positiv mit Leben füllen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verfassung ist das Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das gilt für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das gilt für die Landesverfassung des Landes Schleswig-Holstein. Als Demokrat, aber auch als Parlamentarier war es für mich nicht nur eine Freude, mit den Kolleginnen und Kollegen an der **Verfassungsreform** mitarbeiten zu dürfen, sondern es war mir auch eine Ehre. Die Stimmung, die von den Vorrednerinnen und Vorrednern skizziert wurde, war genau so: In der Sache oft hart, aber in den allermeisten Fällen stets von **Kompromissen** getragen. Wie könnte es auch anders sein, wenn etwas, das eine Zweidrittelmehrheit braucht, Zustimmung finden soll.

Zu Beginn möchte ich trotzdem mit dem einen oder anderen Mythos aufräumen, wobei mir einer in den vergangenen Tagen vermehrt begegnet ist. Ich will sehr deutlich sagen: Es gibt und es gab nie einen Beschluss der FDP-Landtagsfraktion, dass wir gegen den **Gottesbezug** stimmen. Das werden Sie an unserem Abstimmungsverhalten auch sehen. Alle sechs FDP-Abgeordneten sind komplett frei und stimmen ab nach ihrem Gewissen und in ihrem Auftrag, die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zu repräsentieren. Die Behauptung, es habe dazu einen Fraktionsbeschluss gegeben,

(Serpil Midyatli [SPD]: Sonst bist du doch auch nicht so zurückhaltend!)

ist schlicht falsch.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Daniel Günther [CDU])

- An diejenigen, die hier noch Redebedarf haben: Das können wir gern nach der Debatte klären.

Ich habe mich in den letzten Tagen darüber gewundert, dass etwas, worüber Sie sich in Ihren Fraktionen so intensiv auseinandergesetzt haben, auf eine einzige Frage zugespitzt wurde, nämlich auf die Frage, wie die **Präambel** zu dieser Verfassung aussehen soll. Ich komme gleich darauf zu sprechen. Ich möchte sehr deutlich machen, dass diese Verfassungsreform mehr ist als die Fragen: Bekommen wir eine Verfassung mit Präambel, bekommen wir eine Präambel mit oder ohne Gottesbezug, wie sieht der Gottesbezug konkret aus, wie ist er formuliert?

Wir haben die Verankerung der **Nachhaltigkeit** in der **Präambel** mit großer Einigkeit vereinbart.

Wir haben die **Absenkung der Zustimmungsqouren für Volksbegehren und Volksentscheide** in nicht ganz so großer Einigkeit, jedoch in ausreichender Einigkeit miteinander verabredet. Kollege Günther, anders als Sie bin ich der Auffassung, dass wir den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern durchaus etwas zutrauen können. Die Absenkung des Quorums bedeutet nicht, dass nur 80.000 daran teilnehmen dürfen. Es ist vielmehr eine Einladung an all diejenigen, sich in Zukunft an solchen Fragen politisch zu beteiligen, die dies bislang möglicherweise nicht getan haben, weil sie das Quorum als zu hoch erachtet haben.

(Vereinzelt Beifall FDP und PIRATEN)

Ich habe keinen Hehl daraus gemacht, dass sich die FDP-Fraktion ganz besonders über die Aufnahme des Staatsziels der **Inklusion** gefreut hat. Dies ist aus meiner Sicht ein Meilenstein, den die Kollegin von Kalben gerade beschrieben hat. Dies geht weg von dem reinen Fürsorgegedanken hin zu einer gesellschaftlichen Normalität, Menschen mit und ohne Behinderung in ihrer Mitte so anzunehmen, wie sie nun einmal sind: unterschiedlich.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Selbstverständlich ist nach 24 Jahren die Aufnahme eines Staatsziels zum **Schutz der digitalen Privatsphäre** in sehr großer Einigkeit miteinander verabredet worden.

Die Frage, auf die es offensichtlich nach der ersten Debatte und auch jetzt wieder im Hinblick auf die zweite Fassung der Landesverfassung zuzulaufen scheint, ist die Frage des Gottesbezuges. Dazu will

(Dr. Heiner Garg)

ich für die FDP-Fraktion, aber auch für mich persönlich ganz deutlich sagen: Ich habe allerhöchsten Respekt vor denjenigen, die sehr engagiert für einen **Gottesbezug** in der Landesverfassung eintreten. Ich habe genauso viel Respekt vor denjenigen, die sich eine Verfassung ohne Gottesbezug wünschen.

(Vereinzelter Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auf den Vortrag von Di Fabio ist hier schon einmal hingewiesen worden. Ich fand ihn nicht nur unterhaltsam, ich fand ihn brillant und mitreißend, auch wenn ich in der Schlussfolgerung eine komplett andere Auffassung vertrete als Professor Di Fabio, die ich auch nachher in meinem Abstimmungsverhalten zum Ausdruck bringen werde. Eine Frage habe ich mir gestellt, und ich habe sie auf der Veranstaltung, auf der wir vor vielen Kirchenvertretern diskutieren konnten, auch den Kollegen gestellt. Der Atheist wird sich im Zweifel fragen: Wie kann ich vor etwas Demut haben, an das ich nicht glaube?

Derjenige, der zwar glaubt, sich aber explizit keinen Gottesbezug in der Verfassung wünscht, kann aber, glaube ich, auch nicht auf diese Formulierung verpflichtet werden. Vor diesem Hintergrund will ich im Bewusstsein, dass es ein Liberaler war, nämlich Theodor Heuss, unter dem übrigens mit Müttern und Vätern das Grundgesetz geschaffen wurde - damals waren also schon Mütter dabei; ich sage dies vor dem Hintergrund, dass manche behaupten, es gebe gar keine Mütter des Grundgesetzes; es waren zugegebenermaßen zwar nur wenige, aber es waren auch Mütter dabei -, sehr deutlich sagen: Ja, alles Menschliche ist mit Sicherheit fehlbar. Ich habe großen Respekt vor denen, die sagen, es müsse mehr geben als nur den Respekt vor den Menschen und die Verantwortung vor den Menschen.

Ich finde auch, dass wir berücksichtigen müssen, dass das, was eine **Gesellschaft** ausmacht, nämlich den Respekt voreinander und miteinander, Barmherzigkeit, Mitmenschlichkeit, natürlich auch etwas mit Religion und mit Glauben zu tun hat, und zwar nicht nur mit christlichem oder muslimischem Glauben. Ich habe nie einer Kollegin oder einem Kollegen auch nur ansatzweise unterstellt, dass sich die Formulierung eines Gottesbezuges rein auf den christlichen Glauben beschränkt. Ich glaube, das wäre in einer modernen Gesellschaft auch albern.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube - und da bin ich jedenfalls mit mir im Reinen, nicht nur persönlich, sondern auch wissend, dass ich hier Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holstei-

ner vertreten darf -: Genau denselben Respekt und genau dieselben Überlegungen kann man auch genau anders herum formulieren. Ich will gar nicht so weit in die Vergangenheit gucken und an das erinnern, was möglicherweise missbräuchlich im Namen Gottes - das will ich ausdrücklich sagen - schon alles passiert ist. Da braucht man nur in die Gegenwart schauen. Ich will nur an politische Debatten um Fragen wie Präimplantationsdiagnostik oder das Recht der Selbstbestimmung der Frauen erinnern - da muss man gar nicht so weit gehen, um zum Beispiel das Abtreibungsrecht zu benennen, wie die Debatte in Irland geführt wurde, und zwar ausdrücklich unter Bezug auf Gott. Das möchte ich nicht. Deswegen entscheide ich mich für den Entwurf ohne Gottesbezug.

Lassen Sie mich abschließend aber noch eines sehr deutlich machen: Für die FDP-Fraktion hat der **Minderheitenschutz** in unserem Land dieselbe Priorität wie für alle anderen Fraktionen in diesem Hause vermutlich auch. Der Kollege Harms weiß das. Ich habe bereits zu Beginn der Debatte großen Zweifel angemeldet, ob wir wirklich eine Finanzierungsfrage in die Verfassung hineinschreiben wollen. Diese Zweifel bestehen in der gesamten FDP-Fraktion. Wir akzeptieren diese Kompromissbildung und diese Kompromissfindung mehrheitlich, sagen gleichzeitig aber auch: Wir haben unseren Antrag auch angesichts der neuesten Zahlen, vor welchem finanziellen Hintergrund die deutschen Schulen in freier Trägerschaft stehen - wir reden nicht von einem Verhältnis von 80 % zu 100 %, sondern wir reden von einem Verhältnis von 66 % zu 100 % -, erneut in das Verfahren eingebracht. Denn wir müssen ganz konsequent sein und dann auch die deutschen Schulen in freier Trägerschaft gleichstellen. Ich glaube, das ist ein legitimes Anliegen. Das tangiert den Minderheitenschutz in keiner Weise.

(Beifall FDP)

Ich würde mich freuen, wenn Sie an der Stelle vielleicht doch noch über Ihren Schatten springen könnten und diesem Anliegen der Gleichbehandlung, auch vor dem Hintergrund des Gleichbehandlungssatzes des Grundgesetzes, und damit dem Antrag der FDP-Fraktion doch noch Ihre Zustimmung geben könnten.

Ansonsten ist diese Abstimmung selbstverständlich auch in der FDP-Fraktion voll und ganz frei. Jeder entscheidet nach seinem Gewissen. Ich weiß auch, dass jede Kollegin und jeder Kollege nach seinem besten Gewissen entscheiden wird. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten und entscheiden heute über vier Gesetzentwürfe zur Reform unserer Landesverfassung. Mit der ersten Abstimmung entscheiden wir sozusagen darüber, wer entscheidet. Es geht nämlich um einen Gesetzentwurf von uns PIRATEN, mit dem wir wollen, dass das Volk, dass die **Bürgerinnen und Bürger** dieses Landes selbst entscheiden dürfen, ob und mit welchem **Inhalt unsere Verfassung** neu gefasst wird.

(Beifall PIRATEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, große Denker des Zeitalters der Aufklärung haben die Verfassung als Gesellschaftsvertrag begriffen, als Einigung aller Menschen, die in einer Gesellschaft leben, darüber, was zu ihrem Schutz und zu einer gemeinsamen Willensbildung in einem Staatswesen erforderlich ist. Wenn man die Verfassung als Vertrag der Bürgerinnen und Bürger untereinander über das grundlegende Zusammenleben versteht, dann kommt man wohl zu dem Ergebnis, dass ein Vertrag immer nur einvernehmlich, also mit dem Willen der Beteiligten, geändert werden kann. Jeder Mieter, der einen Mietvertrag ohne Zustimmung seines Vermieters einfach abändert, kommt wegen Urkundenfälschung in den Knast.

(Zuruf SPD: Das ist Zivilrecht!)

Ich glaube, dass ein **Gesellschaftsvertrag** so grundlegend ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden dürfen sollen.

Hinzu kommt, dass wir am Verfahren der Verfassungsänderung leider nicht die breite öffentliche Beteiligung und Anteilnahme gesehen haben, die wir uns alle gewünscht hätten. Es war ein guter Schritt, dass wir in Schleswig-Holstein den Bürgerinnen und Bürgern über das Internet Gelegenheit gegeben haben, **Eingaben** zu machen, mit denen wir uns im Sonderausschuss Verfassungsreform auch beschäftigt haben, die einfließen konnten. Aber nur wenige Bürgerinnen und Bürger haben diese Möglichkeit genutzt. Leider ist die Öffentlichkeit auch von vielen interessanten Arbeitssitzungen ausgeschlossen gewesen. Es gab auch keine Pressemitteilungen über den Zwischenstand, und vonsei-

ten der Presse ist leider auch nicht laufend über den Fortgang der Verhandlungen berichtet worden.

Auch unter diesem Gesichtspunkt glaube ich: Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden lassen, können wir wirklich eine öffentliche Debatte über das, was wir hier vorgestellt und ausgehandelt haben, erzielen und die Bürgerinnen und Bürger endlich auch an dieser wichtigen Frage beteiligen.

Schließlich noch ein letztes Argument: Ein Einzelpunkt, der für uns und auch für die Bürgerinnen und Bürger besonders stark umstritten ist, ist der Punkt, ob wir in den Vorspann, in die **Präambel** unserer Landesverfassung eine **Verantwortung vor Gott** aufnehmen sollen. Dieser Punkt ist so zentral und wichtig, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern doch nicht verweigern können, über diese Frage selbst zu entscheiden.

(Beifall PIRATEN)

Wir sind uns doch alle einig darüber, dass das eine persönliche Frage ist; deswegen geben wir doch die Abstimmung frei. Warum sollen also nicht auch die Bürgerinnen und Bürger darüber persönlich entscheiden können?

Das einzige Argument, das ich gegen Volksentscheide über die Änderung der Landesverfassung in Erinnerung habe, war das, das der Kollege Burkhard Peters im Ausschuss vorgebracht hatte, das würde auch kleinere Änderungen betreffen, die nicht so sehr von Bedeutung wären. Aber heute geht es doch nicht um eine kleine Änderung, sondern es geht um zentrale Fragen, von denen doch niemand sagen würde, die Bürgerinnen und Bürger hätten kein Interesse daran, darüber zu entscheiden, ob wir diese Verfassungsänderung mit oder ohne Gottesbezug wollen.

Vor diesem Hintergrund lade ich Sie ein, **mehr Demokratie** zu wagen. Wenn Sie in der ersten Abstimmung unserem Gesetzentwurf zustimmen, können wir trotzdem über die weiteren Entwürfe abstimmen. Diese würden dann aber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes vorgelegt werden mit der Frage, ob sie die Änderungen zur eigentlichen Verfassungsreform bestätigen oder ablehnen wollen. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung in Schleswig-Holstein.

Wir haben in unserem Gesetzentwurf ferner den Vorschlag enthalten, dass **Staatsverträge**, wie zum Beispiel der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag oder auch der Rundfunkstaatsvertrag, über die sehr

(Dr. Patrick Breyer)

kontrovers diskutiert worden ist - das gilt auch für das TTIP-Handelsabkommen -, nicht länger hinter verschlossenen Türen von der Regierung ausgehandelt werden sollen, sondern dass das Parlament ein Mandat erteilt, auf dessen Grundlage verhandelt werden darf, wie das auf EU-Ebene bereits der Fall ist.

Ich glaube, dass Internetbeschränkungen oder Mediathekenzensur, wie sie im Rundfunkstaatsvertrag festgelegt ist, oder auch Schiedsgerichtsklagen Privater gegen staatliche Entscheidungen, wie sie im Handelsabkommen festgelegt werden sollen, auf der Grundlage eines parlamentarischen Mandats gefunden und nicht erst am Ende den Volksvertretern vorgelegt werden sollten nach dem Motto: Friss oder stirb.

(Beifall PIRATEN)

Wir schlagen deswegen vor, die **Rechte des Parlaments** zu stärken, damit wir **verbindliche Verhandlungslinien** ziehen können, wenn es erforderlich ist.

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da nach der Ausschussabstimmung leider keine Bereitschaft besteht, die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden zu lassen, haben wir PIRATEN immerhin unsere Mitglieder befragt.

(Unruhe)

Das Ergebnis ist, dass 85 % der Teilnehmer in der Sache den Änderungsvorschlag, wie ihn der Sonderausschuss „Verfassungsreform“ vorgeschlagen hat, unterstützen. Das ist auch kein Wunder, dann gerade aus Sicht der PIRATEN sind hier wichtige Verbesserungen enthalten,

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

zum Beispiel dass Volksentscheide künftig erleichtert werden und nicht mehr leicht an mangelnder Beteiligung scheitern können, zum Beispiel dass öffentliche Anhörungen im Petitionsausschuss bei Sammelpetitionen möglich werden, zum Beispiel die Internetveröffentlichung von Gesetzen oder auch erstmals die Aufnahme des Zugangs zu amtlichen Informationen in die Landesverfassung.

An der Stelle möchte ich noch einmal einen ausdrücklichen Dank an unseren Landtagspräsidenten Klaus Schlie richten. Ohne ihn wäre nach meiner Einschätzung der Prozess der Verfassungsreform überhaupt nicht zustande gekommen. Er hat an wichtigen Stellen, auch an denen es um die digitale Gesellschaft geht, an denen es um den Informati-

onszugang geht, Vorschläge geliefert, auf deren Grundlage wir uns im Endeffekt einigen konnten. Deswegen an der Stelle noch einmal herzlichen Dank von uns!

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Dr. Breyer, ich möchte mich nicht für Ihren Dank bedanken, sondern Sie fragen, ob Sie dem Abgeordneten Kubicki eine Zwischenfrage oder -bemerkung gestatten.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Dr. Breyer, wären Sie so freundlich, dem Haus mitzuteilen, wie hoch die Teilnehmerzahl Ihrer Befragung war, absolut und in Relation zur Anzahl der Mitglieder der PIRATEN, damit wir wissen, mit welchem Quorum die Mitglieder bei Ihnen abgestimmt haben?

- Herr Kollege Kubicki, das ist eine Umfrage und keine Abstimmung gewesen. Ich kann Ihnen im Moment nicht sagen, wie viele teilgenommen haben. Es war eine dreistellige Anzahl von Teilnehmern, ich weiß aber nicht, wie viele genau. Ich kann Ihnen die Zahl gern nachliefern, oder Sie lesen es im Internet nach. Wir haben das ganz transparent ins Netz gestellt.

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will nicht verschweigen, dass diese Verfassungsreform das ist, was nach dem **Kompromissfilter** übrig geblieben ist. An sehr vielen Stellen hätten wir PIRATEN uns viel mehr gewünscht. Wir haben zum Beispiel als eines von ganz wenigen Bundesländern auch nach dem neuen Vorschlag keine Landesverfassungsbeschwerde. Bürgerinnen und Bürger sollen in Schleswig-Holstein weiter gegen die Verletzung ihrer Grundrechte nicht vor das Landesverfassungsgericht ziehen können. Wir haben uns nicht auf einen eigenen Grundrechtekatalog verständigen können. Es fehlen Grundrechte etwa auf Datenschutz oder ein echtes Grundrecht auf Informationsfreiheit. Die Regelungen zu Volksentscheiden sind noch immer zu restriktiv.

(Zurufe)



(Dr. Patrick Breyer)

- Wenn das Informationsbedürfnis des Kollegen Kubicki gestillt ist, würde ich gern das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit weiter stillen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Wir geben jetzt dem Abgeordneten Dr. Breyer trotz der notwendigen Diskussion über die Bänke hinweg die Chance, dass er vom Rednerpult aus weiterreden kann. - Bitte!

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Vielen Dank. - Wir bedauern, dass für Volksentscheide noch immer viel zu hohe Hürden gelten. Zum Beispiel sind Volksentscheide mit Kostenfolge nach unserer Auffassung weiter unzulässig, selbst wenn sie Einnahmen generieren würden. Das muss man sich einmal vorstellen!

Nichtsdestotrotz, wir haben unsere Mitglieder gefragt: Sollen wir trotz des Umstands, dass es wohl keine Volksabstimmung geben wird, diese Änderungen mittragen? Das Ergebnis ist, dass nur 14 % derjenigen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, lieber die bisherige Verfassung behalten wollen. Das ist so zu verstehen: Wenn es schon eine Verfassung ohne Zustimmung der Bürger gibt - und die gibt es im Moment ohnehin -, dann lieber die neue Verfassung ohne Zustimmung der Bürger, denn sie ist deutlich besser.

Ich möchte noch auf einen letzten Punkt eingehen. Die Teilnehmer unserer **Umfrage** in der **Piratenpartei** haben es zu 70 % abgelehnt, einen **Gottesbezug** in die Landesverfassung aufzunehmen. Für diese PIRATEN ist Religion Privatsache, und in einer staatlichen Verfassung hat die Frage, ob es einen Gott gibt, nichts zu suchen.

Herr Ministerpräsident Albig, Sie haben in der ersten Lesung erklärt, wir gäben diese Verfassung für eine große Mehrheit der Menschen in diesem Land. Da bin ich entschieden anderer Meinung. Wir geben diese Verfassung für alle Menschen in diesem Land. Wir erwarten, dass sich alle Menschen daran halten und sich damit identifizieren können. Deswegen können Sie nicht eine Verantwortung vor einem göttlichen Wesen in eine Verfassung schreiben, wenn viele Menschen in diesem Land diesen Glauben nicht teilen. Wenn es nach Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften ginge, würden Sie übrigens auch keine Zweidrittelmehrheit in unserem Land dafür erreichen. Über die Frage der Existenz eines Gottes können wir doch nicht abstimmen! Deswegen ist unsere Empfehlung mit großer Mehr-

heit, gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs zu stimmen.

Ich komme zum Schluss. Die Frage der **Ersatzschulfinanzierung** - egal wie man sie in der Sache sieht - ist eine Detailfrage, die nicht in die Landesverfassung gehört.

Ich fasse zusammen, dass wir PIRATEN in der Mehrheit empfehlen, die Frage des Glaubens oder Nichtglaubens an ein göttliches Wesen nicht in die staatliche Verfassung aufzunehmen und die Verfassungsreform in der Sache zu unterstützen, weil sie mehr Mitbestimmung der Bürger, Transparenz und Informationszugang bedeutet. Wir bitten Sie, für eine demokratische Aushandlung von Staatsverträgen und für ein Mitbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger über die neue Landesverfassung einschließlich der Frage des Gottesbezugs einzutreten. Wir laden Sie ein, an der Stelle mehr Demokratie zu wagen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon in der letzten Debatte zur Landesverfassung habe ich deutlich gemacht, dass es ein gutes Zeichen ist, dass dieser **Landtag** trotz aller tagespolitischen Kontroversen eine gemeinsame Haltung zu **grundlegenden gesellschaftspolitischen Themen** erarbeiten konnte. Für diese konstruktive Zusammenarbeit danke ich allen Fraktionen in diesem Hohen Hause.

Wie Sie sich sicherlich noch erinnern können, war das in verfassungsrechtlichen Fragen nicht immer so. Kurz nach der Jahrtausendwende scheiterte eine Enquetekommission daran, bahnbrechende Änderungen in der Landesverfassung umzusetzen, weil es zwar viele gute Vorschläge gab, aber kaum Zweidrittelmehrheiten für diese Vorschläge. Aber auch in Einzelfragen konnte oft nicht ein gemeinsamer Konsens erarbeitet werden, wenn wir zum Beispiel an die Aufnahme der Sinti und Roma in den Minderheitenartikel der Verfassung denken.

Vor diesem Hintergrund hat der **Sonderausschuss „Verfassungsreform“** eine große Aufgabe übernommen und sie nach unserem Empfinden sehr gut gelöst. Auch wir haben Kröten schlucken müssen. So hätten wir uns beispielsweise genauso wie die

(Lars Harms)

CDU gewünscht, die soziale Marktwirtschaft in der Verfassung zu nennen, wie auch in Rheinland-Pfalz beispielsweise. Schade aus unserer Sicht!

Aber wenn man sich das Gesamtwerk ansieht, ist der **Gesamtkompromiss** trotzdem ein super Schritt. Wir haben heute deshalb einen fast konsensualen Änderungsvorschlag für eine neue Verfassung vorliegen. Einzig und allein über den **Gottesbezug** konnte man sich nicht einigen. Ich glaube, dass es richtig ist, es jedem Abgeordneten und jeder Abgeordneten freizustellen, wie man es mit dem Gottesbezug hält.

(Unruhe)

Grundsätzlich hätte ein Gottesbezug in der Verfassung erst einmal kaum rechtliche Auswirkungen. Der Hinweis auf Gott als begrenzende Größe menschlichen Handelns ist rechtlich erst einmal folgenlos. Man drückt hier nur die Verantwortung aus, die man allein oder als Kollektiv empfindet. Im Gegensatz zu anderen Formulierungen in der Präambel, die davon sprechen, dass man den Willen zu etwas hat oder man bestrebt ist, etwas zu tun, hat die Formulierung „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“ erst einmal nur deklamatorischen Charakter. Will man die Begrenztheit menschlichen Handelns ausdrücken, was ja von vielen als Argument ins Feld geführt wird, könnte man dies auch tun, indem man es dann auch genauso formuliert. Man hätte dann auch sagen können: „im Bewusstsein der Begrenztheit menschlichen Handelns“. Rechtlich und inhaltlich wäre es dasselbe gewesen wie ein Gottesbezug.

Dass nun vehement darum gerungen wird, einen Gottesbezug in die Verfassung aufzunehmen, zeigt, dass es um mehr geht als nur diese rechtlich-inhaltliche Frage. Das stelle ich dann auch ohne einen kritischen Unterton fest. Es geht darum, diesen Teil unserer gesellschaftlich-kulturellen Wurzeln besonders hervorzuheben. Das ist legitim, aber das führt dann eben auch zu unterschiedlichen Haltungen zum Gottesbezug. Im wahrsten Sinne des Wortes wird dies dann zu einer Glaubensfrage. Derjenige, der sich aus Glaubensgründen für einen Gottesbezug ausspricht, hat gute Gründe. Für einen Christen und modernen Menschen beispielsweise gehört der Gottesbezug als Grundlage des humanitären und philosophischen Erbes in die Landesverfassung. Für einen gläubigen Menschen sind der Glaube und das Christentum der Grundstein für unsere Kultur, so sieht er das und kann somit auch unser Handeln erklären. Das ist dann für einen gläubigen Menschen auch eindeutig.

Genauso eindeutig ist es auch, wenn andere Menschen unser geistiges und humanitäres Erbe eben nicht nur aus dem Christentum oder einer anderen Glaubensrichtung heraus erklären, sondern auch beispielsweise die Aufklärung und vielleicht sogar die bewusste Emanzipation vom Glauben als gleichwertige Grundlage unserer Kultur für unsere Kultur anführen.

Mancher - der Kollege Garg hat schon darauf hingewiesen - wird sogar sagen, dass religiöse Auseinandersetzungen bis in die heutige Zeit hinein nicht nur positiv auf die Welt gewirkt haben. Sie können also sehen, dass es für beide Seiten - für die Befürwortung und die Ablehnung eines Gottesbezugs - gute Argumente gibt. Für uns als SSW ist entscheidend, dass es sich bei dieser Frage eben nicht nur um eine rechtliche Frage handelt oder um die Frage, wie man die Begrenztheit menschlichen Handelns beschreibt, sondern eben auch darum, ob ein Gottesbezug in besonderer Weise hervorgehoben werden soll. Dies muss jeder Einzelne für sich selbst beantworten.

Im Übrigen glaube ich auch nicht, dass eine Präambel ohne einen Gottesbezug nichts wert wäre. Im Gegenteil: Die intensiven Debatten um den Gottesbezug zeigen doch, wie wertvoll eine **Präambel** ist. Dadurch, dass so intensiv über den Gottesbezug und die Präambel gestritten wird, erhöht sich sozusagen auch der Wert derjenigen Formulierungen, die wir im Konsens für die Präambel gefunden haben. Diese Formulierungen sind wichtig für die Auslegung von Gesetzen und Rechtsetzungen, und sie können auch Gesetze schon in ihrer Entstehung beeinflussen. Formulierungen wie: „in dem Willen, Demokratie, Freiheit, Toleranz und Solidarität auf Dauer zu sichern und weiter zu stärken“, oder „bestrebt, durch nachhaltiges Handeln Interessen gegenwärtiger wie künftiger Generationen zu schützen“, oder auch „in dem Willen, kulturelle und sprachliche Vielfalt in unserem Land zu bewahren“, geben die Grundlinien unseres politischen und gesellschaftlichen Handelns vor. Sie zeigen somit, auf welchem Fundament unser schleswig-holsteinisches Staatswesen aufgebaut ist und dass wir diese Grundlagen stärken und bewahren wollen. Nach den vergangenen Debatten über die Präambel wirken diese Bestimmungen umso stärker.

Einige dieser Bestimmungen haben für den SSW eine besondere Bedeutung. Da ist zum einen der Hinweis auf unsere eigene Geschichte, der nicht nur die Eigenständigkeit und Eigenstaatlichkeit des Landes Schleswig-Holstein ausdrückt, sondern eben auch ein Hinweis auf die deutsche, die dani-

(Lars Harms)

sche und die friesische Geschichte ist, die jeweils Teile unseres Landes besonders geprägt haben. Hier wird ein erster Bezug zur **Minderheitenpolitik** deutlich, der noch deutlicher in der schon erwähnten Bestimmung zur kulturellen und sprachlichen Vielfalt hervortritt. Es ist das erste Mal in der Geschichte unseres Landes, dass wir uns darauf verständigen, dass die verschiedenen Kulturen und Sprachen der Deutschen, der Dänen, der Friesen und der Sinti und Roma von Mehrheit und Minderheit gemeinsam bewahrt werden sollen.

(Beifall SSW, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was sich so lapidar anhört, wäre in manchen Gegenden Europas immer noch völlig undenkbar. Somit schreiben wir hier schon etwas Geschichte, wenn wir die gemeinsame **Verantwortung** für unsere **heimischen Sprachen und Kulturen** in der Präambel festschreiben. Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen auch vor dem Hintergrund der Konflikte, die es in anderen Regionen Europas gibt.

Minderheitenpolitisch herausragend sind sicherlich auch die Bestimmungen zum Minderheitenschulwesen und zur Sprachförderung in öffentlichen Schulen. Dass die Beratungen zur Landesverfassung dazu geführt haben, dass es wieder einen Konsens in Bezug auf die Finanzierung der dänischen Schulen gibt, freut uns natürlich ungemein. Wir haben in der Begründung zur Verfassungsänderung deutlich gemacht, dass der Artikel zur Finanzierung der dänischen Schulen auf der Berechnungsgrundlage beruht, die schon im neuen Schulgesetz niedergelegt ist. Somit ist klar, worum es sich dreht.

Klar ist aber jetzt auch, dass die **dänischen Schulen** die Schulen sind, die für den dänischen Bevölkerungsteil zuständig sind. Sie sind somit die öffentlichen Schulen des dänischen Bevölkerungsteils und damit auch den öffentlichen Schulen gleichzustellen. Hier liegt auch der inhaltliche Unterschied zu den deutschen Ersatzschulen.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dass diese Gleichstellung endlich in der Verfassung festgelegt worden ist, ist ein riesiger Fortschritt in der Minderheitenpolitik unseres Landes.

Ein ähnlich großer Erfolg ist es, dass auch die Erteilung von Friesischunterricht für die **friesische Minderheit** geschützt und gefördert werden soll. Hier wird zum ersten Mal per Landesverfassung ei-

ne konkrete Verantwortung für die friesische Minderheit übernommen, die über die allgemeine Zielsetzung im ehemaligen Artikel 5 hinausgeht. Hier erhoffen wir uns ganz einfach auch einen Schub für die friesische Spracharbeit, ähnlich wie er für das Niederdeutsche in den Schulen erfolgt ist, das ja ebenfalls nun laut Verfassung Anspruch auf Schutz und Förderung in der Schule hat.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wird jetzt ganz besonders darauf ankommen, dass auch dieser Teil der Landesverfassung in Zukunft gelebt wird und mehr Angebote, die friesische Sprache in der Schule zu erlernen, geschaffen werden. Hier gibt es einen konkreten politischen Handlungsauftrag über das bisher Geleistete hinaus, den wir in den nächsten Jahren dann auch ausfüllen müssen.

Aus minderheitenpolitischer Sicht hat sich die Verfassungsreform gelohnt, und auch, wenn ich mir die anderen Bestimmungen in der Landesverfassung ansehe, die wir neu oder geändert einfügen, kann man - glaube ich - mit Fug und Recht von einer **erfolgreichen Reform** sprechen. Wir heben die Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Verfassungsrang, wir stärken die Rechte des Landtags gegenüber der Landesregierung, wir erleichtern die Mitbestimmungsrechte der Bürger in Abstimmungen, wir verbessern die Transparenz des Staates gegenüber seinen Bürgern, und wir schaffen einen erleichterten Zugang der Bürger zu den Behörden und Gerichten. Damit wird die Landesverfassung auch zu einer Verfassung, die wesentlich mehr Bürgernähe ermöglicht als bisher. Egal also, wie wir uns heute zum Gottesbezug in der Landesverfassung stellen, wir werden auf jeden Fall eine Landesverfassung erhalten, die echt schleswig-holsteinisch ist, die minderheitenpolitische Meilensteine setzt und die den Bürger noch mehr in die Mitte allen staatlichen Handelns setzt. Die Reform der Landesverfassung ist somit ein Erfolg für alle Bürger, und das ist gut so.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Wir kommen nun zu den Dreiminutenbeiträgen. Zuerst hat Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

**Uli König [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher! Ich persönlich freue mich, dass ich an dieser für Schleswig-Holstein so wichtigen **Entscheidung**, die **Verfassung zu ändern**, heute aktiv teilhaben kann. Allerdings hätte ich mir auch gewünscht, dass wir an dieser Entscheidung auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligt hätten.

(Beifall PIRATEN)

Wir hätten diese Entscheidung mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren können, aber dies ist leider, so wie es im Moment aussieht, nicht möglich. Das ist in meinen Augen eine Frage für die Zukunft.

Eine breitere und gesellschaftliche **Diskussion aller Bürger** hätte ich mir auch für den **Gottesbezug** in unserer Verfassung gewünscht. Ich glaube, das hätte uns durchaus vorangebracht. Glaube entbehrt jeder wissenschaftlich nachzuweisenden Sicherheit. Diese Sicherheit ist auch nicht notwendig, denn Glaube ist etwas ganz Persönliches.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eben!)

Jeder Mensch für sich erlebt, ob oder an was er oder sie glaubt. Es hat keine Allgemeingültigkeit. Um es einmal ganz einfach auszudrücken: Niemand weiß, ob es einen Gott gibt.

Als die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes, der wohl erfolgreichsten Verfassung in deutschen Landen, den Gottesbezug in die Präambel aufnahmen, war das Bewusstsein, dass die **Grundrechte** einer **metaphysischen Verankerung** bedürfen, von den Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit bei den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates besonders stark geprägt. Dies ist im Jahr 2014 bei den Mitgliedern des Sonderausschusses „Verfassungsreform“ in Schleswig-Holstein sicherlich nicht der Fall gewesen. Seinerzeit war dies weder als religiöse oder weltanschauliche Bevormundung noch als Verletzung des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche noch als Beeinträchtigung der Freiheitsgarantie für Nichtgläubige noch als Gegensatz zur Glaubens-, Gewissens- oder Bekenntnisfreiheit gedacht.

2014 aber stellt sich dies ganz anders dar. Unser Land und unsere Gesellschaft haben sich verändert - in den allermeisten Dingen zum Positiven. Wir sind eine freiheitlichere, liberalere und offenere Gesellschaft geworden. Diese **Offenheit** hat auch kritisches Nachfragen gefördert. Deshalb hat die Frage, ob wir einen gesellschaftlichen Grundkonsens

auf das persönliche Glaubensbekenntnis eines jeden Einzelnen gründen, ein anderes und größeres Gewicht bekommen. In der Apostelgeschichte 5, 29 heißt es, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen. - Das ist sicher nicht mein Wählerauftrag. Das ist auch nicht meine Überzeugung. Deshalb sage ich Nein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Den nächsten Beitrag leistet der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Verfassung ist - ich drücke das einmal neu und modern aus - kein Manual. Sie ist keine Bedienungsanleitung für unser Zusammenleben oder unsere Demokratie. Eine Verfassung hat festgeschriebene Ziele, die nicht im luftleeren Raum existieren. Sie gründen sich auf einen festen **Wertekanon**, den wir alle bedienen. Dieser kann von Mensch zu Mensch sehr unterschiedlich sein. Ich habe mich bei den Ausführungen des SPD-Arbeitskreises ein wenig bedient.

Dieses Vielfältige bildet der von den Kollegen Jette Waldinger-Thiering, Daniel Günther, Bernd Heineemann, Andreas Tietze und mir formulierte Präambelvorschlag ab. Denn es ist anders, als es bisher hier polemisierend dargestellt wurde. Es geht nicht nur um den **Gottesbezug**. Das ist eines von mehreren Angeboten dieser Präambel, die andere weltanschauliche Modelle genauso respektiert und auch inkludiert. Der Gottesbezug ist nur ein Teil dessen, was eine Verfassung in der Präambel ausmachen soll. Dazu gehören weltanschauliche, philosophische, religiöse und andere, in unserem Erbe liegende Gedanken, die man nicht ausblenden kann.

Deswegen ist es insofern nicht ganz richtig, was Sie gesagt haben, Herr Dr. Garg. Es geht nicht nur um den Gottesbezug, sondern um eine **Vielfalt ethisch-moralischer Angebote**, die in der Präambel verankert sind. Was mein Kollege Dr. Breyer über meine Partei gesagt hat, trifft insofern für den Punkt zu, als wir nur den reinen Gottesbezug so von der CDU kannten. Was wir jetzt debattieren - das haben der Kollege Tietze und die anderen zusammen mit mir eingebracht -, stand noch gar nicht zur Debatte. Als das Angebot dann zu meinen PIRATEN kam, die ganz ausdrücklich laizistisch orientiert sind, haben



(Wolfgang Dudda)

sie gesagt: Das ist ein Angebot, in dem Vielfalt und Toleranz enthalten sind. Da wird jedes weltanschauliche Modell bedient, auf dem das Ganze fußt.

Wie wichtig es ist, dass man ein solches Modell einer Verfassung vorausschickt, hat die „Neue Zürcher Zeitung“ vor elf Jahren geschrieben, als die Debatte in der Schweiz zum gleichen Thema ähnlich lief. Ich zitiere daraus zum Gottesbezug:

„Wer dies, willentlich oder nicht, übersieht, vernachlässigt nicht nur menschliche Grundbedürfnisse, sondern schafft ein Vakuum, in dem Fundamentalismen aller Art gegenüber dem Humanismus und der Aufklärung ein leichtes Spiel haben.“

(Zuruf SPD: Genau das ist es!)

Deswegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Thomas Rother [SPD]: Um Gottes Willen!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Als Nächster hat der Herr Abgeordnete Bernd Heinemann das Wort.

**Bernd Heinemann [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche ausschließlich für mich selbst zu diesen außerfraktionellen Antragsvarianten. Meine Wurzeln liegen auf dem Kieler Ostufer. Dort leben Juden, Schiiten, Sunniten, Christen, Hindus, Buddhisten, Atheisten und andere Teilgruppen unterschiedlichster Weltanschauungskreise friedlich und freundlich miteinander.

In allen Kulturkreisen sind Formulierungen immer wieder zu hören, die kulturübergreifend - gerade auf dem Ostufer - immer wieder mit „Gott“ umschrieben werden. „Gott sei Dank“ - das höre ich oft, manchmal sogar am Tag der offenen Moschee oder sogar von Hindus, obwohl im Hinduismus der Gottesbegriff differenzierter als bei uns daherkommt. Aber auch da ist er eben manchmal multifunktionell.

Ich habe auf dem zweiten Bildungsweg als Extrawache bei der 1. Medizinischen Uniklinik am Krankenbett Sterbender gesessen. Da habe ich viel gelernt. Ich habe Menschen erzählen hören von ihren Erlebnissen mit dem Prozess des Sterbens. Ich habe vom psychischen Horror bis hin zum tieferem inneren Frieden gehört. Mich haben diese Schilderungen beeindruckt und zugleich demütig zurückgelas-

sen, genau wie die Geburt meiner Kinder, bei der ich dabei sein durfte.

Die Auseinandersetzung mit einer weiterreichenden Größenordnung als der von uns Menschen gemachten moralischen Wertidee wird besonders im Angesicht von Notlagen oder dem Gefühl von Ohnmacht in dieser Tiefe immer wieder deutlich. Gott als Inbegriff einer **überparteilichen und überweltlichen Dimension** ist nicht immer nur Privatsache.

Der Gottesbezug im Grundgesetz wird von den Verfassungshütern eben nicht als religiöse Bezugnahme verstanden, sondern als Absage an ein totalitäres Staatssystem, in dem auch das Staatsvolk an überstaatliche Grundlagen gebunden ist. Das sagen auch Verfassungsrechtler.

Eine völlige **Bindungslosigkeit** wurde im Akt der Verfassungsgebung daher in dieser Form begrenzt. Gott ist heute eben nicht mehr als christliches, sondern als offenes Symbol zu verstehen. Dieses Symbol kann dann mit den verschiedensten Wertegrundhaltungen gefüllt werden.

Die transzendente Dimension fördert gerade diese integrierende Funktion der Verfassung, besonders wenn sie die Ausschließlichkeit ablehnt. Das wollen wir auch. Die Aussagebegrenzung „auch vor Gott“ ist demnach nur eine Hinzufügung einer weiteren, dem Staat entzogenen letzten und verbindlichen Rechenschaftsinstanz.

Mit unserem Antrag folgen wir dem Geist der Einigung und der **Vielfalt der Wertegrundlagen** in unserem Gemeinwesen, die vor allem die philosophischen und humanistischen Grundlagen umfassen und damit deutlich über das religiöse Erbe hinausgehen.

Welche Dimension dies in der politischen Werthaltung erreichen kann, zeigt die **Überwindung der deutschen Teilung** mit ihrer überkonfessionellen und überparteilichen Sinngebung. Beginnend mit den Montagsgebeten in Dresden, Leipzig und schließlich auch in Berlin, nahm eine gewaltfreie Bewegung ihren tragfähigen und nachhaltigen Anfang. Die wenigsten dieser Menschen in der Nicolaikirche waren konfirmiert, bekennende Christen oder sonst irgendwie religiös - wie sollten sie auch in der DDR? Sie waren jedenfalls weniger religiös als wir hier im Westen. Diese besondere überweltliche Dimension war es aber vor allem, die ein menschengemachtes System überwinden half.

In dieser Kürze werbe ich für die Zustimmung zu unserem Kompromissvorschlag. - Danke schön.

(Bernd Heinemann)

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe nahtlos an die Begründungen der Kollegen Dudda und Heinemann an. Ich möchte auch meine Beweggründe erläutern.

Der Kompromissvorschlag, den wir vorgelegt haben, hat zum Ziel, dass der Gottesbegriff, den wir nennen, tatsächlich inklusiv ist. Er möchte an unsere Wertmaßstäbe und Traditionen anknüpfen, und er möchte eine Haltung deutlich machen. Es geht bei dem Vorschlag, den wir Ihnen präsentieren, ausdrücklich nicht darum: Kirche oder nicht Kirche, christlich oder nicht christlich, glauben oder nicht glauben. Es geht lediglich darum, in dem einen Teil die **Begrenztheit unserer Vernunft** mit zu bedenken. Der Mensch ist allein durch seine Urteilskraft nicht vor Irrtum geschützt.

Weiterhin geht es um die Zusammenhänge der europäischen Dimension. Sagen Sie nicht auch wie ich, dass es diese große **kulturelle Errungenschaft**, die wir in Europa haben, verdient, dass wir uns mit dem humanistischen, religiösen, kulturellen und philosophischen Erbe tatsächlich intensiver befassen und darauf Bezug nehmen? Es geht doch gerade um eine gemeinsame Kulturidentität. Was ist denn, wenn wir diese Werte weglassen? Was ist, wenn wir diese Leerstelle zulassen? Was ist, wenn wir für kulturellen, politischen, aber auch religiösen Missbrauch anfällig werden?

Ich finde: Zukunft braucht Herkunft, aber Identität braucht Geschichte. Dabei geht es nicht nur um die klassischen griechischen Philosophien. Es geht auch um das **christlich-jüdische Wertefundament**. Es geht um den **Islam**. Ich finde, Europa ist um eine Religion reicher geworden. Die Muslime, die bei uns leben, haben auf diesem Kontinent Fuß gefasst; sie dürfen nicht ausgeklammert werden. In dem Angebot, das wir heute vorlegen, ist es gerade die Klammer, die wir anbieten, auch in den schwierigen Zeiten, die wir heute erleben mit ISIS und mit Missbräuchlichkeiten des Gottesbegriffs, ein Angebot zu machen.

Ich möchte an die Weltoffenheit Schleswig-Holsteins erinnern. Ich erinnere an große Theologen wie Johannes Bugenhagen, dem wir unsere Kommunalverfassung, unsere Universitäten zu verdanken haben. Ich erinnere an den großen dänischen Philosophen **Sören Kierkegaard**. Er hat gerade mit dem Thema „Freiheit gründet nicht in Gott, Gott begründet Freiheit“ dazu beigetragen. Es gibt kein Entweder-oder im Gottesbegriff, sondern es gibt im politisch-ethischen Wirken Maßstäbe für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Diese großen Denker waren Theologen und Aufklärer, die dazu beigetragen haben, dass die Reformation und der Protestantismus im Norden so erfolgreich geworden sind.

Die großen Zukunftsfragen - das Klima, die Menschenwürde, der Frieden, die Bewahrung der Schöpfung - liegen genau in diesem Geheimnis begründet. Ich glaube, dass wir bei der Frage der Verfassung diese Lösungsmöglichkeiten, diese Klammer nicht weglassen sollten. Ich werbe also für diesen Kompromiss. Ich werbe dafür, noch einmal in sich zu gehen. Für viele ist es vielleicht eine Entscheidung des Kopfes, für mich ist es auch eine Entscheidung des Herzens. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich den anderen Vorrednern nur anschließen: Herrn Dudda, Herrn Tietze und Bernd Heinemann und auch Daniel Günther. Wir haben gemeinsam diesen Änderungsantrag eingebracht. Ich muss sagen, ich werde nur dieser Drucksache, dem Gottesbezug, zustimmen. Deshalb möchte ich einmal erklären, wieso, weshalb, warum ich dem CDU-Vorschlag nicht zustimmen werde.

Der **Gottesbezug** ist eine **Gewissensfrage**, und unsere Formulierung - wie es gerade schon genannt wurde - fächert breit und zeigt uns, dass das Christentum die Ausgangslage für unsere Kulturen ist. Deshalb ist es mir wichtig, dass diese Dinge des religiösen, philosophischen und humanistischen Erbes mit hineinkommen. Diese breite Formulierung fächert breit, ist eine breite Klammer, die wirklich dafür sorgt, dass sich möglichst andere Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen bei uns besser integrieren können.

(Jette Waldinger-Thiering)

Ich habe keine Angst vor dem religiösen Bekenntnis. Deshalb stimme ich trotzdem nur unserem Vorschlag zu, denn der fächert am breitesten. Ich hoffe wirklich, dass dieser Vorschlag auch eine breite Mehrheit findet. Vielleicht findet er tatsächlich eine Zweidrittelmehrheit. Es ist eine Gewissensfrage, die jeder mit sich selbst ausmachen muss und soll. Das ist meine Meinung, meine Haltung, und es ist wichtig für mich und für meine kulturellen Wurzeln. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sven Krumbeck.

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ausnahmsweise nicht zum Gottesbezug reden und mich noch einmal kurz den weltlichen Dingen widmen, nämlich der **Ersatzschulfinanzierung**.

(Anita Klahn [FDP]: Bravo!)

Denn ich habe noch ein kleines Problem mit dem FDP-Antrag, das ich noch einmal kurz begründen möchte, weil es gerade in der Erklärung von Herrn Breyer ein bisschen zu kurz gekommen ist. Aber wir haben dafür ja noch Dreiminutenbeiträge.

Wir sind eigentlich auch für die Finanzierung der Ersatzschulen zu 100 %. Aber wir glauben, dass es sich die FDP mit dem Antrag, es in die Verfassung hineinzuschreiben, ein bisschen sehr einfach macht. Dazu muss auch die Finanzierung stehen. Wir können leider nicht alles, was wir wollen, in die Verfassung hineinschreiben.

(Anita Klahn [FDP]: Genau darum geht es! Bravo!)

Wir haben damals im Verfassungsausschuss schon den Schritt des SSW, die Finanzierung der dänischen Ersatzschulen in der Verfassung festzuschreiben, kritisch begleitet,

(Anita Klahn [FDP]: Ach!)

weil wir glauben, dass alle Schulen die 100 % bekommen müssen. Die Verfassung kann nicht Mittel zum Zweck sein, die Finanzierung zu umgehen. Sonst würden sich andere Schulformen auch gern in die Verfassung hineinschreiben lassen, und am Ende bleibt dann nur ein Trümmerstück von der Verfassung übrig.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Das ist eine verdammt schwere Entscheidung.

Ausschlaggebend dafür, dass wir den Kompromiss aus dem Verfassungsausschuss jetzt mittragen, ist für uns tatsächlich, dass die **öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit** die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit sind und es dafür keine Ersatzschulen gibt, bei denen man die Wahl hat. Wir machen es uns wirklich nicht einfach, aber wir werden uns in Zukunft auf parlamentarischem Wege dafür einsetzen, dass die Finanzierung für die Ersatzschulen auch ohne die Verfassung kommt. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Anmerkung zum Abstimmungsverhalten. Ich kann dem interfraktionellen Antrag Drucksache 18/2115 nachher in der Schlussabstimmung nur dann zustimmen, wenn vorher dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Gleichstellung der deutschen Schulen in freier Trägerschaft zugestimmt worden ist.

Ich halte eine Gleichbehandlung auch deshalb für unabdingbar, weil durch die Gesetzgebung der jetzigen Regierungskoalition die **Diskrepanz in der Förderung** dieser beiden unterschiedlichen Gruppen nicht staatlicher Schulen wesentlich größer geworden ist. Sie liegt mittlerweile, wenn man die Zuschusssätze für die deutschen Schulen in freier Trägerschaft betrachtet, rund gerechnet nur noch bei zwei Dritteln dessen, was pro Schüler in der Förderung für die dänischen Schulen gezahlt wird.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus diesem Grund werde ich die Gleichbehandlung dieser beiden Gruppen nicht staatlicher Schulen in der Schlussabstimmung für mich zum Kriterium machen. Ich darf Ihnen mitteilen, dass sich meine Fraktionskollegen Anita Klahn und Christopher Vogt in der Abstimmung entsprechend auch so verhalten werden.

Zweite Anmerkung zum Thema Gottesbezug. Es ist für mich eine zentrale und vorrangige Forderung, dass die **Neutralität des Staates** in religiösen und

(Dr. Ekkehard Klug)

weltanschaulichen Fragen gesichert werden muss. Die Vielfalt der unterschiedlichen religiösen Anschauungen der Bürgerinnen und Bürger ist in den zurückliegenden Jahrzehnten eindeutig gewachsen. Gewachsen ist in diesen zurückliegenden Jahrzehnten auch der Anteil der Menschen, die in unserem Land keine konfessionelle Bindung mehr haben, was nicht bedeutet, dass sie keine religiösen Vorstellungen haben. Aber in diesem Teil unserer Bevölkerung ist mit Sicherheit die konfessionelle Bindung, die in der Vergangenheit, vor mehreren Jahrzehnten, der Regelfall gewesen ist, heute nicht mehr vorhanden.

Ich meine deshalb, dass man bei Überlegungen, in eine Verfassung eine religiöse Formel aufzunehmen, dies berücksichtigen muss und eben heute bei der Verabschiedung einer Verfassung ein Gottesbezug nicht mehr aufgenommen werden sollte. Deshalb sind für mich die Anträge, die dies gleichwohl beabsichtigen, nicht zustimmungsfähig.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich ist nicht der Gottesbezug entscheidend, wenngleich ich ihn ablehne, sondern Artikel 20 Grundgesetz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus.“

Ich habe in dem Bemühen, diese Verfassung zu verbessern - ich achte alle Bestrebungen, dies auch zu tun - gehofft, dass es möglich wäre, diesen Grundgesetzartikel hier bei uns zu praktizieren und die Änderungen dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Ich bin davon überzeugt, dass gute und ehrliche Politik keine Angst vor Bürgern zu haben braucht

(Beifall PIRATEN)

und dass die Umsetzung der Vorsätze, die wir gemeinsam treffen, verbindend ist und das Volk das Recht haben muss, die Werte, die wir gern vorgeben, aber zusammen leben wollen, als eigenen Gesellschaftsvertrag im alltäglichen Leben zu praktizieren, egal welcher Kultur wir angehören.

Aus diesem Grunde wäre es, denke ich, das beste Mittel gewesen, um die immer weiter **zurückgehende Wählerbeteiligung** aufzufangen, zu zeigen, dass wir bereit sind, unserem Auftrag zu folgen,

nämlich dem Auftrag für die Menschen, von denen wir gewählt worden sind, in einem ständigen Dialog Politik zu machen. Diese Chance sehe ich heute leider verspielt.

Ich werde deshalb nicht aus Missbilligung oder Geringschätzung der neuen Verfassung gegenüber gegen die vorliegenden Anträge mit Gottesbezug stimmen und nur dem Piratenantrag zustimmen - sondern um zu zeigen, dass ich mir wünsche, dass wir beim nächsten Mal weitergehen. Wir hätten sogar sagen können, die neue Verfassung hat eine vorläufige Gültigkeit, und bei der nächsten Landtagswahl lassen wir das Volk entscheiden. Auch das war nicht möglich. Das wäre für mich eine Aufganglinie gewesen. Aber so, wie es im Moment ist, muss ich sagen: Schade, eine verpasste Chance.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz zwei Aspekte ansprechen, zum einen das Thema Bürgerbeteiligung und zum anderen - das ist wohl keine Überraschung - das Thema Gottesbezug.

Zur **Bürgerbeteiligung**. Ich begrüße es wirklich außerordentlich, dass wir bei Volksbegehren und Volksentscheiden zu einer **Absenkung der Zustimmungsquoren** kommen.

Ich selber habe einmal meine Erfahrung mit einer Volksinitiative zum Thema Kreisgebietsreform gemacht. Herr Dr. Stegner wird sich noch daran erinnern. Es ging relativ schnell, die 20.000 Unterschriften zu sammeln. Dann standen wir vor der nächsten Hürde der 112.000 Unterschriften. Das ist eine Menge Holz. Das ist viel, gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein. Deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass wir diese Grenze nun absenken. Das ist eben der Unterschied zu anderen Bundesländern: Wir sind ein Flächenland. Da finde ich auch 80.000 Unterschriften immer noch eine wirklich gute Legitimation, um einen Volksentscheid anzustreben.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und vereinzelt SPD)

Ein weiterer sehr positiver Aspekt in der Verfassungsänderung, die wir heute beschließen, ist die Möglichkeit, dass öffentliche Petitionen auch öffentlich beraten werden dürfen. Wir hatten bereits



(Oliver Kumbartzky)

zweimal den Fall öffentlicher Petitionen mit jeweils mehreren tausend Unterstützern, aber die Anhörungen fanden nicht öffentlich statt. Das ist irgendwie ein Widerspruch in sich. Deshalb ist das, was jetzt geschaffen wird, eine sehr gute Möglichkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Mein Kollege Heiner Garg hat es auf den Punkt gebracht, indem er sagte, dass die Verfassung den Bürgerinnen und Bürgern etwas zutraut. Genau das ist es: Die Bürgerinnen und Bürger sind wirklich die großen Gewinner dieser Verfassungsreform.

Zweites Thema: **Gottesbezug**. Ich habe darüber sehr lange und intensiv nachgedacht. Meine Entscheidungsfindung brauchte vielleicht auch etwas länger als bei anderen. Das sage ich ganz ehrlich. Dafür ist sie jetzt umso klarer. Ich befürworte aus innerer Überzeugung einen klaren Gottesbezug. Deswegen werde ich dem CDU-Antrag zustimmen. Gerade der Gottesbezug im Grundgesetz hat für mich nicht den Charakter einer Ausgrenzungsformel, sondern **verfassungsgeschichtlichen Charakter**. Ich denke, auch unserer Landesverfassung würde eine Demutsformel, ein Halt im Absoluten, analog zu der Fassung im Grundgesetz, gut zu Gesicht stehen. Deswegen dafür meine Zustimmung.

Sollte es für den CDU-Antrag keine Zweidrittelmehrheit geben, kommen wir zum Antrag der fünf Abgeordneten. Auch darüber habe ich intensiv nachgedacht und Ihren Reden sehr aufmerksam gelauscht. Ich muss aber sagen, dass ich zum Schluss gekommen bin, dass ich dem nicht zustimmen werde. Ich fand zum einen das Verfahren höchst bedenklich.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Aber völlig unabhängig davon finde ich, dass dieser Text zu viel vermengt. Er wirkt sehr beliebig. Deswegen kann ich ihm nicht zustimmen. Er überzeugt mich einfach nicht.

Wenn Gottesbezug, dann ein klarer Gottesbezug. Deswegen stimme ich dem zu. Auch nachher in der Endabstimmung werde ich der Verfassung in der Version des interfraktionellen Antrags zustimmen.

Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich die Diskussion über den Gottesbezug persönlich sehr wertvoll fand. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten an der Diskussion ganz herzlich bedanken.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der Kollege Klug gerade eben noch einmal auf die **Schulen der dänischen Minderheit** eingegangen ist, möchte ich dazu noch etwas sagen. Ich möchte nicht unbedingt auf seine Regierungszeit als zuständiger Minister eingehen, sondern einfach erklären, warum die Schulen der dänischen Minderheit in die Verfassung aufgenommen werden.

Das ist eine minderheitenpolitische Forderung. Wir wollen hier nicht ein zweites Schulgesetz machen, das ist überhaupt nicht die Frage, sondern wir haben geschaut, welche Minderheiten in unserem Land Schleswig-Holstein Bedürfnisse haben. In diesen Zusammenhang gehört auch die große Sprachgruppe der Niederdeutschen. Deshalb haben wir gefragt: Wer will Schulunterricht in seiner Sprache haben, und wie wird das organisiert? Bei der dänischen Minderheit passiert das in einem eigenen Schulsystem. Deshalb hat man dort entsprechend die **finanzielle Gleichstellung der dänischen Schulen** mit aufgenommen. Bei den Friesen und in der niederdeutschen Sprachgruppe gibt es den Wunsch, in öffentlichen Schulen Schulunterricht in ihren Sprachen zu bekommen. Auch das ist in die Verfassung aufgenommen worden.

Das ist der einzige Hintergrund dafür, warum diese schulpolitischen Dinge auch in die Verfassung aufgenommen werden. Damit zeigen wir, dass wir durchaus einen neuen Schritt gehen. Dabei gebe ich Ihnen vollkommen recht. Ich glaube aber, dass dieser Schritt ein richtiger ist, weil er Inspiration für andere Bereiche geben kann. Der Herr Kollege Krumbeck hat eben gerade auch noch einmal erklärt, dass es dann darum geht, dass die dänischen Schulen die **öffentlichen Schulen des dänischen Bevölkerungsteils** sind. Die Angehörigen der dänischen Minderheit können eben nicht auswählen, denn in dem Moment, wo sie auswählen, lehnen sie ihre eigene Identität ab, sie müssen eigene Schulen haben. Jedenfalls ist das System so angelegt. Deshalb ist es auch zu rechtfertigen, dass dänische Schulen hier weiter bestehen und entsprechend gefördert werden.

Das Zweite ist eine persönliche Erklärung auch meinerseits zum **Gottesbezug**. Als ich im Sonderausschuss „Verfassungsreform“ tätig war, habe ich etwas gemacht, was der Kollege Tietze gerade eben

(Lars Harms)

als wichtig, bahnbrechend und eine richtige Idee dargestellt hat, ich habe nämlich gesagt: Lasst uns doch hineinschreiben, dass wir uns auf das religiöse, geistige und humanistische Erbe beziehen. Das war allerdings damals nicht konsensfähig, weil in diesem Vorschlag das Wort „Gott“ fehlte. Das war das Problem. Wir wollten das also damals schon, aber es gab dafür damals schon keine Mehrheit. Wie gesagt - das habe ich vorhin auch schon einmal gesagt -, man könnte auch hinschreiben: „Im Bewusstsein der Begrenztheit menschlicher Vernunft“, wie es der Kollege Tietze formuliert hat.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ginge alles, das wurde aber eben nicht gemacht - aus welchen Gründen auch immer. Es wurde immer wieder gesagt, es müsse ein Gottesbezug sein. Das führt für mich zu der Einschätzung, dass es eine Glaubensfrage ist. Ob ich diese Glaubensfrage dann in einer Verfassung so hervorheben möchte oder nicht, ist eine Glaubensfrage und eine Frage, die jeder mit sich selbst ausmachen muss. Ich für meinen Teil kann sagen, dass ich mich dazu entschlossen habe, einem Gottesbezug gleich welcher Art nicht zuzustimmen, weil ich nicht glaube, dass eine solche Hervorhebung dieses einen Gottesbezugs gerechtfertigt wäre. Wir haben wir mehr Menschen zu vertreten. Das ist auch nicht meine innere Überzeugung, dieses zu tun. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SSW und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann die Überlegungen des Kollegen Krumbeck nachvollziehen. Auch wir haben Probleme mit der Frage, ob Finanzierungsfragen in die Verfassung gehören, ja oder nein.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Aber das ist entschieden. Und wenn wir das entschieden haben, steht für einige von uns aus der Fraktion die Frage im Raum, ob aus Gleichbehandlungsgrundsätzen heraus alle **Schulen in privater Trägerschaft** - und die dänischen Schulen sind in privater Trägerschaft - gleichbehandelt werden müssen, ja oder nein. Drei von uns haben sich dafür entschieden, das auch zur Kardinalfrage bei der

Verfassungsabstimmung zu machen. Drei haben sich dagegen entschieden. Sie sehen, die FDP-Fraktion ist in sich in dieser Frage komplett gespalten.

(Heiterkeit)

Aber wir haben vielfältige Facetten lange miteinander diskutiert. Ich komme damit zum zweiten Teil meiner Anmerkungen, zur Frage des Gottesbezuges. Ich bitte Sie, genau zuzuhören und das auch ernst zu nehmen.

Wenn ich den Ausführungen des Kollegen Heinemann, den ich sehr schätze, folge, löst sich der Bezug ins Nirvana, ins Nichts, auf, und damit auch der Verantwortungsbegriff.

(Vereinzelter Beifall FDP, Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Ich kann nicht vor irgendetwas transzendental die Verantwortung übernehmen und glauben, dass Menschen das nachvollziehen können.

Herr Kollege Tietze, diejenigen, die jetzt gerade in Syrien und im Irak unter dem Namen IS unterwegs sind, glauben mit Sicherheit auch, dass sie in Verantwortung vor Gott - so irre das sein mag - unterwegs sind.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir bauen eine Verfassung!)

- Wir bauen eine Verfassung. Glauben wir doch nicht, dass die, die dort mit falschen Vorstellungen unterwegs sind, nicht auch auf der Grundlage entsprechender Überzeugungen unterwegs sind. Deshalb sage ich: Seien wir vorsichtig! Ich habe den Kollegen Daniel Günther gerade auf das zweite Gebot hingewiesen. Das zweite Gebot lautet: Du sollst den Namen deines Herrn nicht missbrauchen. Manche Übersetzungen sagen sogar: Du sollst den Namen deines Herrn nicht unnützlich gebrauchen.

(Zuruf Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich erwarte schlicht und ergreifend, dass wir akzeptieren, dass Verantwortung nicht delegierbar ist, sondern immer in einem selbst existiert, dass ich sie nicht weggeben kann. Ich traue auch niemandem über den Weg, der glaubt, er habe eine größere Verantwortung gegenüber einem imaginären Wesen als gegenüber den Menschen, für die er Repräsentant ist oder eben nicht.

(Vereinzelter Beifall FDP, Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], Uli König [PIRATEN],

(Wolfgang Kubicki)

Torge Schmidt [PIRATEN] und Lars Harms [SSW])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Tietze?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Selbstverständlich, Herr Präsident.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, Herr Kollege Kubicki. - Das ist so eine Mischung aus Frage und vielleicht Richtigstellung. Seit 60 Jahren gibt es diesen Begriff „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“ im Grundgesetz. Das Grundgesetz steht für eine freiheitliche Grundordnung, für Menschenrechte, Menschenwürde, für viele Themen, die Sie - wahrscheinlich genauso wie ich - für verteidigbar halten, die Freiheit und Gerechtigkeit betreffen. Deshalb ist doch gerade der Gottesbegriff in unserem Grundgesetz auch ein Angebot für die Zukunft. Das heißt, diejenigen, die Gott missbrauchen wollen, müssen sich auf der Grundlage der Verfassung auch mit der Frage des Gottesbegriffs auseinandersetzen. Das ist doch ein Fortschritt, eine Aufklärung, die es letztlich den Menschen nicht nur in Deutschland, sondern weltweit möglich machen wird, eben nicht in religiösen Kriegen und Auseinandersetzungen zueinander zu stehen, sondern aufgrund der Freiheit und des Rechts miteinander umzugehen.

- Herr Kollege Dr. Tietze. Ich nehme Sie jetzt einmal wirklich ernst. Wenn das, was Sie gerade gesagt haben, von Ihnen ernst gemeint ist, dann brauchen Sie Gott in der Verfassung nicht. Dann brauchen Sie ihn nicht.

(Vereinzelter Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wenn Sie sozusagen den **Gottesbegriff** durch die **Verfassung** interpretieren wollen, brauchen Sie nichts mehr darüber hinaus. Dann reicht es, einfach das Wertesystem der Verfassung, die Aussprüche dort, zur Kenntnis zu nehmen und sich danach zu richten.

Aber wenn Sie schon das **Grundgesetz** ansprechen, empfehle ich Ihnen, einmal nachzulesen, was die Väter und Mütter des Grundgesetzes unter dem

Gottesbezug verstanden haben: den christlichen Gott. Insofern finde ich die Haltung - darüber mag man diskutieren - des Kollegen Kumbartzky schon konsequent, zu sagen, wenn ich mich auf ein Wertesystem berufen will, dann auf den christlichen Gott, der über Jahrhunderte hinweg unser Gemeinwesen mit seinen Vorstellungen geprägt hat, mit den Geboten, die heute in der Kirche - hoffe ich jedenfalls - noch gelehrt werden, und mit der Friedensinitiative, die von der christlichen Gemeinschaft ausgeht - die des Neuen Testaments, nicht des Alten Testaments.

Ich will damit nur sagen: Sie müssen mit Ihrer Argumentation aufpassen, nicht in die falsche Bahn zu laufen. Wenn man das auflöst, wenn man es konsequent macht wie die Union oder der Kollege Kumbartzky, dann kann man dem folgen. Wenn man es ins Nichts auflöst, wird der **Verantwortungsbegriff** sinnlos, und damit ist dieser Anspruch an die Verfassung und die Verfassung in sich selbst auch nicht mehr realisierbar. Das ist meine feste Überzeugung. Glauben Sie mir, ich war lange Zeit Bibellehrer im Christlichen Verein Junger Männer. Ich bin gläubiger Christ.

(Heiterkeit)

- Ja, aber der CVJM in Deutschland ist ein anderer als der in den USA. Das muss man dazu sagen.

(Heiterkeit)

Herr Dr. Tietze, da Sie auch Vertreter einer Amtskirche sind, müssen wir uns die Frage stellen: Wie verhält es sich denn mit der katholischen Kirche und unserer Verfassung, mit der Frage der Gleichberechtigung der Frau? Wessen Verantwortung gilt jetzt eigentlich mehr, die Verantwortung vor Gott, wie Sie das glauben, oder die Verantwortung vor den Menschen und der Verfassung, die wir haben?

(Vereinzelter Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Wenn Sie die Frage plausibel beantworten können, können wir uns weiter unterhalten. Ich möchte jetzt nicht die Amtskirchen angreifen, aber ich sage noch einmal: Eine **Verfassung** ist ein **Regelwerk für Menschen**. Die Amerikaner konnten drauf verzichten - dankenswerterweise. Wir können das in Schleswig-Holstein auch, uns bricht dabei kein Zacken aus der Krone. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich gegen Ende der Debatte noch einmal bei denjenigen bedanken, die im Ausschuss an dieser Verfassung mitgearbeitet haben. Es ist ein bisschen in den Hintergrund getreten, aber ich finde, das ist ein gutes **Ergebnis**, was der **Ausschuss** vorgelegt hat.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb sage ich für mich auch ausdrücklich, dass ich unabhängig von den Vorabstimmungen und ihrem Ausgang am Ende zustimmen werde, weil ich glaube, dass das eine gute Verfassung ist.

Ich will darauf hinweisen: Das **Grundgesetz** gilt auch in Schleswig-Holstein. Ich finde, das ist gut so. Das führt für mich dazu, das es am Ende - wie auch immer es ausgeht; auch wenn es meiner persönlichen Präferenz nicht entsprechen sollte; ich persönlich bin für den Gottesbezug; aber auch wenn es am Ende dem nicht entsprechen wird - einer Verfassung gut zustehen kann. Wie gesagt: Das Grundgesetz gilt auch in Schleswig-Holstein. Das war die erste Bemerkung.

Zweitens. Herr Kollege Dr. Klug, ich finde es ein bisschen schade. Man kann in der Frage der **freien Schulen** wirklich ganz unterschiedlicher Auffassung sein. Aber es sollte jetzt nicht darum gehen, um Mittel für Schulen so herum oder so herum zu feilschen, sondern man muss schon verstehen, Herr Kollege Dr. Klug, dass die dänischen Schulen die allgemeinbildenden Schulen der dänischen Minderheit sind, also wie die deutschen allgemeinbildenden öffentlichen Schulen auch. Das ist der Punkt. Deshalb stimmen wir dem zu, nicht weil wir eine schulpolitische Veranstaltung machen wollen. Ich bitte Sie herzlich, das nicht miteinander zu verknüpfen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man kann über das andere streiten - das tun wir hier auch -, aber das eine hat mit dem anderen wirklich nichts zu tun. Es wirkt ein wenig schal, wenn es sozusagen in den Zusammenhang gebracht wird, wie Sie es gemacht haben.

Drittens. Ich will ausdrücklich an das anknüpfen, was der Kollege Dr. Garg gesagt hat, denn er hat vollkommen recht mit dem, was er gesagt hat. Ich

habe in meiner Partei und meiner Fraktion großen Wert darauf gelegt - auch auf den Parteitagen, wo es solche Anträge gab -, dass das mit dem **Gottesbezug** keine Entscheidung sein darf, die Parteien oder Fraktionen treffen, sondern das hat jeder Abgeordnete selbst zu tun - im Respekt vor dem, dass das auch jeder andere tut. Deshalb hat es das für uns auch nicht gegeben und wird es für uns auch nicht geben, sondern es muss und darf jeder Abgeordneter selbst entscheiden. Und jede Entscheidung, die da getroffen wird, hat auch die gleiche Wertigkeit. Ich werbe da sehr für Respekt und Toleranz und gegen jedwede Form auch moralisierender Einflussnahme. Ich glaube, das wird dem nicht gerecht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Viertens. Ich persönlich finde weder das **Verfahren** noch die **Formulierung** des **Kompromissvorschlags** besonders gelungen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Oliver Kumbartzky [FDP])

- Das würde ich gern sagen. Und trotzdem sage ich, ist das am Ende der Vorschlag, dem ich zustimmen kann. Warum? - Weil es der Vorschlag ist, der sich intensiver als der CDU-Vorschlag darum bemüht, möglichst alle einzubeziehen. Da das Grundgesetz für mich ja auch gilt, ist für mich die Toleranz der Kernpunkt. Ich möchte gern eine Verfassung haben, die nicht nur für alle gilt, sondern auf die sich auch alle beziehen können - wie auch immer Sie das für sich herleiten. Ich betrachte es aus dem Gesichtspunkt der Toleranz heraus, das ist für mich entscheidend. Ich will niemanden moralisieren, ich finde, niemand ist einem anderen überlegen. Es gibt überhaupt keinen Grund, so etwas auszudrücken. Die Verfassung ist für alle da, und Toleranz ist da für mich ein ganz wesentlicher Punkt. Toleranz ist übrigens durchaus auch ein Mittel, um zu bewerten, dass manch einer, der im Namen Gottes Dinge angerichtet hat, das in einer Berufung getan hat, die höchst fragwürdig ist. Dass die Amerikaner „In God we trust“ auf ihre Geldscheine drucken, ist eine merkwürdige Form - finde ich - des Gottesbezuges.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ein Druckfehler, das heißt: „In Gold we trust!“ - Heiterkeit)

Das ist nicht meine Welt. Deshalb begründe ich für mich persönlich, wie ich abstimme.



(Dr. Ralf Stegner)

Aber ich möchte noch einmal sagen: Weder muss irgendjemand irgendwas hier begründen, sondern jeder kann das für sich sagen und bewerten, das ist gleich viel wert, noch muss moralisiert werden, muss kleingemacht werden.

Ich finde es gut, wenn das Parlament gelegentlich auch Diskussionen zulässt wie diese, die wir hier heute haben. In ihnen kann jeder seine eigene Wertehaltung deutlich machen, mit Toleranz und ohne Erhöhung. Das Signal nach außen könnte nämlich sein: Egal, woran ihr, sie oder er glaubt, dieses Parlament ist für alle da. Wir machen eine Verfassung, die für alle da ist, und wir haben Respekt vor jedem einzelnen Menschen. Die Würde des Menschen ist unantastbar - das gilt für alle Menschen in Deutschland.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Volker Dornquast [CDU], Dr. Heiner Garg [FDP] und Oliver Kumbartzky [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat die Abgeordnete Anke Erdmann.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beim letzten Mal habe ich schon ausgeführt, warum ich glaube, dass diese **Debatte um den Gottesbezug** in der Verfassung nicht zur Gretchenfrage taugt: Wie hältst du es mit Gott?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit der Religion!)

- Mit der Religion. Ich trage die vier Buchstaben im Herzen, aber nicht in der Verfassung. Ich freue mich aber auch über diese Debatte, die wir heute geführt haben.

Ich möchte noch einmal ein paar Worte sagen. Die Demutsformel - das hat Lars Harms schon dargestellt - hätte man auch anders formulieren können. Ein Punkt kommt immer wieder - auch von meinem Fraktionskollegen Herrn Tietze -, dass allein die Nennung von Gott uns vor totalitären Strukturen bewahren könnte. Ich möchte nur darauf hinweisen: Auf dem Koppel der Wehrmachtssoldaten stand: „Gott mit uns“. Das sage ich in aller Vorsicht. Aber man muss es einfach einbeziehen. Diesen Wunsch nach einer Zauberformel - den ich nachvollziehen kann -, dass uns das nie wieder geschieht, kann ich verstehen, aber - wie gesagt - ich glaube nicht dran.

Ich habe mich jetzt aber gemeldet, um auch noch einmal auf den Beitrag von Herrn Dr. Klug einzu-

gehen. Gott jetzt gegen die freien Schulen zu „verdealen“, das ist mir echt etwas zu liberal im weiteren Sinne, nicht als Fraktion, sondern das ist mir einfach ein bisschen zu lässig.

(Anita Klahn [FDP]: Wer macht das denn? - Christopher Vogt [FDP]: Das ist eine Frecheheit!)

Zu sagen: Ich stimme einer Formulierung nur zu, wenn das auch aufgenommen wird!, finde ich schwierig.

(Anita Klahn [FDP]: Wieso das denn? - Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

- Okay, Herr Dr. Garg, wenn Sie das klarstellen wollen, dann bitte gern.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat dann Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Liebe Kollegin Erdmann, der Kollege Klug - jedenfalls ist das mein Kenntnisstand - würde einer Verfassung mit Gottesbezug nicht zustimmen. Das hat er hier auch immer deutlich gemacht. Er hat gesagt, er könne dem interfraktionellen Antrag auf Drucksache 18/2115 nur unter der Voraussetzung zustimmen, dass der Änderungsantrag der FDP angenommen wird. Er hat nie den Bezug „Gott gegen Schulfinanzen“ hergestellt.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Wir sind ja gerade bei der Klug-Exegese. Das passt ja zum Thema. Dann heißt es also: Herr Klug wird der gesamten Verfassungsänderung nicht zustimmen. Dann habe ich das richtig verstanden.

(Zuruf Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Natürlich ist die Abstimmung frei. Ich hatte das anders verstanden, Herr Klug.

Nur noch einen Satz: Wenn das für Sie so ein großes Thema ist, dann hätte ich mir zu Ihren Regierungszeiten durchaus mehr Kraft für die freien Schulen gewünscht.

Noch einmal zum Gottesbezug. Herr Kubicki kommt wahrscheinlich aus christlichen Jugendkreisen. In Matthäus 5 heißt es sinngemäß: In Eurer Rede sei Ja Ja, Nein Nein; alles andere stammt vom Bösen. - Dabei geht es genau um solche Schwurformel. Das glaube ich.

(Anke Erdmann)

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PIRATEN haben in der Debatte so ein bisschen den Eindruck erweckt, als solle bei der **Verfassungsänderung** die **direkte Demokratie** an den Rand gedrängt werden.

Dabei begeben Sie sich selbst aber in ein kleines Problem. Offensichtlich sind Sie der Auffassung, dass wir uns selbst entmächtigen sollen. Das bedeutet Ihr Antrag: keine Verfassungsänderung ohne eine anschließende Volksabstimmung. Man soll also nach Ihren Vorstellungen erst eine Zweidrittelmehrheit im Landtag brauchen und dann eine Volksabstimmung. In Ihrem Gesetzentwurf heißt es dazu:

„Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung ... von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages und des Volkes mit der Mehrheit der Abstimmenden ...“

Wenn das Ihre Auffassung ist, dann frage ich mich, warum Sie Ihren Gesetzentwurf nicht in Form einer Volksabstimmung auf den Weg gebracht haben. Das ist nämlich jetzt schon nach Artikel 42 möglich. Tun Sie das doch einfach!

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ein **doppeltes Quorum** hat zwei Folgen. Zunächst einmal wird eine Verfassung eingefroren. Deshalb steht in der hessischen Verfassung heute noch die Todesstrafe, was ich ablehne. Außerdem steht in der hessischen Verfassung auch noch die Bankenverstaatlichung, die in der Bankenkrise bei einzelnen Banken in Hessen durchgeführt wurde. Das war aber wahrscheinlich kein Verfassungsauftrag.

Insofern kann man das wollen, was Sie wollen, aber doch bitte nicht einen Verfassungsänderungsantrag, bei dem Sie nur eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments brauchen. Dann gehen Sie den Weg, den Sie mit Ihrem Antrag weiterhin offenhalten wollen. Artikel 42 Absatz 4 Satz 2 und 3: Volksabstimmung in Schleswig-Holstein. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, das entsprechend zu machen. Deshalb finde ich es etwas komisch, zu sagen: Wenn ich das

nicht bekomme, dann mache ich alles andere nicht mit.

(Zuruf PIRATEN)

- Doch. Ich glaube, die Kollegin Beer hat gesagt, dass sie dem dann nicht zustimmen kann.

(Uli König [PIRATEN]: Eine Person!)

- Entschuldigung, ich beziehe mich auf Wortbeiträge von einzelnen Personen, aber nicht auf Chöre. Es besteht jetzt die Gelegenheit, das zurückzunehmen. Dann machen Sie zum Beispiel auch die Quorenabsenkung nicht mit. Dann machen Sie die Änderung im Petitionsausschuss nicht mit. Jetzt besteht aber die Gelegenheit, das richtigzustellen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Dr. Dolgner, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung der Frau Abgeordneten Beer?

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Ja.

**Angelika Beer [PIRATEN]:** Jetzt kommt die Richtigstellung. Herr Kollege, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich gesagt habe - aufgrund Artikel 20 des Grundgesetzes, den ich gern bei uns in einer direkten Volksabstimmung praktiziert gesehen hätte -, dass ich dem Piratenantrag zustimme und alle Anträge mit Gottesbezug ablehne? Daraus ergibt sich, dass ich mich bei einem bestimmten Vorschlag enthalten werde.

- Wenn Sie sich bei einem bestimmten Vorschlag enthalten werden, Frau Kollegin Beer, dann bedeutet das auch eine Ablehnung, weil Sie eine Zweidrittelmehrheit brauchen. Damit verhindern Sie auch die Quorenabsenkung. Das tun Sie faktisch. Das ist für mich inkonsequent, weil Sie damit die ganzen Sachen, die die PIRATEN auch gewollt haben, ablehnen. Man kann versuchen, so durch die politische Welt zu gehen. Ich empfehle diesen Weg allerdings nicht.

Wenn Sie schon auf Artikel 20 Grundgesetz rekurren, weise ich Sie darauf hin, dass das Grundgesetz nur zwei direkt-demokratische Elemente vorsieht. Dies betrifft die Neugliederung des Bundesgebiets und die Ablösung der Verfassung, aber nicht etwa deren Änderung. In Artikel 20 Absatz 2 geht es um **Wahlen** und um **Abstimmungen**. Diese sind gleichgestellt. Wir als SPD haben mit für diese Gleichstellung gekämpft.

(Dr. Kai Dolgner)

Sie aber wollen eine Priorisierung von Abstimmungen gegenüber der repräsentativen Demokratie. Das Volk soll nach Artikel 42 Absatz 4 Satz 2 und 3 die Verfassung weiterhin allein ändern können. Wir sollen die Verfassung aber nicht mehr ändern können, nicht einmal mehr mit einer Zweidrittelmehrheit. So ist Ihr Gesetzentwurf zu verstehen. So meinen Sie das auch. Patrick Breyer wird uns gleich semantisch erklären, dass das alles gar nicht so gemeint war.

Herr Breyer, gehen Sie Unterschriften sammeln und gehen dann eine Verfassungsänderung an! Dann machen Sie das sauber.

Abschließend noch eine Bemerkung zum Thema des **Gottesbezugs**. Rein empirisch kann ich nicht nachvollziehen, dass Verfassungen mit Gottesbezug vor Totalitarismus schützen. Dann hätte die Verfassung aus dem Jahr 1934 Österreich auch geschützt. Auf der anderen Seite kann ich auch nicht nachvollziehen, dass Verfassungen ohne Gottesbezug vor Totalitarismus schützen. Das hätte die DDR-Verfassung geschützt. Ich glaube, vor Totalitarismus schützt ein Leben von Werten durch die Menschen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich trete immer gern in einen fachlichen Dialog mit dem furchtlosen Abgeordneten Dr. Kai Dolgner ein.

Vielleicht vorab noch ein Wort zu dem, was Wolfgang Kubicki gesagt hat. Das Problem der **Gleichbehandlung dänischer Minderheitsschulen** und der **Ersatzschulen** haben wir natürlich im Verfassungsausschuss geprüft. Wir haben das sogar vom Wissenschaftlichen Dienst prüfen lassen. Dieser hat festgestellt, dass es sich rechtfertigen lässt, die eine Sache in die Verfassung aufzunehmen, und die andere Sache nicht in die Verfassung aufzunehmen.

Jetzt zur Frage der **Volksabstimmung**. Ich finde es hochinteressant, Herr Kollege Kai Dolgner, dass Sie uns jetzt vorschlagen, wir sollten eine Volksabstimmung darüber vornehmen lassen, ob wir eine Volksabstimmung vornehmen lassen wollen. Ich glaube, so habe ich das richtig verstanden. Das finde ich hochspannend, aber nicht sinnvoll.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

**Präsident Klaus Schlie:**

Bitte.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege Dr. Breyer, wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie der Auffassung, dass Verfassungsänderungen zukünftig nur durch das Volk legitimiert werden können. Das entspricht Ihrem Gesetzentwurf. Sie haben jetzt schon die Möglichkeit, Ihren Gesetzentwurf völlig frei am Parlament vorbei durch eine Volksabstimmung legitimieren zu lassen. Nach Artikel 42 unserer Verfassung ist das bereits jetzt möglich. Dabei sind wir übrigens sogar viel weiter als das Grundgesetz. Darauf habe ich Sie aufmerksam gemacht. In der Konsequenz bedeutet das nicht, eine Abstimmung darüber zu machen, ob man eine Abstimmung will. Vielmehr können Sie gleich über Ihren Gesetzentwurf abstimmen lassen, und zwar über das normale Verfahren, über eine Volksinitiative, über ein Volksbegehren, über einen Volksentscheid. Das ist in der Verfassung bereits enthalten.

Ich habe mich lediglich dagegen ausgesprochen, dass Sie einführen wollen, dass wir die Verfassung nicht mehr ohne eine Volksabstimmung ändern können. Das ist nicht nur ein semantischer, sondern ein sehr realer Unterschied, und das unterscheidet uns beide.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Lieber Kai Dolgner, erstens will ich, dass wir alle beschließen, dass wir Verfassungsänderungen nur noch mit Zustimmung des Volkes machen. Damit meine ich dasselbe Wir.

Zweitens können wir die Verfassungsreform gern so vollziehen, dass wir Unterschriften dafür sammeln, statt als Parlament zu entscheiden. Das können wir natürlich gern machen.

**(Dr. Patrick Breyer)**

Drittens verzeihe ich Ihnen Ihre Bemerkung, weil Sie nicht im Sonderausschuss Verfassungsreform dabei waren. Wir haben dort erörtert, wie es möglich sein könnte, dem Volk die eigentliche Verfassungsänderung in einem zweistufigen Verfahren zur Entscheidung vorzulegen. Das wäre also möglich.

Wir schlagen das vor und halten das für richtig. Ich würde mich freuen, wenn auch andere dem zustimmen würden.

Die Tatsache, dass in der hessischen Landesverfassung noch von der Todesstrafe die Rede ist, liegt daran, dass der Landtag noch keine Streichung der Todesstrafe beschlossen hat. Ich bedauere das ausdrücklich. Ich bin mir sicher und überzeugt, dass eine große Mehrheit - wie es sich auch in Meinungsumfragen zeigt - gegen die Todesstrafe ist, weil diese unmenschlich ist und wir sie auch nicht brauchen.

Gegen die Versteinerungsthese, die Sie vorhin vorgebracht haben, spricht im Übrigen ganz zentral die Bayrische Landesverfassung. Auch in Bayern bedürfen Verfassungsänderungen einer Bestätigung durch ein Volksreferendum. Schauen Sie sich einmal die Bayrische Verfassung, die Häufigkeit ihrer Änderungen und die Länge an. Dann können Sie feststellen, dass das keinesfalls zu einer Versteinerung geführt hat.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Dr. Breyer, ich habe diesem hochintellektuellen Diskurs zwischen Ihnen und Herrn Dr. Dolgner Folge geleistet und frage mich jetzt wirklich: Wenn Sie der Auffassung sind, dass dieses Parlament künftig nicht mehr über Verfassungsänderungen entscheiden soll, sondern nur das Volk, warum befragen Sie nicht bereits jetzt das Volk, ob es mit dem, was Sie vorschlagen, einverstanden ist? Das können Sie doch machen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Sie brauchen dieses Parlament doch überhaupt nicht für die Umsetzung Ihrer Vorstel-

lungen. Sie könnten selbst eine **Volksinitiative** mit dem Ziel starten, die Verfassung so zu ändern, wie Sie es wollen. Wenn Sie dafür die entsprechenden Mehrheiten bekommen, ist das in Ordnung. Warum soll dieses Parlament, das Sie künftig für unfähig halten, in diesen Fragen zu entscheiden, noch über Ihren Antrag entscheiden?

- Herr Kollege, mit gleichem Recht fordern wir, dass das Parlament das Volk dahin gehend befragt, wie die Menschen die Verfassung in der Frage der Ersatzschulfinanzierung und in vielen anderen Punkten ändern wollen. Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger sich noch nie gegen mehr Mitentscheidung ausgesprochen haben. Umgekehrt gibt es eine breite und große Unterstützung dafür, Volksentscheide endlich auf Bundesebene einzuführen. Auch dies fordern wir. Vor diesem Hintergrund werden sich die Bürgerinnen und Bürger nie dagegen wehren, dass man sie fragt. Umgekehrt, sie wünschen sich dies ausdrücklich.

(Zurufe SPD)

Wenn Sie dies wollen, dann sind wir gern einverstanden, in die Verfassung hineinzuschreiben, dass wir eine Volksabstimmung über die Verstetigung dieses Verfahrens durchführen. Leider habe ich im Innen- und Rechtsausschuss und auch im Sonderausschuss „Verfassungsreform“ dafür überhaupt keine Unterstützung vernommen. Wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger außen vor lassen wollen und sie ausdrücklich nicht befragen, dann sind wir PIRATEN durchaus bereit, darüber nachzudenken, ob wir dies nicht über eine Volksinitiative erzwingen. Darüber müssen wir nachdenken. Das ist mit sehr hohen Hürden verbunden, und es ist sehr schwer machbar. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger würden sich dies anders wünschen, nämlich dass wir Politiker freiwillig sagen: Wir erkennen das berechnete Interesse an, den Gesellschaftsvertrag nicht ohne die Gesellschaft abändern zu dürfen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gut.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege Dr. Breyer, der Sie immer zu wissen glauben,



(Dr. Patrick Breyer)

wie das Volk generalistisch denkt: Erkennen Sie an, dass hier eine übergroße Mehrheit von Menschen sitzt, die - auch nach Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz - gewählt worden sind, die Ihren Vorschlag für nicht praktikabel halten? Ist das Volk in der repräsentativen Demokratie dadurch weniger repräsentiert? Ist das Ihre Auffassung?

Zweitens sage ich ganz konkret, weil Sie mich angesprochen haben: Über die Drucksache 18/196 haben wir im Innen- und Rechtsausschuss schon beraten. Sie ist völlig unabhängig von Ihnen eingereicht worden, nämlich vor der Verfassungsreform. Aufgrund genau dieser Drucksache hätten Sie jederzeit ein Bürgerbegehren einreichen können. Das hätten Sie vor zwei Jahren schon machen können. Das können die Bürger in diesem Land übrigens auch zukünftig machen. Bei direkter Demokratie geht es um die Gleichstellung mit der parlamentarischen Demokratie, nicht um eine Änderung von Rangreihenfolgen; jedenfalls gilt dies für die meisten hier im Haus. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die meisten hier im Haus sehr wohl vom Volk gewählt worden und nicht vom Himmel gefallen sind.

- Herr Kollege Kai Dolgner, Sie dürfen gern stehen bleiben, während ich antworte. - Ich denke, ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, dass die Regelungen über Volksentscheide in der Landesverfassung insgesamt in verschiedener Hinsicht defizitär sind. Wenn die freiwillige Bereitschaft, daran etwas zu ändern, nicht vorhanden ist, werden wir überlegen müssen, ob es in Schleswig-Holstein genügend Unterstützung gibt, um dies den Bürgerinnen und Bürgern selbst zur Entscheidung vorzulegen. Ich finde es schade, dass dies notwendig ist. Ich fände es besser, wenn wir selbst dazu bereit wären. Ich glaube, die große Teilnahme an den Verfassungsreferenden zum Beispiel in Bayern zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger ein sehr starkes Interesse daran haben.

Zu Ihrer zweiten Bemerkung vom Verhältnis zur **repräsentativen Demokratie**: Wir sind Volksvertreter, so steht es in der Verfassung. Wir vertreten die Bürgerinnen und Bürger. Aber, wie meine Kollegin Angelika Beer gesagt hat: Die Macht geht vom Volk selbst aus. Das heißt, wenn der Souverän selbst eine Entscheidung an sich zieht, gibt es keinen Raum dafür, dass die Vertreter abweichend entscheiden.

Hier komme ich zu dem Punkt, den die Kollegen von der CDU-Fraktion gegen die Erleichterung von Volksentscheiden eingewandt haben: Wenn wir 69 uns anmaßen, für alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zu entscheiden, dann sind die Qualität und die Legitimität eines Volksentscheides doch mindestens genauso gut wie das, was wir hier als 69 Vertreter entscheiden können. Wenn 15 % der Bürger mitstimmen, dann sind das immer noch Hunderttausende. Im Übrigen zeigen Untersuchungen, dass die **Repräsentativität** durchaus gewahrt ist, wenn 15 % abstimmen. Das heißt, dass auch dies immer schon dem Mehrheitswillen entspricht. Das finde ich gut. Vor diesem Hintergrund fordere ich Sie noch einmal auf: Alle Macht dem Volk, lassen Sie die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Jetzt haben wir genug diskutiert, daher gestatte ich diese nicht. - Danke schön.

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu Dreiminutenbeiträgen mehr vor. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Torsten Albig zu einer persönlichen Erklärung.

**Torsten Albig [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute über die **Änderung der Landesverfassung** abzustimmen. Das ist eine gute neue Landesverfassung. Wir haben drei Varianten abzustimmen, weil wir drei Varianten von Präambeln haben. Vielleicht werde ich am Ende der Abstimmung meine Hand dreimal für Ja gehoben haben. Ich werde dies allerdings mit sehr unterschiedlich großer Freude tun.

Ich habe in unserer ersten sehr emotionalen, aber - wie ich fand - auch sehr inhaltsstarken Lesung im Juli sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, was meine Position ist: Ich wünsche mir eine **Landesverfassung mit Gottesbezug**; keine Verfassung im Namen Gottes, sondern eine Verfassung in Verantwortung vor Gott. Das bringt für mich die Vorlage der CDU-Fraktion am besten zum Ausdruck, die

(Torsten Albig)

das aufnimmt, was wir seit 1949 in unserem Grundgesetz finden; der - wie ich finde - besten Verfassung, die unser Land je gesehen hat.

(Beifall CDU und Detlef Matthiessen  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich halte es persönlich für wichtig, dass wir uns die Grenzen unseres Handelns bewusst machen. Anfang September hat Professor Di Fabio in dem schon erwähnten Vortrag im Landeshaus sehr faszinierend vorgetragen und sich dazu geäußert. Ist dies ein theologischer Begriff? - Nein, er hat deutlich gemacht: Der **Gottesbezug in der Verfassung** ist kein theologischer Begriff. Er ist eine **staatsrechtliche Formel**, mit der wir als Verfassungsgeber unsere Bescheidenheit und unsere Demut ausdrücken. Wir drücken damit unser Verständnis von dem, was wir tun, aus.

Es ist etwas völlig anderes, ob ich auf ein Koppel schreibe: Gott mit uns. Das tue ich in dem Verständnis, dass ich dies missbrauchen will. Wenn wir es tun, dann tun wir als Verfassungsgeber dies in einem Verständnis von Demut. Das ist eine Formel, in der wir mitgeben und beschreiben würden: Wir sind fehlbar, unser Wissen ist endlich. Wir treffen damit gerade keine religiöse oder weltanschauliche Festlegung. Niemand in Schleswig-Holstein wäre künftig verpflichtet, deshalb an Gott zu glauben. Wir sagen nur, es besteht die Möglichkeit, dass da noch etwas ist, was jenseits unseres menschlichen Erkenntnisvermögens liegt; jenseits unserer Vernunft.

Sollte sich im Hohen Haus hierzu keine Zweidrittelmehrheit finden, so ist das demokratische Realität. Demokratie heißt, Kompromisse zu finden. Ich finde, der **Vorschlag der fünf Abgeordneten** ist ein guter und geeigneter **Kompromiss**. Er öffnet die Zugänge zu einer solchen Verfassung. Er gibt auch mir, für den es aus meinem Wertekorsett heraus wichtig ist, dass es so eine Beschreibung gibt, die Möglichkeit mitzugehen. Er gibt auch mir einen identitätsstiftenden Anker und nimmt ihn mir nicht, ohne dass er andere zwingt, das genauso zu sehen. Das Wort „auch“, das dort aufgenommen ist, gibt uns allen die Möglichkeit, diesen Weg zu gehen.

Viele Bürgerinnen und Bürger sehen dies so wie ich. Ich bitte Sie herzlich: Nehmen Sie uns nicht diese Möglichkeit, diese identitätsstiftende Wirkung in unseren Alltag aufzunehmen, indem Sie dies nicht mittragen können. Es ist wichtig, dass wir alle mitgenommen werden können. Dieser Änderungsantrag gibt diese Möglichkeit, und ich finde ihn unterstützenswert.

Sollte keiner der beiden Anträge die notwendige Mehrheit gefunden haben, bleibe ich dabei, dass ich mir als Bürger kaum vorstellen kann, dass sich eine Landesverfassung, die sich eine **Präambel** gibt, was sie nicht muss, in ihr die **Begrenztheit unserer Möglichkeiten** nicht zum Ausdruck bringt. Als Bürger bleibe ich dabei. Als Ministerpräsident kann ich mir hingegen nicht vorstellen, einer Verfassung nicht zuzustimmen, die von diesem Hohen Hause erarbeitet wurde; eine Verfassung, die das Fundament unserer Rechtsordnung ist, die den Menschen in diesem Land Freiheit und Sicherheit garantiert. Ich war und bin nach wie vor sehr dafür, dass wir unsere Landesverfassung modern und immer aktuell halten und dass wir sie an gesellschaftliche Entwicklungen anpassen. Die Rahmenbedingungen für politisches Handeln ändern sich in den Jahrzehnten. Manche Vorgaben unserer jetzigen Verfassung sind nicht so, wie wir sie uns vorstellen, und sie hindern uns vielleicht daran, unser Land so zu gestalten, wie wir es für die Bürgerinnen und Bürger am besten halten.

Ich glaube, wir sind uns alle einig - und das freut mich sehr -: Wir brauchen diese Änderung. Mein Dank, auch mein Dank als Ministerpräsident, gilt all denen, die daran mitgewirkt haben. Das war eine gute Arbeit an einer zeitgemäßen Verfassung. Ich werde mich dem nicht verschließen und dem gern zustimmen, auch wenn ich mich sehr freuen würde, wenn ich heute nur einmal die Hand heben müsste. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, PIRATEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat Herr Innenminister Stefan Studt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW)

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag beschließt heute endgültig über die Reform der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, die dieses Parlament vor eineinhalb Jahren auf den Weg gebracht hat. Dem Dank, den der Herr Ministerpräsident eben schon zum Ausdruck gebracht hat, schließe auch ich mich im Namen der Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung ganz ausdrücklich an; denn die Diskussion hier hat gezeigt, dass es wirklich sehr intensive Debatten und Diskussionen gegeben hat. Ich denke,

(Minister Stefan Studt)

dass das, was uns nun zur Beschlussfassung vorliegt, etwas ist, auf das wir alle gemeinsam stolz sein können.

Die **rechtliche Wirksamkeit** einer **Verfassung** hängt auf Dauer davon ab, dass sie von denen akzeptiert wird, die heute und jetzt unter ihrer Geltung leben. Die heute vom Landtag zu beschließende Verfassungsreform aktualisiert sozusagen die Wirksamkeit der Landesverfassung, weil sie Dinge zum ersten Mal einer verfassungsrechtlichen Regelung zuführt, die vielen Menschen wichtig sind.

Dazu gehört zum Beispiel das **Staatsziel** der **Inklusion** von Menschen mit Behinderung, das künftig Ermessens- und Auslegungskriterium für das staatliche Handeln werden wird. Dazu gehört auch, dass die Finanzierung der **Schulen** der nationalen **dänischen Minderheit** Verfassungsrang erhalten wird ebenso wie der Schutz und die Förderung des **Unterrichts** von **Friesisch und Niederdeutsch** in öffentlichen Schulen.

Auch die Anpassung bestehender Regelungen an die Bedarfe der Gegenwart ist Bestandteil der Reform. Die Absenkung der **Quoren** für **Volksbegehren** und für **Volksentscheide** stärkt die unmittelbare Demokratie als wichtige Ergänzung zum Leitbild der repräsentativen parlamentarischen Demokratie.

Die erstmalig aufgenommene **Präambel** dokumentiert die Hintergründe der Verfassungsgebung, die Vielfalt der Beweggründe und der Zwecke, denen die Ordnung des Gemeinwesens dienen soll.

Es wird Sie bei meiner Vita nicht wundern, dass ich die Aufnahme einer staatsrechtlichen Formulierung, die an die einleitenden Worte des Grundgesetzes in Verantwortung vor Gott und den Menschen angelehnt ist, für wichtig halte. Die Aufnahme einer solchen Formel ist in der Tat keine theologische Frage, sondern eine staatsrechtliche. Ihre verfassungsrechtlichen Zwecke sind in ständiger Auslegung schon der Grundgesetzpräambel vielfältig.

Meine Damen und Herren, bei allen Änderungen einer Verfassung wissen wir aber auch: Unser Alltag wird nicht nur durch das Verfassungsrecht mit Leben erfüllt, nicht einmal allein durch Gesetze und Verordnungen. Hinzu treten zum Beispiel Normen der Sozialmoral und schlicht und einfach Anstands- und Fairnessregeln, ohne die ein Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht funktioniert.

Wir stellen uns also dieser Herausforderung gemeinsam, die Verfassung künftig in einer veränderten Form mit Leben zu erfüllen. Dies ist aber nicht nur Aufgabe der Abgeordneten und auch nicht nur

Aufgabe der Abgeordneten und der Regierung allein, sondern es ist die Aufgabe von uns allen, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Bevor wir zur Abstimmung über die Verfassungsänderungen kommen, lasse ich über den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur Stärkung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags und des Volkes, Drucksache 18/196, abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie die Abgeordneten der Fraktionen der CDU und der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über die Änderungen der Landesverfassung. Bevor ich über die Gesetzentwürfe abstimmen lasse, rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/2365, auf, der sich auf alle vorliegenden Gesetzentwürfe bezieht. Wer dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich lasse dann über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 18/2116, abstimmen und weise vorab darauf hin, dass die Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein nach Artikel 40 Absatz 2 der Landesverfassung nur mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder, also von 46 Abgeordneten, möglich ist. Wir werden, meine Damen und Herren, auszählen. Drei Abgeordnete sind als krank entschuldigt, sodass wir 66 anwesende Abgeordnete haben. 46 Stimmen wären für eine Verfassungsänderung notwendig. Ich bitte Sie, da wir auszählen müssen, die Hand ein wenig länger als sonst oben zu lassen.

**(Präsident Klaus Schlie)**

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU mit der von Ausschuss empfohlenen Änderung seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Tut mir leid, Sie müssen die Arme erneut erheben. Ich frage noch einmal: Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Zwei Enthaltungen. - Für den Antrag haben 29 Abgeordnete gestimmt, dagegen waren 35 Abgeordnete, und zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Somit ist die Zweidrittelmehrheit von 46 Abgeordneten nicht erreicht.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Abgeordneten Daniel Günther, Dr. Andreas Tietze, Bernd Heinemann, Jette Waldinger-Thiering und Wolfgang Dudda, Drucksache 18/2268. Auch für diesen Gesetzentwurf gilt nach Artikel 40 Absatz 2 der Landesverfassung die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Hauses.

Ich bitte Sie nunmehr um Ihr Handzeichen, wenn Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen wollen. - Wer ist dagegen? - Für den Gesetzentwurf haben 33 Abgeordnete gestimmt, dagegen 33 Abgeordnete. Damit ist auch hier die notwendige Mehrheit von 46 Abgeordneten nicht erreicht.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den interfraktionellen Gesetzentwurf in der Drucksache 18/2115. Die nach Artikel 40 Absatz 2 unserer Landesverfassung erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder, also 46 Abgeordnete, gilt

natürlich auch für diesen Gesetzentwurf. Ich bitte Sie jetzt um Ihr Handzeichen, wenn Sie diesem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung geben wollen. - Wer ist dagegen? Wer enthält sich? - Für den Gesetzentwurf haben 61 Abgeordnete gestimmt, drei Abgeordnete haben mit Nein gestimmt, zwei Abgeordnete haben sich enthalten. Somit hat dieser Gesetzentwurf zur Änderung unserer Landesverfassung einschließlich der Empfehlung des Innen- und Rechtsausschusses in der Drucksache 18/2327 die erforderliche Zweidrittelmehrheit von mindestens 46 Stimmen erreicht. - Vielen Dank.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um 18 Uhr wird im Foyer von der Landjugend die Erntekrone überreicht. Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass wir heute keinen weiteren Tagesordnungspunkt mehr aufrufen. Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:43 Uhr**